

# Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Frankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgebühren),  
bei Aufhebung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Stankisch, veranlt. Redakteur: Aug. Winnig,  
beide in Hamburg.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 7, Weisenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.  
Verlags-Anzeigen  
für die dreispaltige Beilage oder deren Raum 30 A.

## Verbandskollegen! Agitiert kräftig für die Stärkung der Organisation. Haltet Eueren im Lohnkampf stehenden Kollegen den Rücken frei.

**Inhalt:** Glossen zum Kriegsrat der „Arbeitgeber“. — Politische Umschau. — Maurerbewegung: Streiks, Ausperrungen, Maßregelungen, Differenzen. Die Lage in Wien. Bekanntmachung des Verbandes. Bekanntmachungen der Gewerkschaften. Bericht. Die Arbeits- und Lohnverhältnisse im Baugewerbe zu Magdeburg. — Zentral-Frankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterschutz, Subventionen an Bauarbeiterverhältnisse in Baden. — Aus Unternehmerkreisen. — Aus anderen Berufen. Generalversammlungen. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen. — Feuilleton.

### Glossen zum Kriegsrat der „Arbeitgeber“

Die Veröffentlichung des Protokolls ihres Techtelmächstels in Hildesheim wird unseren Unternehmern kaum besonders angenehm gewesen sein. Wir hatten geglaubt, wenigstens wieder einen kleinen Entrüsterungsrummel zu erleben über unsere „trüben Quellen“, oder über unsere „sittliche Verwahrlosung“, die sich darin offenbart, daß wir „Indiskretionen infanter Art“ für unsere Zwecke ausnützen, aber nichts, rein gar nichts dergleichen. Die Organe der baugewerblichen Unternehmer sind bisher noch mit keiner Silbe darauf eingegangen. Das ist schließlich auch nicht nötig, denn für die Arbeiter ist die Sache auch so verständlich genug. Die Bedeutung der Hildesheimer Unternehmerkonferenz liegt darin, daß sie uns die treibenden Kräfte und Tendenzen im gegnerischen Lager einigermaßen klar erkennen läßt.

Man gewinnt beim näheren Studium des Protokolls die Ueberzeugung, daß es sich hier um eine kleine Palastrevolution im Arbeitgeberverbande für das Baugewerbe handelt. Die Leitung und die Art der Organisation des Arbeitgeberverbandes genügt den neuen Männern, den Lüscher, den Schmiedehaus, den Fritz usw. nicht mehr. Sie ist ihnen zu passiv, zu vorsichtig, sie versteht es nicht genug, sich den neuen Verhältnissen anzupassen. So wurde offen ausgesprochen, daß dieser Verband noch nie leistungsfähig gewesen sei, und Kistner von Bremen haben behauptet sogar, daß noch kein Unternehmer Nutzen von dem Verband gehabt habe. Der bremische Wortführer Seymann warf dem Arbeitgeberverband vor, daß er zu sehr an den Grundstößen des alten Innungswesens klebe. Die Unzufriedenheit mit dem Arbeitgeberverband fand überall lebhaften Ausdruck. Und so geht das Streben der „führenden Geister“ bei den baugewerblichen Unternehmern offenbar dahin, ihn durch Zusammenschluß der Bezirksverbände gewissermaßen auszuscheiden, er soll mit dem alten stumpf gewordenen Fels an der Spitze nur als dekorative Krönung dienen. Ganz besonders verwunderlich mußte es aber auch erscheinen, daß der Vorstand des Deutschen Arbeitgeberverbandes auf der Hildesheimer Tagung gar nicht vertreten war. Das läßt, in Verbindung mit den dort gefallenen Äußerungen, fast den Schluss zu, als habe die Konferenz stattgefunden, ohne daß die Verbandsleitung überhaupt Kenntnis davon gehabt hat. Dann ließe sich auch das Schweigen der Unternehmerpresse sehr leicht erklären, dann wäre es für sie wirklich eine höchst fatale Situation.

Der eigentliche und wichtigste Zweck der Zusammenkunft war sicher die Gründung einer „west- und nordwestdeutschen Interessengemeinschaft der Arbeitgeberverbände des Baugewerbes zum Schutze der gemeinsamen Berufsfragen“. Die übrigen Punkte der Tagesordnung sind von den Veranstalter wohl nur aufgenommen, um den Delegierten zu imponieren. Ab-

gesehen davon, daß man sich in recht ausgebeuteter Weise über den Zweck der Zusammenkunft unterhalten hat, ohne sich jedoch völlig klar darüber geworden zu sein, sind die anderen Punkte, mit Ausnahme der Frage der Arbeitsnachweise und der der Gründung „nationaler Arbeiterorganisationen“, kaum flüchtig gestreift. Die geplante „Interessengemeinschaft“ ist insofern verwirklicht worden, daß eine „Aussschüßstelle“ gegründet ward. Auch darin ist der Zweck erreicht, daß diese Ausschüßstelle für das erste Jahr nach Essen verlegt wurde. Dort sitzen die „Macher“ der Zusammenkunft. Es bleibt nun abzuwarten, wie sich dieses neue Instrument zur Arbeiternechtung bewährt. Das glauben wir schon heute sagen zu können, daß die „neuen Männer“ weit rücksichtslosere, aber auch weit geriebenerer Gegner sind, als die Gaubenden der alten Schule, die Felsch, Nieß usw. Die Lüscher, Kistner, Fritz und ihre Kommit haben den bornierten Innungsstandpunkt überwunden; sie unterhandeln und paktieren, wenn's sein muß, ohne Scheu mit den Arbeiterorganisationen, aber sie tun es nur, um den richtigen Augenblick und die richtige Situation zum Gegenstoß abzuwarten. Den sogenannten Herrenstandpunkt, den Felsch nie aufgegeben hat, haben sie längst über Bord geworfen, aber sie sind trotzdem geschworene Feinde der Arbeiterbewegung geblieben, ja sie sind weit gefährlichere Gegner als jene.

Insofern wird die Bauarbeiterchaft aus der Hildesheimer Konferenz lernen können. Was wir schon so oft und so dringend an dieser Stelle darlegten, wird hierdurch aufs neue bestätigt: nämlich, daß wir ernstlich und schweren Kämpfen entgegengehen, wie wir sie bisher noch nicht gehabt haben. Der Plan Lüscher's, die „Einigkeit“ der Bauarbeiter zum entscheidenden Kampfe im Jahre 1908, ist durchaus nicht aufgegeben; auch auf dieser Konferenz hatte man vor, sich mit ihm zu beschäftigen. Andere Anzeichen besagen ebenfalls, daß man fortgesetzt weiter daran arbeitet. Die geschaffene Ausschüßstelle wird gleichfalls vornehmlich diesem Zwecke dienen sollen. Es heißt also für uns mehr denn je: Die Augen offen halten!

Nicht weniger bemerkenswert war das, was über die Gründung „nationaler“ Arbeiterorganisationen geredet wurde. Damit soll indes nicht gesagt sein, daß die Ausführungen dieser Vertreter von Bildung und Geist besonders gelehrig gewesen seien; keineswegs. In dieser Beziehung beweisen die Verhandlungen eher das Gegenteil. Aber es sind Äußerungen unserer Gegner, die sie vom Standpunkt ihres Klasseninteresses aus taten, und darum müssen wir sie beachten. Die Stellung der Unternehmer war dabei sehr verschieden, sie hatten nur alle das Gemeinsame: der rückständigen Arbeiter gegen seinen vorgeschrittenen Klassengegnern auszuspielen. Der Unternehmer Beyrens-Hannover erblickt alles Heil darin, den Zwiespalt zwischen uns und den „Gelben“ zu schüren, das soll heißen, diese so gegen uns scharf zu machen, daß sie bei Lohnkämpfen als Streikbrecher in die Breche springen. Die Vertreter aus Bremen und Essen sind anderer Meinung; sie trauen auch den Gelben nicht über den Berg, und sie haben ihre Gründe dafür. Sie halten es mit ausgesprochenen Unternehmern, mit den Poliervereinen.

Die Verschiedenheit in den Auffassungen der Unternehmer erklärt sich, wenn man die verschiedenartige Stellung der Gelben zu unseren Lohnbewegungen

beachtet. In Rheinland-Westfalen haben sie in den letzten Jahren in Reich und Glied mitgekämpft; das ist Grund genug, daß auch sie keine Gnade bei den Unternehmern finden. Den richtigen Standpunkt nahm u. G. der Vertreter von Bremen ein, der da meinte, man solle um Gottes willen keine Arbeiterorganisationen gründen, sondern solle sich darauf beschränken, die eigenen Verbände so stark wie möglich zu machen. Er hat wohl instinktiv geahnt, daß jede Arbeiterorganisation durch den Zwang der Verhältnisse auf die Bahn des Klassenkampfes gedrängt wird. Die einzige Hilfe glaubt man von den Poliervereinen erwarten zu können, die man zur Gesamtorganisation aller jener „Gutgesinnten“ auszubauen gedenkt, die man als gesellschaftliches Stragant bezeichnen kann. Indes, wir wissen aus hundertfältiger Erfahrung, daß der hannoversche Unternehmer keine Rechnung nicht auf tauben Dumm aufgebaut hat, sie wird in vielen Fällen leider nur allzu richtig sein. Es ist zwar eine alte und oft gepredigte Wahrheit, daß Einigkeit stark macht; aber es fehlt noch sehr viel daran, daß sie auch nur von den organisierten Arbeitern erlangt und betätigt wird. Darum muß es immer wieder ausgesprochen werden: die herauszuführenden Zeiten erfordern einheitliche Aktionen, geschlossenste Einigkeit; wir Arbeiter haben nichts Wichtigeres zu tun, als diese Einigkeit allüberall zu fördern. Was uns in unseren Anschauungen trennt, darf nicht die Ursache gegenseitiger Zerkleinerung sein, die nur unseren Gegnern zu gute kommt.

Insofern können die Äußerungen der Unternehmer, die wir sie jetzt im ganzen Lande mit sonst nie gekanntem Eifer betreiben sehen, ein Gutes zeitigen: **das Bestimmen auf die eigentliche Wurzel unserer Kraft, auf die Arbeitervereinigtheit.** Der Gedanke der Solidarität hat ohne Zweifel in den letzten Jahren ganz bedeutende Fortschritte gemacht, die Zahl jener Arbeiter des Baugewerbes, die noch heute bei Lohnkämpfen zu Streikbrechern werden, hat gegen früher relativ und absolut abgenommen, darüber kann kein Zweifel herrschen. Statt dessen aber haben wir eine andere „Ergründung“ zu verzeichnen: den organisierten Streikbruch, der auf Geheiß und unter tätiger Mithilfe von Organisationen betrieben wird. Wie mancher gute Kampf ist nicht schon dadurch — und nicht nur im Baugewerbe — verloren gegangen! Wie oft erschien nicht den Unternehmern in höchster Bedrängnis der Retter in Gestalt eines Streikbrechervereins. Das ist ein trauriges, ja das traurigste Kapitel in der deutschen Arbeiterbewegung. Wir wollen keine speziellen Fälle anführen, um nicht selbst gegen den Zweck dieser „Glossen“ zu schreiben. Angesichts des Treibens der Unternehmer muß darauf hingearbeitet werden, daß die Gewerkschaften den Rücken frei behalten, daß der Kampf gegen die Unternehmerrandspitze nicht durch den Verrat der eigenen Klassengegnern erschwert wird. Dazu muß jeder das, was in seinen Kräften steht, tun. Daran hat es bisher gefehlt, und zwar überall. Der Wettbewerb zwischen den Organisationen wird und muß bleiben, so lange eben verschiedene Organisationen bestehen, aber dabei darf nie vergessen werden, daß der nächste Augenblick wieder gemeinsames Handeln erfordern kann.

Wird die gesamte Bauarbeiterchaft den wachsenden Ernst der Lage verstehen und willigen, dann kann sie nicht anders als in diesem Sinne handeln, und damit wäre den Unternehmern schon ein Stützpunkt ihres



Planes genommen. In offener und ehrlicher Fehde wird sich die Bauarbeiterschaft, wenn es sein muß, mit den Unternehmern messen. Das wissen sie auch sehr wohl, denn darum versuchen sie, „einen Keil in die Organisation der Arbeiter zu treiben“, wie sich der hannoversche Unternehmer in löblicher Offenheit ausdrückt. Es fragt sich nur, ob sich die Arbeiter auseinanderreiben lassen werden. — Hoffentlich nicht!

Der zweite Artikel über die Ergebnisse der „Reichsfinanzreform“ mußte wegen Raummangels zurückgestellt werden.

## Politische Umschau.

Das Ende der Zwischau der Reichsfinanzreform. Wie vorausgesehen war, ist die sogenannte „Wohlfahrts“-polizei-behörde von Zwickau mit ihrer originellen Extratour glänzend abgefallen. Die Streikleitung konnte sich aus guten Gründen der wohlfahrtspolizeilichen Ansicht, daß der Streik beendet sei, nicht anschließen. Sie berichtete ihre Funktionen pflichtgemäß weiter und erhob gegen das denkwürdige Dokument Meters bei der Kreishauptmannschaft. Ebenso auch der Wirt, in dessen Lokal die Streikleitung tagte. Die Streikleitung erhielt nun von der „Wohlfahrts“-polizei-behörde folgendes Schreiben:

Polizeiamt der Stadt Zwickau, am 15. Juni 1906.  
Zwickau i. S.  
Nr. 7149. R.

An den Maurer Herrn Zettel, hier.  
Auf den von Ihnen in Gemeinschaft mit dem Maurer Koch bei der königlichen Kreishauptmannschaft hier unmittelbar erhobenen Meters gegen die Verfügung der unterzeichneten Behörde vom 5. dieses Monats, betreffend die Auflösung des Maurerstreikkomitees in Zwickau, ist die in Abschrift beigegebene Verordnung ergangen.

Die werden hierdurch, zugleich für den Mitunterzeichner der Innebeilegung, Koch, in Kenntnis gesetzt und anordnungsgemäß befolgt.

Das Polizeiamt der Stadt Zwickau.  
Witte.

Die Entscheidung der Kreishauptmannschaft hat folgenden Wortlaut:

Zwickau, am 14. Juni 1906.

Die königliche Kreishauptmannschaft, in folgender Zusammenfassung, hat dem Meters, welcher von dem Maurer Hermann Zettel und Genossen in Zwickau gegen die Verfügung des Polizeiamtes vom 5. dieses Monats, betreffend die Auflösung des Maurerstreikkomitees in Zwickau, Wl. 12 f. der Polizeistellen Nr. 2401, XIV, am 7. dieses Monats erhoben worden ist, Beantwortung nicht zu versagen vermocht.

Es kann zunächst festgestellt bleiben, ob bei dem gegenwärtigen Stande der Gesetzgebung die Behörden überhaupt berechtigt sind, ein Streikkomitee deshalb polizeilich aufzulösen, bezw. die Auflösung durch Zwangsmaßnahmen zu erzwingen, weil der Streik beendet sei. Jedenfalls kann der angefochtenen Verfügung schon deshalb keine Folge nicht gegeben werden, weil die tatsächliche Voraussetzung, auf der sie beruht, nach Ansicht der Kreishauptmannschaft nicht zutrifft.

Das Polizeiamt geht von der Annahme aus, daß der Streik erloschen sei. Diese Annahme ist irrig. Denn, wie aus den Akten des Polizeiamtes selbst zu ersehen ist, hat eine Einigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer hinsichtlich der Höhe des Stundenlohnes und der Dauer der täglichen Arbeitszeit noch nicht herbeigeführt werden können, vielmehr sind die Verhandlungen hierwegen noch im Gange. Solange aber eine Einigung nicht erfolgt ist, auch die Mehrzahl der in den Zustand getretenen Gewerbetreibenden in ihr früheres Arbeitsverhältnis noch nicht wieder zurückgeführt ist, kann von einer Beendigung oder einem Erlöschen des Streikes nicht die Rede sein. Auch auf dem platten Lande, auf welches sich der Streik mit erstreckt, dauert derselbe, wie die Er-

örterungen nach Gehör der hiesigen Amtshauptmannschaft ergeben haben, noch fort. Demgegenüber kam dem Umstand allein, daß ein großer Teil der bei hiesigen Bau- und Gewerkschaften beschäftigten gemeinen Maurern abgereist ist, worauf das Polizeiamt seine Maßnahme hauptsächlich stützt, ausschlaggebende Bedeutung nicht beigemessen werden.

Die Metersanten sind entsprechend zu befehlen.  
Königl. Kreishauptmannschaft.  
(gez.) Dr. Forster-Schubauer.

Auch dem Wirt des Streiklokals, dem Genossen Seifert, ist eröffnet worden, daß die Verfügung zurückgezogen ist. Damit ist eine Episode beendet worden, die wahrhaftig nicht dazu angetan ist, das Ansehen unserer daterländischen Behörden zu heben. Vollends dann, wenn solche Dinge von einer Behörde gemacht werden, die sich „Wohlfahrts“-polizei nennt, kommt einem die ganze Mißere des Polizeistaats erneut zum Bewußtsein. Wir erinnern uns dabei der Worte, die der Staatssekretär Graf Posadowski vor einiger Zeit im Reichstage sprach. Er führte damals dem Sinne nach aus, daß die vielen feindlichen Polizeischiffe so unendlich viel Schuß an der verbitterten Stimmung weiter Kreisläufe trügen. Hier haben wir dieses spezifisch deutsche Gewächs in Reinkultur! Vom einseitigen Parteistandpunkt aus könnte man sich über solche Glanzleistungen nur herzlich freuen, vor aber dabei auch den ruhigen Fortgang unserer gewerkschaftlichen Kulturarbeit wünscht, muß sie aus herbe verurteilen. Die vorgelegte Verfügung hat nun zwar Neubur eintreten lassen — und damit sind eventuell materielle Schädigungen unmöglich gemacht — aber man hat doch wieder einmal gesehen, wie die Behörden die Gewerkschaften behandeln müßten.

Ein internationaler Arbeiterkongress von hervorragender Bedeutung, der 17. internationale Bergarbeiterkongress, hat vom 5. bis 7. Juni, in London getagt.

Es waren vertreten 480 000 britische organisierte Bergleute durch 84 Delegierte, wovon 14 Parlamentsmitglieder sind; die Gesamtzahl der Bergleute im Vereinigten Königreich beläuft sich auf 708 200. Frankreich hat ungefähr 200 000 Bergleute, wovon 150 000 organisierte, die 4 Delegierte sandten, darunter 2 Parlamentsabgeordnete. Belgien hat 185 000 Bergleute, wovon 65 000 organisierte, die durch 9 Delegierte vertreten sind, darunter 2 Parlamentsmitglieder. Österreich hat 185 000 Bergleute, wovon 40 000 organisierte, die durch 2 Delegierte vertreten sind, darunter das Reichsratsmitglied Cingr. Die Vereinigten Staaten von Amerika haben 550 000 Bergleute, davon 385 000 organisierte, die 2 Delegierte sandten.

Natürlich war auch Deutschland vertreten. Diese Vertretung bedarf einer Erklärung. Der Verband sandte 12 Delegierte, darunter Sachse und Gue; die Christlichen sandten 3. Letztere trafen verspätet ein und der englische Bergarbeiterdelegierte Alston beantragte die Nichtanerkennung. Die Vertreter des Verbandes beschloßen indes, auf keinen Formalitäten zu bestehen und die Anerkennung der christlichen Mandate zu beantragen. Gue erstattete darüber dem Kongress Bericht und erklärte: Der Verband ersucht, die Christlichen diesmal anerkennen, aber er behalte sich vor, das nächste Mal anders zu stimmen, wenn die Christlichen inzwischen den Beschlüssen der Internationalen Bergarbeiterkongresse zuwiderhandeln. Der Verband verlange von den Christlichen nichts weiter, als was eine Arbeiterorganisation der anderen schuldig sei: Loyalität, Einheitlichkeit und Ausführung angenommener Beschlüsse. Der Kongress nahm Gue's kurze Worte mit Beifall auf.

Das ist gewiß ein hohes Maß von Toleranz, geboten aus dem Geiste echter Solidarität. Möchten die Christlichen es auch zu widerlegen wissen!

Die Verhandlungen gewannen ein starkes politisches und sozialpolitisches Interesse. Der kürzlich ins Parlament gewählte Bergarbeiterführer Enoch Edwards sagte in seiner Eröffnungsrede:

total umgewälzt, unter denen das Proletariat zu kämpfen hat. Die Kampfweise von 1848 ist heute in jeder Beziehung veraltet.“ Und dieser Punkt erachtet es wert, näher untersucht zu werden.

Er stellt nun fest, daß alle bisherigen Revolutionen Minoritäts-Revolutionen waren. „Selbst wenn die Majorität dazu mitwäre, geschähe es — wissenschaftlich oder nicht — nur im Dienst der Minorität; diese aber erhält dadurch oder auch schon durch die passive widerstandsfähige Haltung der Majorität den Anschein, als sei sie Vertreterin des ganzen Volkes.“ Wer möchte bestreiten, daß dieses Urteil auch auf die neueste große Revolution, die in gewaltigen Erscheinungen unter unseren Augen sich abgespielt hat, auf die russische, zutrifft? Diese Revolution entspricht in ihrem seitherigen Verlauf weiter der folgenden Darlegung Engels: „Nach dem ersten großen Erfolge teilte sich in der Regel die siegreiche Minorität; die eine Hälfte war mit dem Erlangen zufrieden, die andere wollte noch weiter gehen, stellte neue Forderungen, die meistens teilweise auch im wirtlichen oder scheinbaren Interesse der großen Volksmenge waren. Diese Forderungen wurden auch in einzelnen Fällen durchgesetzt, häufig aber nur für den Augenblick. Die gemäßigten Partei erlangte wieder die Oberhand, das letzte Genomene ging ganz oder teilweise wieder verloren. Die Befestigten schrieben aber den Verrat oder schonen die Niederlage auf den Zufall. In Wirklichkeit aber lag die Sache meist in der Geringschätzung des ersten Sieges wurden erst sicher gestellt durch den zweiten Sieg der radikaleren Partei; war dies und damit das augenblicklich Mögliche erreicht, so verschlangen die Radikalen und ihre Erfolge wieder zum Schauplatz.“

Engels weist dann darauf hin, daß alle Revolutionen der neueren Zeit, angefangen von der großen englischen des siebzehnten Jahrhunderts, diese Rüge zeigten, die untrennbar schienen von jedem revolutionären Kampf. „Sie schienen anwendbar auch auf die Kämpfe des Proletariats um seine Emancipation; anwendbar um so mehr, als gerade 1848

Die inoponante Beteiligung an dem Kongress sei der Lohn für die Unterlegungen früherer Jahre, die Arbeiter aller Länder zusammenzubringen. Das Gewerkschaftswesen sei überall im Fortschreiten begriffen. Es gewinne an Einfluß. Es verbesserte die wirtschaftliche Lage der Arbeiter und befähigte sie, an den Beratungen der Parlamente teilzunehmen. Die Arbeiter seien überall kriegerisch und rüstungsfreudig und wollen den Weltfrieden, den Segen ruhiger internationaler Entwicklung. Er schloß seine Rede mit der Erwähnung der Grubenkatastrophe in Courrières und sprach in bewegten Worten den französischen Kollegen die Sympathie des Kongresses aus, worauf sich die Delegierten von ihren Sitzen erhoben.

Beraten wurden u. a. einige von England, Deutschland und Österreich eingebrachten Resolutionen, betreffend Verhütung von ähnlichen Katastrophen wie die von Courrières. Die Resolutionen verlangten die Einführung von Mineninspektoren, die von den Arbeitern aus ihren eigenen Reihen gewählt und die vom Staate bezahlt werden; diese Inspektoren sollen das Recht haben, zu jeder Zeit die Minen zu inspizieren und sollen mit genügenden Vollmachten ausgerüstet sein, die Ausführung ihrer Empfehlungen zu erzwingen. Der französische Delegierte Lacombe machte folgende interessante Mitteilung: Frankreich habe zwar Arbeiter als Mineninspektoren, aber sie dürfen nur 10 Tage im Monat die Minen inspizieren. Die Arbeiter verlangen die Erhöhung der Inspektionszeit auf 20. Die Minenbesitzer seien indes eher bereit, die Löhne zu verdoppeln, als die Verdoppelung der Inspektionszeit zuzulassen. Der amerikanische Delegierte White sagte, in Amerika haben die Arbeiter das Recht, aus ihrer Mitte Inspektoren zu wählen, aber es fehle an den zu solchen technischen Aufgaben qualifizierten Arbeitern. Er beantragte deshalb, die Gewerkschaften sollten derartige Kurse einrichten.

Die Resolutionen wurden angenommen.

Zum Punkt: „Frauenarbeit“ sprach Danisch-Oberhiesien als Begründer des deutschen Antrages, der die Frauenarbeit in der Bergwerksindustrie verboten wissen will. Danisch teilte mit, daß in Oberhiesien noch über 10 000 Frauen in der Bergwerks- und Güterindustrie arbeiten, in ganz Deutschland noch über 15 000. Die Frauen und Mädchen erhalten nur 80 % bis 120 % pro Tag. Sie werden von den Unternehmern bevorzugt, um die Löhne der Männer zu drücken. Im Interesse einer gesunden Bevölkerung sei die Frauenarbeit in der Montanindustrie zu verbieten. Lombard-Belgien unterstützte den deutschen Antrag. In Belgien arbeiten noch Frauen unter Tage, pro Schicht 8 bis 10 Stunden. Ueber Tage arbeiten die Frauen 10 bis 12 Stunden. Das sei ein Gohn auf die Menschheit. Die deutsche Resolution wurde angenommen.

Annahme fand weiter ein deutscher Antrag, für Gesetz zu wirken, die jede Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren in der Bergwerksindustrie verbieten und unterirdische Arbeit von Arbeitern über 16 Jahre gestatten. Bei Besprechung dieses Antrages erfuhr man durch den belgischen Delegierten Lombard, daß in Belgien, dem Lande, wo der Materialismus herrscht, noch Tausende Kinder, die erst 12 bis 14 Jahre alt sind, untertags beschäftigt werden.

Von belgischer Seite wurde Einführung von zwei jährlichen Urlaubsperioden von je 15 Tagen (mit Lohnfortbezug) angeregt. Die Sprecher der einzelnen Nationen drückten ihre Sympathie mit dem Antrag aus, aber er sei praktisch nicht durchführbar. Sachse-Deutschland sagte, die Bergarbeiter hätten ganz gewiß mehr Ansprüche auf jährliche Ferien als die Bergwerksbesitzer. Der schwer arbeitenden Bergarbeitern täte eine jährliche Ruhepause sehr gut. Aber sie zu erreichen sei nur möglich mit einer starken Organisation. In Deutschland hätten einige Berufe, z. B. die Buchdrucker, schon drei bis achtstägige Ferien mit Lohnbezug erreicht. Manche Stadtverwaltungen geben ihren Angestellten auch Sommerurlaub. Auch die Bergleute werden einen Erholungsurlaub bekommen, wenn sie sich nur stark organisieren. Ferner beantragte die Belgier die Einführung eines internationalen Demonstrationstages für die Bergleute aller Länder, abzuhalten am ersten Montag im Mai. Für den Antrag waren nur die Belgier unbedingt, die Engländer wollen wohl für ihn stimmen, aber ihn nicht unter-

die Leute zu zählen waren, die auch nur einigermaßen verstanden, in welcher Richtung diese Emancipation zu suchen war. Die proletarischen Massen selbst waren sogar in Paris noch nach dem Sieg absolut im Unklaren über den einschlagenden Weg. Und doch: war die Bewegung da, intuitiv, spontan, ununterdrückbar. . . . War da nicht alle Anstalt vorhanden für den Umschlag der Revolution der Minorität in die Revolution der Majorität? Engels beantwortete diese Frage dahin: „Die Geschichte hat uns allen, die ähnlich dachten, Unrecht gegeben.“ Und er setzt dann auseinander, daß der Stand der ökonomischen Entwicklung auf dem Kontinent damals noch bei weitem nicht reif war für die Beseitigung der kapitalistischen Produktion. Sie habe dies bewiesen durch die ökonomische Revolution. Sie habe dies bewiesen 1848 den ganzen Kontinent ergriffen und die große Industrie in Frankreich, Österreich, Ungarn, Polen und neuerdings in Russland erst wirklich eingeschlagen, aus Deutschland aber geradezu ein Kapitalistisches, noch sehr ausdehnungsfähiger Grundlage. Gerade diese industrielle Revolution aber sei es, die überall erst Klarheit geschaffen hat in den Klassenverhältnissen, der entpuppen ist, wie eine große internationale Armee von Sozialisten, unausfallsam fortwährend, täglich wachsend an Zahl, Organisation, Disziplin, Einsicht und Siegesgewißheit.“ Aber sogar diese mächtige Armee müsse, weit entfernt, den Sieg mit einem großen Schlage zu erringen, im harten, zähen Kampfe von Position zu Position langsam vordringen.“

Engels geht nun ein auf die nach 1848 eingetretene Periode der Revolution von oben, vollbracht durch Bonaparte und Wismar, und wendet sich dann zu der hochbedeutenden Aufgabe, daß der Krieg von 1870/71 und die Niederlage der Pariser Kommune, wie Marx vorhergesehen, den Schwerpunkt der europäischen Arbeiterbewegung einseitig nach Frankreich nach Deutschland und Belgien hatte. „In Frankreich bedurfte es selbstverständlich Jahre, bis man sich von dem Verfall des Mai 1871 erholt hatte. In Deutschland dagegen, wo die

## Organische Entwicklung oder gewaltsamer Umsturz?

### IV.

In der Einleitung, mit der Friedrich Engels die 1895 neu herausgegebene „Arbeit von Karl Marx“, „Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850“, versehen hat, finden wir geradezu klassische Bemerkungen zu unserem Thema. Anknüpfend an die Februarrevolution sagte er zunächst:

Wir teilten nach den Niederlagen von 1849 keineswegs die Illusionen der um die provisorischen Zukunftsregierungen in partibus gruppierten Vulgarrepublikaner. Diese rechnete auf einen baldigen, ein für allemal entscheidenden Sieg des „Volkes“ über die „Dränger“; wir auf einen langen Kampf, nach Beseitigung der „Dränger“, unter den eben diesem „Volk“ sich verborgenden gegensätzlichen Elementen. Die Vulgarrepublikaner erwarteten den erneuten Zusammenstoß von heute auf morgen; wir erklärten schon Herbst 1850, daß wenigstens der erste Abschnitt der revolutionären Periode abgelaufen und nichts zu erwarten sei bis zum Ausbruch einer neuen ökonomischen Weltkrise. Weshalb wir auch in Acht und Bann getan wurden als Verräter an der Revolution, von denselben Seiten, die nachher fast ohne Ausnahme ihren Frieden mit Wismar gemacht haben. — Soweit Wismar die der Waise wert fand.

Es ist außerst charakteristisch, daß selbst einem Manne wie Friedrich Engels nach seiner eigenen unumwundenen Bekundung das „Schicksal“ nicht erspart blieb, als „Verräter an der Revolution“ verdächtigt zu werden, weil er bemerkt war, sich und andere vor Illusionen zu bewahren, der ruhigen und nüchternen Überlegung zu folgen. Er fährt fort:

„Die Geschichte hat aber auch uns Unrecht gegeben, hat unsere damalige Ansicht als Illusion entlarvt. Sie ist noch weiter gegangen: sie hat nicht nur unsere damaligen Irrtum gerichtet, sie hat auch die Bedingungen

\* Berlin. Verlag der Expedition des „Vorwärts“.



führen. Whitefield-England erklärte, er sei für die Feier am 1. Mai, aber wenn der 1. Mai auf einen Sonntag falle, mache die Feier in England fiasco. Eingr-Oesterreich und Sachse-Deutschland sagten, für ihre Länder hätten die Arbeiter durch den Beschluß des internationalen Kongresses in Paris 1889 den 1. Mai als Demonstrationstag für die Achtstundensicht anerkannt. Einer anderen Festlegung könnten die Deutschen und Oesterreicher nicht zustimmen, weil sie hierzu keinen Auftrag von ihrer Organisation hätten. Hierauf zogen die Belgier ihren Antrag zurück; sie wollten ihn umgeändert dem nächsten Kongress unterbreiten.

Betreffend die von den Deutschen, Engländern und Franzosen beantragte gesetzliche Einführung der Achtstundensicht, inklusive Ein- und Ausfahrt, für alle Vergarbeiter wurde mit erheblicher Majorität in diesem Sinne beschlossen.

In der Schlusssitzung nahm der Kongress Resolutionen an, die die Altersversicherung der Vergarbeiter als erforderlich bezeichnen und die Verstaatlichung der Bergwerke mit dem Hinweis bekräftigen, daß diese nicht dem Privatkapital, sondern der Gesamtheit nützen müßten. Bezüglich der zweiten Resolution verhielten sich die christlichen Vereinigungen der deutschen und der amerikanischen Vergarbeiter neutral. Im weiteren Verlauf der Sitzung nahm der Kongress eine von dem deutschen Delegierten Hoffeld eingebrachte Resolution an, die die weitere Ausgestaltung der Arbeiterversicherung dahin forderte, daß für alle erwerbsfähig gewordenen Arbeiter ein zweifaches ausreichendes Auskommen gesichert wird, und die für die Erben gestorbenen Arbeiter eine ausreichende gesetzliche Jügendung verlangt. Auf Antrag der deutschen Abordnung erhielten die Sekretäre des Kongresses den Auftrag, den verschiedenen Parlamenten die Resolutionen des Kongresses mit der Bitte um Ermöglichung der Blühung der Vergarbeiter zu unterbreiten. Als Ort des nächsten Kongresses wurde Salzburg gewählt.

Mögen sich die Arbeiten des Kongresses als fruchtbringend erweisen. Alles in allem machen sie den Eindruck eines sehr ernstlichen solidarisierenden Willens, dem der Erfolg nicht fern sein kann.

**Politische Prozesse** sind wieder einmal an der Tagesordnung. Die Strafkammer in Sorau verhandelte am 11. Juni gegen den Redakteur Berner der in Sorau erscheinenden „Märkischen Volksstimme“ wegen Aufregung zum Klassenhaß. Den Gegenstand der Anklage bildet ein Artikel, der in dem genannten Parteiblatt als Aufsatz zur Demonstration am 21. Januar erschien. Kurz nach dem Erscheinen des Artikels ward der Redakteur Berner verhaftet und auch die Geheer wurden in Zeugniszwangshaft genommen. Die Verteidigung führte der Reichstagsabgeordnete Wolfgang Seine. Die Verhandlung bot teilweise recht interessante Auseinandersetzungen. So sagte der Vorsitzende in Bezug auf den inkriminierten Artikel: Die Ausdrücke: eine Hand voll Waffen, Schnapsjunker und Schloßbarone beweisen doch ein Maß von Gefährlichkeit, das beinahe an Verleumdung grenzt. Eine tollere bewusste Unwahrheit kann doch gar nicht in die Massen hineingetragen werden. Darauf erwiderte der Verteidiger: Es handelt sich doch um alltägliche Ausdrücke der politischen Agitation. Schnapsjunker bedeutet konfessionell, Waffen Zentrumslund Schloßbarone international liberal. Das ist doch eben so wenig eine Aufforderung zum Klassenhaß, wie wenn man eine rote Karte Menschen, nicht wert, den Namen Deutsche zu tragen, oder rote Geher nennt.

Weiter meinte der Vorsitzende: Es heißt dann auch in dem Artikel: Deutschland könnte durch friedlichen Klassenkampf gefördert werden, wenn nicht die heiligen Massen des Volkes entrechtet wären. Damit ist doch der friedliche Klassenkampf einfach negiert. — Angeklagter: Nein, nur der Kulturfortschritt in Preußen.

In der Verhandlung kam auch die wahnwitzige Angst des Speichbürgertums vor dem Demonstrationssonntag zur Sprache. So sagte ein als Zeuge vernommener Polizeibeamter: „Die Bevölkerung war vor dem 21. Januar in großer Erregung. Wiederholt sind zum Beispiel Inhaber von Geldinstituten zu mir gekommen und haben gefragt, ob wir das Wägel vorzubereiten hätten.“ Der Staatsanwalt schloß sein Plaidoyer damit: „Wer in einer solchen Zeit heft, ist auch mit besonderer Wache zu messen. Das ist nicht Klassenjustiz, sondern trifft

jeden, der sich in gleicher Weise verhält. Ich beantrage eine Gefängnisstrafe von einem Jahre.“

Der Verteidiger trat den Ausführungen des Staatsanwalts in einer wirksamen Rede entgegen. Er sagte u. a.: „Ich weiß jedenfalls, daß hohe Herren verschiedentlich aufgeführt haben, der Reichstag durch einen Gewaltstreik wegen, ohne daß gegen sie § 180 des Strafgesetzbuches in Anwendung gebracht worden wäre. Für die klaren Worte dürfen Sie nicht den Angeklagten verantwortlich machen; machen Sie lieber dafür die gefährlichen, feindseligen Verfolgungen verantwortlich, denen seine Partei fortwährend ausgesetzt ist. Der Aufruf richtet sich an alle Entrechteten des preussischen Wahlrechts. Das sind wir alle hier im Saale mit samt dem Grafen Polakowsky. Es ist also gar keine Klasse da, die hätte aufgeregt werden können. Der Staatsanwalt sagt, der Artikel zeige eine Kunst in der Verhöhnung. Wie dieser Art der Beweisführung brachte man in den Glaubensprozessen des Mittelalters die Reiter auf den Scheiterhaufen und bringt man heute noch die politischen Gegner in den Kerker. ... Bei dem vom Staatsanwalt beantragten Strafmaß steht mir der Verband still. Selbst wenn es zu einer Verteilung kommen sollte, würde eine Geldstrafe eine genügende Sühne sein.“ Auch das Gericht hatte keine Lust, den Spuren des Staatsanwalts zu folgen, es verurteilte den Angeklagten zu M. 400 Geldstrafe.

Ein anderer Prozeß spielte sich in Breslau ab, wo der Redakteur Albert von der „Volksmacht“ durch eine Matrode zum Klassenhaß aufgeregt haben sollte. Außer 18 Zeugen war auch der bekannte Professor Sombart als Sachverständiger erschienen; er sollte auf Antrag der Verteidigung über Wesen und Ziele der Sozialdemokratie Auskunft geben. Er gab an, daß er sich die Untersuchung der Arbeiterfrage zur Lebensaufgabe gemacht habe. Zur Sache könne er natürlich nur auf die programmatischen Schriften der Sozialdemokratie hinweisen. Danach sei das Wesen der heutigen Sozialdemokratie reformistisch evolutionistisch. Die Idee des plötzlichen Gewaltstreichs sei im Prinzip fallen gelassen worden. Das politische Testament Engels, des Mentors der gesamten internationalen Bewegung, habe sich im Prinzip ausdrücklich von der Gewalttheorie losgesagt, in dem er ausgeführt habe, daß wir, die revolutionären Umwälzer, am besten bei unserer Gefährlichkeit geblieben.

Bei der Frage, weshalb die Arbeiter den 1. Mai feiern, kam es zu einer bemerkenswerten Episode, über die die „Volksmacht“ folgendermaßen berichtet: Sombart: Der 1. Mai soll laut Beschluß des internationalen Arbeiterkongresses von 1889 eine Demonstration zur Erringung des achtstündigen Arbeitstages in allen Kulturländern sein. Vorsitzender: Aber die Arbeiter haben doch längst den Achtstundentag in den meisten Ländern! Sombart (erleicht lächelnd): „Aber nein!“ Vorsitzender: „Aber doch in vielen Ländern?“ Sombart: „Rein, nein!“ Im Gegenteil. Der demnachst der bürgerlichen Seite nach dem Selbstverständnis internationaler Arbeiterkongress muß erst noch den achtstündigen Arbeitstag als Maximalarbeitstag fordern! Vorsitzender: So?

Welch unbekante Welt den meisten deutschen Richtern die Arbeiterbewegung ist, das zeigen die Äußerungen des Vorsitzenden mit unüberwindlicher Klarheit. Der Staatsanwalt hielt folgenden verhältnismäßig gelinde Rede, beantragte aber immerhin drei Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte auf M. 300 Geldstrafe und zwar wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gehehe. Das ist für Breslauer Verhältnisse ein recht merkwürdiges Urteil, bald ebenso merkwürdig, wie die Vorstellungen des Richters über die Arbeiterbewegung.

**Die „Massenbetrugs“-Affäre** des Dresdener Staatsanwaltschaft (siehe „Grundstein“ Nr. 18, S. 227) ist ins Wasser gefallen. Der Gauobstand des Metallarbeiterverbandes und der Redakteur der „Schiff. Arbeiterzeitung“ sollten bekanntlich unter Anklage gestellt werden, weil sie gelegentlich der letzten Aussprechung den Mitgliedern des Metallarbeiterverbandes empfohlen hätten, eventuell ihre Mitgliedschaft zu verweigern, um die Metallindustrie in irrezuführen. Nunmehr ist den Genossen mitgeteilt worden, daß die Anklage gegen sie zurückgezogen worden ist.

**Die „göttliche Weltordnung“** wird durch folgende Nachricht wieder einmal in ihrem inneren Wesen enthüllt: 500 H. Dividende sollen von der Internationalen Bohrgesellschaft für das Geschäftsjahr 1905/1906 in Aussicht

genommen sein. Die Internationale Bohrgesellschaft hat in dem Geschäftsjahr 1905/1906 eine Reihe außerordentlich hoher Gewinne durch den Verkauf von Kohlen- und Kalifeldern erzielt. Der erste dieser Verkäufe betraf 250 Normalfelder, die für den Betrag von 85 Millionen Mark in den Besitz der Rheinisch-Westfälischen Kohlenbergwerks-Gesellschaft m. b. H. übergingen. Sodann veräußerte die Internationale Bohrgesellschaft zwölf Kohlenfelder in Westfalen und zwei Feldergruppen im Naderen Bezirk sowie Kalifelder in der Nähe von Halle zum Gesamtpreise von 10 Millionen Mark. Schließlich verkaufte sie ihren Besitz von lothringischen Kohlenfeldern für 7 Millionen Mark an die zum Zwecke der Inbetriebnahme dieser Felder gebildete Internationale Kohlenbergwerks-Affien-Gesellschaft zu St. Amand.

Was die Internationale Bohrgesellschaft „verdient“, ist eigentlich nichts anderes als Diebstahl an Nationalvermögen. Die Gesellschaft schürft nach abbaufähigen Erzen und Mineralen, erwidert, wenn sie solche gefunden hat, das Nutzungsrecht und verkauft dieses für Millionen weiter. Die Schätze, die im Erdboden liegen und die der Gesamtheit gehören sollten, werden auf diese Weise zu einem Mittel mißloser Bereicherung.

Wie diese enormen „Verdienste“ müssen bei dem Betrieb der Kohlen resp. Kalifelder von den Arbeitern wieder herausgeschuftet werden, die dann dafür in Geld und Knacktschaft verkommen können. Es geht doch nichts über unsere „göttliche“ Weltordnung!

**Die „Rurissa“-Affäre** soll nun doch ein gerichtliches Nachspiel haben. Aus Dortmund wird gemeldet: In Sachen des großen vorjährigen Grubenunglücks auf Jech, „Rurissa“ erhob nunmehr am 9. Juni das Landgericht Dortmund Anklage gegen die Betriebsführung auf Jech, „Rurissa“ wegen Verstoßes gegen die Bergverordnungen und wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgange. Der Prozeß beginnt Ende September vor dem Landgericht Dortmund. Es hat neben den Interpellationen im Reichstage und preussischen Abgeordnetenhaus erst vieler Rippenstöße der „Vergarbeiter-Zeitung“ bedurft, ehe sich die Behörde dazu entschloß, gegen die Bergverwaltung vorzugehen. Das große Unglück liegt nun bald ein ganzes Jahr zurück, so lange hat es gedauert, ehe man das Anlagematerial zusammen hatte. Bei den Prozessen gegen Arbeiter wegen Wahrscheinlichkeitsdemonstrationen oder Streikvergehen arbeitet man schneller. Sollte nun auch die Strafe gegen die des Arbeitermordes Schuldigen desto schwerer ausfallen?

**Reichstagsersatzwahl in Reuthen-Larnowitz.** In Oberschlesien, wo bisher das Zentrum dominierte, hat seit Jahr und Tag die Polenbewegung immer mehr an Boden gewonnen, wodurch ebenfalls der politische Einfluß des Zentrums fast ganz gebrochen worden ist, anderseits aber auch die Sozialdemokratie starken Abbruch erlitten hat. Dies ist schon zum Ausdruck gekommen bei der am 12. Juni stattgefundenen, infolge Mandatsüberlegung notwendig gewordenen Ersatzwahl. Bei der Hauptwahl im Jahre 1903 erhielt der offizielle Zentrumskandidat Krall im ersten Wahlgang 20145 Stimmen und in der Stichwahl wurde er mit 28264 Stimmen gegen den sozialdemokratischen Kandidaten gewählt; dieser erhielt in der Hauptwahl 10260 Stimmen, auf den politischen Kandidaten entfielen damals nur 6584 Stimmen. Nunmehr ist der Pole Napieralski im ersten Wahlgang mit circa 26000 Stimmen gewählt worden. Die Stimmen des Zentrums sind auf 7763, die der Sozialdemokratie auf 6280 zurückgegangen. Die Galizier — das sind die Germanisierungswillerliche — haben es auf 7231 Stimmen gebracht.

**Neuer die christlich organisierten Vergarbeiter im Saargebiete** hat sich bekanntlich der Handelsminister Delbrück im preussischen Herrenhause sehr mißfällig ausgesprochen. Es schien fast so, als ob er geneigt sei, dem Urteile des „Sch. Kommerzienrats“ Rirborf beizupflichten: „Die christlichen Gewerkschaften sind schlimmer als die sozialdemokratischen Organisationen.“ Die „Christlichen“ sind über seine Rede in große Erregung geraten; sie haben protestiert. Und nun hat der Handelsminister eine Gelegenheit wahrgenommen, sie zu verhöhnen. In die Vertrauensleute der Gruben im Saarrevier richtete er in Trier folgende An-

obenbrein von dem französischen Milliardenjagen geradezu treibhausmäßig geförderte Industrie sich immer rascher entwickelte, wurde noch weit rascher und nachhaltiger die Sozialdemokratie. **Dank dem Verständnis, womit die deutschen Arbeiter das 1866 eingeführte allgemeine Stimmrecht benutzten,** liegt das raschenneigende Wachstum der Partei in unberechenbaren Zahlen offen vor aller Welt.“ 1871: 102 000, 1874: 352 000, 1877: 498 000 sozialdemokratische Stimmen. Dann kam, wie Engels sagt, die hohe obrigkeitliche Anerkennung dieser Fortschritte in Gestalt des Sozialistengesetzes; die Partei war momentan zersprengt, die Stimmengahl sank 1881 auf 312 000. Aber das war rasch überwunden, und nun, unter dem Druck des Ausnahmengesetzes, ohne Presse, ohne äußere Organisation, ohne Vereins- und Versammlungsrecht, nun ging die rasche Ausbreitung ihrer recht an: 1884: 550 000, 1887: 763 000, 1890: 1 427 000 Stimmen. Da erlachte die Hand des Staates. Das Sozialistengesetz verstand; die sozialistische Stimmengahl stieg auf 1 787 000, über ein Viertel der familiären abgegebenen Stimmen, um bei den letzten Wahlen von 1903 auf über drei Millionen anzuschwellen. Die Regierung und die herrschenden Klassen hatten alle ihre Mittel erschöpft — nutzlos, zwecklos, erfolglos. Die handgreifliche Beweise ihrer Ohnmacht, die die Behörden, vom Reichstagspräsident bis zum Reichslandrat, hatten einnehmen müssen — und das vor den verdammten Arbeitern! — diese Beweise zählen nach Millionen. Der Staat war am Ende seines Vokabulars, die Arbeiter erst am Anfang des ihrigen.“

Die deutschen Arbeiter hatten aber, nach Engels Zeugnis, zudem ihrer Sache noch einen zweiten großen Dienst erwiesen, der mit ihrer bloßen Existenz als die stärkste, die diszipliniertere, die am raschesten anwachsende sozialistische Partei gegeben war: sie hatten ihren Genossen aller Länder eine neue, eine der schärfsten Waffen geliefert, indem sie zeigten, wie man das allgemeine Stimmrecht gebrauchte.“

Das allgemeine Stimmrecht hatte schon lange in Frankreich bestanden, war aber in Verfall gekommen durch den

Mißbrauch, den die bonapartistische Regierung damit getrieben. Nach der Kommune war keine Arbeiterpartei vorhanden, es zu benutzen. Auch in Spanien bestand es seit der Republik; dort aber war die Wahlenteilhaltung aller ernstlichen Oppositionsparteien von jeher Regel. Auch die Schweizer Erfahrungen mit dem allgemeinen Stimmrecht waren alles, nur nicht aufmunternd für eine Arbeiterpartei. Die revolutionären Arbeiter der romanischen Länder hatten sich angewöhnt, das Stimmrecht als einen Fallstrick, als ein Instrument der Regierungssprellerei anzusehen. Engels verwies darauf, daß das in Deutschland anders war. Schon das kommunistische Manifest hatte die Stärkung des allgemeinen Wahlrechts, der Demokratie, als eine der ersten und wichtigsten Aufgaben des freien Proletariats proklamiert, und Lassalle hatte diesen Punkt wieder aufgenommen. Als nun Bismarck sich genötigt sah, dieses Wahlrecht einzuführen, als einziges Mittel, die Volksmassen für seine Pläne zu interessieren, da machten unsere Arbeiter sofort Ernst damit und schrieben August Bebel in den konstituierenden Reichstag. „Und von dem Tage an haben sie das Wahlrecht benutzt in einer Weise, die sich ihnen tausendfach gelohnt und die den Arbeitern anderer Länder als Vorbild gebietet hat. Sie haben das Wahlrecht verwandelt aus einem Mittel der Prellerei, was es bisher war, in ein Werkzeug der Befreiung.“ Engels schloß dann den großen praktischen Wert des allgemeinen Wahlrechts und des daraus resultierenden Parlamentarismus für die Arbeiterklasse und fügt hinzu:

„Mit der erfolgreichen Benutzung des allgemeinen Stimmrechtes war aber eine ganz neue Kampfmethode des Proletariats in Wirklichkeit getreten, und diese bildete sich rasch weiter aus. Man fand, daß die Staatseinstellungen, in denen die Herrschaft der Bourgeoisie sich organisiert, noch weitere Handhaben bietet, vermittelst deren die Arbeiterklasse diese selbst Staatseinstellungen bekämpfen kann. Man beteiligte sich an den Wahlen für Einzelab-

tage, Gemeinderäte, Gemeinderichter; man machte der Bourgeoisie jeden Protest freitig, bei dessen Befolgung ein genügender Teil des Proletariats mißsprach. Und so geschah es, daß Bourgeoisie und Regierung dahin kamen, sich weit mehr zu fürchten vor der gesellschaftlichen als vor der ungeseligen Aktion der Arbeiterpartei, vor den Erfolgen der Wahl als vor denen der Rebellion.“

Engels setzt auseinander, daß auch hier die Bedingungen des Kampfes sich wesentlich verändert haben. Die Rebellion alten Stils, der Straßenkampf mit Barricaden, der bis 1848 überall die letzte Entscheidung gab, sei ein überwundener Standpunkt, besonders in Hinblick auf die gemaltige Ausgestaltung, die der Militarismus erfahren hat. Daraus begreife sich, weshalb die herrschenden Klassen sich plattberdinge dahin bringen wollen, wo die Fiktion steht und der Säbel hält; warum man uns so insidisch ansetzt, wie möglich doch endlich einmal Kanonenhüter spielen! Aber: die Herren verdrängen ihre Mitgefehle wie ihre Herausforderungen für nichts und wieder nichts. „Die Fronte der Weltgeschichte stellt alles auf den Kopf. Wir, die Revolutionäre, die „Unmöglichen“, wir geben weit besser bei dem gesellschaftlichen Mittel als bei den ungesellschaftlichen und umstürzen. Die Ordnungsparteien, wie sie sich nennen, gehen zu grunde an dem von ihnen selbst geschaffenen gesellschaftlichen Zustand. ... Und wenn wir nicht so wahrhaftig sind, ihnen zu Gefallen uns in den Straßenkampf treiben zu lassen, so bleibt ihnen zuletzt nichts anderes, als selbst diese ihnen so fatale Gesellschaft zu durchbrechen.“

So hat die Sozialdemokratie Deutschlands seit ihren Anfängen gebahnt, so denkt sie noch heute. Immer hat sie sich leiten lassen von der großen Idee, daß die Kampfmethode im Interesse der Kultur und Humanität sowie nach rein kalten Erwägungen verhindert werden müßten. Auf legalem Wege will die Arbeiterklasse den gebührenden Einfluß auf die Entwicklung gewinnen.



sprachen: „Lassen Sie sich nicht zu einer unfreundlichen Gesinnung gegen die königliche Vergebung oder Ihre Vorsetzungen verleiten. Kein Mensch denkt daran, Ihnen irgendwelche Ungerechtigkeiten widerfahren zu lassen. Wir sind alle, bis zum Minutier aufwärts, bekümmert, die Gruben so zu führen, wie es im Interesse der Arbeiter, im Interesse des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter liegt. ... Lassen Sie sich nicht von außen einreden, daß der Unternehmer nicht ihr Freund ist. Wir sind aufeinander angewiesen. Sie auf uns und wir auf Sie! Wir haben den besten Willen, Ihnen ein gerechter Arbeitgeber zu sein, daß Sie sich alle wohlfühlen in unserer Arbeit. Vergessen Sie das nicht und verdrängen Sie das gute Verhältnis nicht, indem Sie von außen hereingetragenem Einflüssen glauben! Das wollte ich Ihnen gesagt haben, und zwar von gutem Herzen. Einen guten Rat möchte ich Ihnen gegeben haben: Haben Sie Vertrauen zu Ihren Vorsetzungen, und lassen Sie sich nicht einreden, daß Sie mit Kampf und unfreundlichem Auftreten mehr erreichen, als wenn Sie mit Ihren Vorsetzungen auf gutem freundschaftlichen Fuße sich bewegen.“

Der Grundgedanke dieser Rede des Ministers ist unschwer zu erkennen: die Arbeiter bedürfen gar keiner Organisation zur Wahrung ihrer Interessen. Dieser Wahrheit wird die Behörde bezug. der Unternehmer schon befohlen. Sie mögen nur immer lässig artig sein. Haben die „Christlichen“ Lust, es mal darauf ankommen zu lassen?

**Gegen die katholische Arbeiterpresse und ihre Hintermänner richtet die „Deutsche Arbeiterzeitung“ folgenden Angriff:**

Repräsentanten der Bekämpfung der von den Arbeitgebern zur Sicherung ihrer Wirtschaftlichkeit gegenüber den gewerkschaftlichen Angriffen eingeleiteten Schritte sind andererseits die Hintermänner der katholischen Arbeiterorgane. Und zwar trifft auf diese nicht etwa der Vorwurf mangelnder Einsicht zu, sondern sie handeln in der Wahrnehmung ihrer eigenen politischen Absichten, wenn sie die Koalitionsbestrebungen der Arbeitgeber für unzulässig erklären. Sie sind sozusagen Sozialdemokraten mit literarischem Einschlag; sie hoffen, die Massen hinter sich zu bringen, indem sie ihnen alles und noch mehr versprechen, was die sozialdemokratische Partei ihrer Gefolgshäufigkeit jagt, um dem Materialismus schließlich einen ausschlaggebenden Einfluß auf das Geschick der Nation zu sichern.

Also „Sozialdemokraten mit literarischem Einschlag“. Das wäre ja denn wohl die neueste Spezies von „Unzufriedenen“.

**Zum Kampf um die Wahlreform in Oesterreich.** Um die weitere Verschärfung der Wahlreform zu verhindern, hat neuerdings eine sozialdemokratische Konferenz in Wien getagt und folgenden Beschluß über die Organisation des Massenstreiks gefaßt:

Die Konferenz fordert die organisierte Arbeiterschaft aller Branchen in ganz Oesterreich auf, unterzögigst daranzugehen, die letzten Vorbereitungen für den Massenstreik in möglichst großem Umfang zu treffen.

Die Vollmacht, die nötigen Anordnungen für den Massenstreik zu treffen und sofort, wenn es notwendig ist, die Parole zu seinem Beginn auszugeben, wird einem aus Mitgliedern der Parteiverwaltung, Gewerkschaftskommission und Fraktion bestehenden Zentralkomitee in Wien übertragen.

Die Zeitung in jedem einzelnen Lande wird in der Hand eines einzigen, ebenso zusammengelegten Landeskomitees vereinigt, das sich unmittelbar mit den Lokalkomitees in Verbindung zu setzen hat.

Die Konferenz legt dem Zentralkomitee die volle Verantwortung dafür auf, daß der richtige Zeitpunkt nicht verpaßt und daß der Massenstreik trotz aller damit verbundenen Opfer proklamiert wird, sobald eine das Zustandekommen des Gesetzes ernstlich bedrohende Störung in der parlamentarischen Beschäftigung eintreten sollte.

**Ein harter Kampf um das Streikrecht** ist in der holländischen Kammer im Zusammenhange mit der Beratung über das Gesetz, betreffend den Arbeitsvertrag, beendet worden. Es handelt sich um folgendes: Im Gesetz wird dem Unternehmer das Recht gegeben, einen Garantiefonds aus Lohnabzügen zu bilden bis zur Höhe eines Wochenlohnes. Wählt der Arbeiter den Kontrakt, so kann sich der Unternehmer an dieser Summe schadlos halten. Die Frage war nun, ob dies auch im Streikfall gelten sollte. Die sozialdemokratischen Abgeordneten stellten sich auf den Standpunkt, daß ein Ausstand kein Kontraktbruch ist, sondern nur eine Suspension von der Durchführung des Kontraktes, denn die Arbeiter wollen nichts lieber als ihre Arbeitsbeziehung weiterführen. Es gibt manche Ausstände, wo die Kündigungseinstellung eingehalten werden kann; manche gibt es aber auch, wo das nicht der Fall ist. Man denke nur an die Fälle, wo der Unternehmer willkürlich Abänderungen in der Art der Arbeit vornimmt, wie auch da, wo man Arbeiter zwingen will, Arbeit zu tun, die andere, freitragende Arbeiter haben liegen lassen. Darum erachtet es die sozialdemokratischen Abgeordneten der Kammer als notwendig, den Streikfall überhaupt auszuscheiden und nie gelten zu lassen für den Anspruch des Unternehmers, Schadenersatz zu bekommen aus der Garantiesumme. Dabei führten sie gegen die ganze Garantiesumme, die die schon übermächtige Partei des Unternehmers noch stärker macht, und die doch durch ihre ökonomische Ökonomie schwächere Partei des Arbeiters noch schwächt, einen Kampf.

Die Diskussion über das Streikrecht hat länger als eine ganze Woche gedauert und ist beendet mit Annahme des Regierungspunktes, der das Streikrecht beschränkt. Der Justizminister stellte sich auf den Standpunkt, daß der Kontrakt durch Streik nicht gebrochen wird, sondern nur suspendiert. Über das Verlassen der Arbeit ohne Innehaltung der Kündigungsfrist sei einer der in dem Gesetz angeordneten Fälle, wo der Unternehmer wegen „dringender Ursachen“ den Arbeiter entlassen und Schadenersatz fordern könne.

Fast alle Vertreter bürgerlicher Parteien gaben zu, daß der Ausstand kein Kontraktbruch sein könne; aber man wußte nicht,

was man tun sollte. Es gibt gute und böse Streiker. Straft alle, der Herrgott wird sie wohl ausfinden!

Der Artikel wird in Holland, wo viel unorganisierte und unvorbereitete Ausstände vorkommen, den Arbeitern viel Geld kosten.

## Maurerbewegung.

**Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.**

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

**Zug von Maurern und Bauarbeitern** ist fernzuhalten:

### Deutschland:

#### Maurer:

**Hannasstädte:** Stierkrade und Umgegend (Differenzen), Ditholdorf b. Lübeck (Sperre über Schmidt in Kasdorf);

**Schleswig-Holstein:** Meldorf, Bramstedt (partielle Streiks), Barmstedt (Sperre über Rathjens in Hemdingen);

**Mecklenburg:** Schwerin (Bauarbeiterstreik), Süls (Sperre über Holldorf), Güstrow, Neubukow (Streiks), Lage (Sperre über Korf), Klütz (Aussperrung), Dassow (Differenzen);

**Pommern:** Gollnow (Sperre über Küster), Stralsund (Streik), Ullrich (Sperre über H. Schütter), Demmin, Greifswald (Aussperrungen);

**Ost- und Westpreussen:** Könitz, Vandsburg (Aussperrungen), Marienwerder (Aussperrung in Rehhof b. M.), Memel (Streik);

**Posen:** Krotoschin-Freyhan (Streik);

**Schlesien:** Breslau, Haynau (Differenzen) Gottesberg (Streik);

**Brandenburg:** Wittenberge (Aussperrung), Alt-Karbe, Forst, Schwiebus, Jüterbog, Trauenbrietzen, Belgitz (Streiks), Trebitzsch (Sperre über Hamann), Finsterwalde (Differenzen), Guben (Bauarbeiterstreik), Strasburg i. d. Vorkorn. (Sperre über R. Henschel);

**Provinz Sachsen und Anhalt:** Ammendorf, Gardelegen (Streiks), Bernburg (Aussperrung), Dessau, Staassfurt und Umgegend (Differenzen), Fichtenberg (Sperre über Goldschmidt);

**Königl. Sachsen:** Leipzig Streik der Rabitzputzer, (Bausperren über die Firmen Marien & Kunze, Bahnhofsbauten; Karl Wilhelm Thormann, Leipzig-Anger, Wiebelstr. 9, Karl Feist in Wahren, Hallesche Strasse, M. Klenke in Möckern, Hallesche Strasse, Bernhard Schammelt, Ecke Bayersche und Hardenbergstrasse, Otto Dietze, Wahren, Hallesche Strasse, F. Bieber in Leipzig-Gohlis, Willy Schöbel in Stötteritz, Bau Leipzigerstrasse), Wurzen (Sperre über Lehmann in Püchau), Hirschberg, Reichenau, Nossen, Döbeln, Oschatz, Hainichen, Dahlen, Hartha, Lützen (Aussperrungen), Zwickau, Penig, Grossrührsdorf, Reichenbach i. V., Zittau, Grimsditzsch, Schneberg, Bautzen (Streiks), Weissensefeld, Zeltz, Limbach, (Differenzen), Waldheim (Zimmererstreik);

**Hannover, Oldenburg und Lippe:** Visselhövede (Sperre über Cohrs und Köster), Osterode a. Harz (Streik), Emden, Münden (Zimmererstreiks), Nienburg a. d. W., Hildesheim, Aurich, Detmold, Oldenburg (Streiks), Uelsen (Aussperrung), Celle, Harburg (Bauarbeiterstreiks);

**Braunschweig:** Sohldingen (Aussperrung);

**Thüringen:** Erfurt (Sperre über Wagner), Gera (Sperre über Hirsch), Arnstadt (Sperre über Faust und Papp), Kahla (Aussperrung), Meuselwitz (Sperre über K. Müller), Alstedt (Sperre über Wagner, Kalwerk Heyendorf), Schmalkalden, Gotha, Suhl, Rudolstadt (Streiks);

**Rheinprovinz und Westfalen:** Düren (Aussperrung), Remscheid (Sperre über Panel), Elberfeld (Sperre über Boswau & Knauer), Kronenberg (partieller Streik);

**Bayern:** Alzenau, Hof a. d. S., Bayreuth, Regensburg, Würzburg (Streiks);

**Hessen:** Mühlheim-Dietesheim, Borsdorf, Dillenburg (Streiks), Schwanheim a. M. (partieller Streik), Marburg (Bauarbeiterstreik);

**Baden-Pfalz, Elsass-Lothringen:** Gebweiler, Hasloch, Weinheim, Schifferstadt, Rastatt, (Streiks), Schwetzingen (Sperre über S. Umhey und J. Faackel & Co.), Freiburg (part. Aussperrung), Pforzheim (Aussperrung);

**Württemberg:** Vaihingen a. d. F., Ulm (Streiks);

### Fliesenleger:

Bochum (Sperre über Schöttler und Werringsföhr);

### Oesterreich:

Olmütz, Pilsen (Streiks), Wien (Aussperrung).

**Ma... werden gesucht in Ehrenhöf.**

**Gau Oden.** In dem es hat sich der Bohnenkampf um die 5. Erhöhung zu einem Nachkampf ausgedehnt. Man will den Arbeitern, die immer noch nicht recht lachten, ob sie nach links oder rechts gehörten, mit Gewalt klar machen, daß das Gesetz von „Eck der nationalen Arbeit“ nur Schwindel war, und daß dem Arbeiter nicht nur das tägliche Brot versagen, sondern auch die Erziehung besserer Löhne abgeschnitten werden soll. Schon zu Anfang des Streiks machte es sich bemerkbar, daß sich alles gegen die Maurer verschworen hatte. Die Kasernebauten sowie das Seminar, die aus dem Steuerfiskus des Volkes bezahlt werden, ruhten sechs Wochen vollständig. Die Unternehmer prahlten damit, daß sie ein ganzes Jahr Zeit hätten. Da ihnen aber doch die Zeit zu lang wurde, sprach Herr Schmidt mit seinem großen Gelde ein und holte Italiener. Diese ja sehr nützlichen Elemente, die trotz der Informierung durch den „Operaio Italiano“ von Schweinmünde nach Memel gekommen sind, arbeiten jetzt an der Kaserne. Der Unternehmer freut, der das Seminar ausführt und keine Italiener haben wollte, sondern gewillt war, sich mit den Memelern zu einigen, erklärte in den letzten Tagen, daß er es auch mit 15 Italienern verlegen müßte. Wahrscheinlich hat er einen Wind mit dem Bauplatz erhalten, wodurch man ihm zu verstehen gegeben hat, daß das Geld für die Italiener nicht umsonst ausgegeben sei, sondern daß diese nützliche Gesellschaft auch ihren Zweck erfüllen soll. Auch bei der Materialsperrung hat sich der Herr Andrat schon recht viel Mühe gegeben, und zwar, wie er in seinem Briefe ausgeführt hat, aus politischen Gründen. Da die politischen Gründe dieses Herrn aus der Maßbewegung 1903 genügend bekannt sind, weiß man bestimmt, aus welcher Ecke der Wind pfeift und daß nichts Gutes zu erwarten ist. In Memel glaubt man noch, daß man die aufstrebende Arbeiterklasse einfach zur Dummheit berurteilen kann. Von diesem Wahnsinn müssen die Herren erst kuriert werden und lernen, daß sich die Arbeiter das, was ihnen borenthalten wird, durch ihre eigene Machtstellung erkämpfen. Erst dann werden sie die Arbeiter respektieren und ihnen geben müssen, was sie ihnen jetzt noch borenthalten. Darum wird auch dieser Kampf nicht umsonst geführt werden, sondern dazu beitragen, daß auch in Memel eine Klassenbewußtse und kampffähige Arbeiterklasse entsteht, die auch den Nachkämpfen gewachsen ist. Zugut ist weiter fernzuhalten.

**Gau Berlin.** In der Nähe des Eisenwerks „Rauhammer“, dort, wo die drei Provinzen Sachsen, Schlesien und Brandenburg aneinandergrenzen, liegt abseits vom Verkehr das so 2500 Einwohner zählende Dorf Woditz, dessen Einwohner in der Hauptsache Eisen- und Grubenarbeiter sind, zu denen sich aber auch eine große Anzahl Bauarbeiter und Maurer gesellen. Die Leute treiben fast alle im Nebenberuf Landwirtschäft; niedrige Löhne, lange Arbeitszeit usw. sind die Folgen davon. Nach vor einem Jahr wußte man nichts oder nicht viel von einer Arbeiterbewegung. Da jetzt eine lebhaftige Agitation ein, die zunächst von dem politischen Verein aus betrieben wurde und ungeahnte Erfolge hatte, Polizei und Unternehmertum waren bestens befreit, die Bewegung niederzuhalten, und der Übermut des Unternehmertums auf der einen und die starke Verbreitung der sozialistischen Tagespresse („Holländisches Volksblatt“) auf der anderen Seite brachten es mit sich, daß sich die Arbeiter auch auf ihre wirtschaftliche Lage besannen und sich gemeinschaftlich organisieren. Verhältnismäßig große Gewerkschaften entstanden und auch die Maurer fanden nicht zurück. Sie waren bisher in einem Vergnügungsverein „Immergrün“ zusammengefallen, der von Vergnügungsorten kämpfenden Arbeiter aus dem Woditz fortwährend in den Rücken fiel: Er wurde anders. In einer großen Jünglingsversammlung — dem Verammlungstale der Woditzer Arbeiter — fand eine Maurer-berammlung statt, in der außer einer Anzahl Woditzer Genossen anderer Berufe nur ganze sieben Maurer anwesend waren. Aber man ließ sich dies nicht verbieten. Der Anführer an den Maurerverband war gefunden, und nun ging die Agitationsarbeit langsam aber sicher los. Heute sind 93 Maurer von 120 beständigsten im Verband. Der Maurermeister Mademacher begann mit Maßregelungen, er hielt aber die Bewegung nicht auf. Jetzt haben wir nun Forderungen an die Unternehmer gestellt, und zwar auf 88 1/2 Stundenlohn und geschnittene Arbeitszeit. Bisher mußte bei durchschnittlich 84 1/2 Stundenlohn täglich elf Stunden gearbeitet werden. Während der Unternehmer beizuliegen vor Ablauf der bis 18. d. M. währenden Bedenkzeit, haben die Baumeister Mademacher in Woditz und Gärtner in Wittenberg schon heute ihre Abgabe angekündigt. Der letztere maßregelte sogar das Mitglied der Lohnkommission, den Kollegen August Thron. Es wird nun in dieser Woche eine Verammlung stattfinden, in der die weiteren Maßnahmen beraten werden sollen. Dem Unternehmertum wird nun schon die Solidarität und der Ernst der hiesigen Maurer gezeigt werden.

In Euth. Kollegen, liegt es aber, auszuharren im Kampfe und noch die letzten Fernstehenden zur Organisation, unserem Maurerverband, heranzuziehen. Auf, an die Arbeit! Der Zug nach hier ist fernzuhalten.

In Treuenbrietzen fand am 7. Juni eine Verhandlung statt, eine Einigung konnte jedoch nicht erzielt werden. Die Forderung ging in einer Lohn-erhöhung von 85 auf 88 1/2. Die Unternehmer wollen jedoch nur 86 1/2 zahlen. Sie werden sich aber noch eines Besseren bestimmen müssen, da sie Streikbrecher so gut wie gar nicht zur Verfügung haben.

**Gau Breslau.** Seit dem 14. Mai liegen die Maurer und Zimmerer von Freyhan-Prostschin im Streik. Bis jetzt konnte keine Einigung zu Stande kommen. Der Vorliegende der Unternehmervereinigung ist ein sehr gestrenger Herr, der auch als Patriot seinen Mann stellt. Er verlangt und hofft auch von seinen Genossen das gleiche, weshalb er den dringlichen Versuch unternimmt, sie auf den rechten Weg zurückzuführen. Dies sollte durch folgenden Schriftsatz, das jedem Kollegen zugestellt wurde, geschehen:

Prostschin, den 1. Juni 1906.

Hiermit teile ich Ihnen mit, daß wir Baumeister in Prostschin am heutigen Tage in Anbetracht des Schreibens vom 28. Mai 1906 von Herrn Wilhelm Wodt folgendes beschlossen haben:



1. Den Maurern Herrn Wilhelm Moß erkennen wir nicht als Vertreter unserer Maurer- und Zimmergesellen an, weil derselbe seit zwei Jahren bei uns nicht in Arbeit gestanden hat.

2. Wie von mir beim. von der Lohnkommission schon früher erkannt wurde, sind wir gewillt, für dieses und das nächste Jahr eine Stundenzahlung von 2 1/2 und vom 1. Mai 1908 an einen Stundenlohn von 3 1/2 bei vollständiger Arbeitszeit und der gesetzlichen Kündigungsfrist zu bewilligen. Ferner werden Schlafstelle und Kochgelegenheit und bei jedem größeren Bau ein Verbandslohn gestellt bzw. gegeben.

Da wir nun wissen, daß unsere Maurer- und Zimmergesellen kühnste, ehrliche und einflussreiche Männer sind, die der Sozialdemokratie nicht Vorwand leisten wollen und werden, so geben wir uns der bestimmten Hoffnung hin, daß unsere Bedingungen angenommen werden und am 6. Juni d. J. die Arbeit wieder aufgenommen wird.

Sie sind bereit, am 6. Juni d. J., Vormittags, mit einer verordneten Lohnkommission diese Angelegenheit zu besprechen. Die vereinigten Maurer- und Zimmermeister in Protokoll.

J. A.: P. Werner.

Den Streikenden ist es aber nicht eingeleitet, auf dies Angebot hin die Arbeit aufzunehmen; sie haben vielmehr in einer Versammlung, die am zweiten Pfingstfesttag stattfand, folgenden Beschluß: Die Versammlung der streikenden Maurer und Zimmerer hält nach wie vor an den gestellten Forderungen fest und erklärt sich mit allen bisher unternommenen Schritten der Lohn- und Streikkommission einverstanden. Sie drückt dieser Kommission auch fernerhin ihr volles Vertrauen aus und weist es auf das entschiedenste zurück, sich von den Meistern vorzugeben zu lassen, wen sie zu ebenbürtigen Unterhandlungen delegieren. Dieser Beschluß ist den Unternehmern mitgeteilt worden; worauf sie sich jedoch eines anderen besonnen haben; denn am vorigen Sonntag ließen die Inhaber zweier großer Geschäfte bei der Kommission anfragen, ob sie verhandeln wollten. Dazu war die Kommission natürlich bereit, konnte aber nur erklären, daß die Streikenden auf den Forderungen beharren. Am Freitag kam es dann zu einer Verhandlung mit sämtlichen Meistern, wo der Vorsitzende erklärte, daß noch nie eine Lohnkommission bis jetzt so fest an den gestellten Forderungen gehalten hätte, wie gerade diesmal. Aber wir haben auch keine Erlasse, einen Schritt zu weichen, denn noch nie hat ein Streik so günstig für uns gelaufen wie gerade dieser. Streikbrecher sind bis heute noch keine zu verzeichnen und Arbeit ist genug in der Umgebung vorhanden, so daß wir auch Montag wieder eine größere Kolonne unterbringen werden.

Zu einer Einigung kam es auch in dieser Verhandlung nicht. Die Unternehmern haben es gewagt, eine „Granate“ unter die Streikenden zu werfen, indem sie wieder an einzelne Kollegen folgendes Schriftstück sandten.

Protokoll, den 15. Juni 1906.

Herrn ... Nachdem wir am heutigen Tage mit Ihrer gewählten Lohnkommission eine Besprechung gehabt haben, um die Arbeitsverhältnisse unserer Maurer- und Zimmergesellen zu Ende zu bringen, so teilen wir Ihnen hierdurch mit, daß Ihre Lohnkommission trotz unseres heutigen Entgegenkommens sich ablehnend verhalten hat.

Wir bewilligen Ihnen nämlich:

1. einen Stundenlohn von 3 1/2 bei vollständiger Arbeitszeit und achtstündiger Kündigungsfrist und alle von Ihnen sonst aufgestellten Bedingungen;
  2. die Dauer des Lohnverhältnisses auf zwei Jahre.
- Wenn Sie unter diesen Bedingungen nun die Arbeit sofort oder bis spätestens am 25. d. M. aufnehmen, so hatten wir unser Anerkennen, sonst sind wir gezwungen, auf unserm Schreiben vom 1. Juni d. J. zu bestehen.

Die vereinigten Maurer- und Zimmermeister in Protokoll.

J. A.: P. Werner.

Aber Sie werden auch dieses Mal so wenig Erfolg haben, wie auf das erste Schreiben. Es wird sich kein Streikender verleiten lassen, die Arbeit aufzunehmen, ohne daß eine Einigung der Lohnkommission mit den Meistern durchgeführt ist. Zugun ist nach wie vor ferngehalten.

**Gau Götting.** In Jitta dauert der Streit der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter ununterbrochen fort. Wir können jetzt nach wie vor festhalten, daß die Situation für uns günstig liegt. Allerdings zeigen die Unternehmern diesmal alles daran, uns niederzulegen. Doch sind unsere Kollegen durch die bisherigen Kämpfe zu gut geschult, wohlbedachten Kampfen zu erliegen. Da sie in den vorhergehenden Jahren sehr viele Erfahrungen mit schändlichen Arbeitswilligen gemacht haben, vermeiden sie, derartige Elemente innerlich sich aufzunehmen und zwar im Dresdener Bezirk. Baumeister Schmidt von Jitta hat einen Zimmermeister engagiert, der neben seinem Beruf auch als Agent fungiert. Dieser würdige Patron heißt T. T. Es soll in Jitta eine Arbeiterkneipe innehaben. Durch Vermittlung dieses Agenten gelingt es Baumeister Schmidt immer wieder, Streikbrecher, vornehmlich Zimmerer, heranzulocken. Doch auch Maurer vermittelt ihm dieser Seelenverkäufer. Bis jetzt haben wir glücklicherweise noch keinen Zugang von auswärtig zu verzeichnen. Die Zimmerer haben schon jetzt zehn dieser Dresdener wieder zurgedrängt. Arbeitsgelegenheit steht ihnen in genügender Fülle zu Gebote. Die Kollegen haben auch regen Gebrauch davon gemacht. Von jetzt 650 Kollegen im ganzen Bezirk sind annähernd 400 abgereist. Im Laufe der nächsten Woche wird auch diese Zahl sich bedeutend verringern. Größere Bauten, die ihrer Ausführung harren, sind: der Postweiterbau, der Erweiterungsbau der Maschinenhalle des Elektrizitätswerks, der Schul-erweiterungsbau und noch verschiedene Umbauten privater Natur. Von den in den Listen Eingetragenen sind im ganzen zwei ausgefallen. Jeder Kollege ist sich bewußt, daß dies der Entscheidungskampf ist und daß er vielleicht noch länger als der vorige dauern wird.

In Großschönau sind von 108 Ausgesperrten noch 45 im Orte. Die anderen sind abgereist bzw. anderweitig untergebracht. Arbeitsgelegenheit ist dort äußerst günstig. In Reichenau sind 98 Kollegen ausgesperrt worden. Zum Streikbrecher ist noch niemand geworden. 65 davon sind abgereist bzw. anderweitig untergebracht. Die Stimmung

ist hier wie in Großschönau äußerst kampfeslustig, obgleich es sich hier um eine sehr junge Organisation handelt. Zugun ist in diesen beiden Orten noch nicht zu verzeichnen. Die Unternehmern sind empört, daß eine so große Anzahl Kollegen anderweitig Arbeit gefunden hat. Sie versuchen jetzt schwere Strafen überall hin, ja sogar in die Fabriken, um die dort beschäftigten Kollegen oder deren Frauen außer Arbeit zu bringen, doch ohne Erfolg. Die Gesellen werden trotz alledem zum Siege gelangen.

**Gau Leipzig.** In Amendorf bei Halle a. d. S. sind am 10. und 11. Juni 60 Italiener abgereist, angeblich nach Frankfurt a. M. Der Unternehmer Möbus hat keine braunen Schöne gleichfalls entlassen; er bietet jetzt den Kollegen 48 1/2, aber auf allen Baustellen will er es nicht zahlen. Eine nochmalige Unterhandlung ist angebahnt und wenn die Unternehmern Möbus, Friedrich und Meißner den Frieden wollen, dann brauchen sie nur die gerechten Forderungen anzuerkennen. Günstig haben die Unternehmern eingesehen, daß sie sich dabei besser stellen werden.

**Gau Magdeburg.** In Verburg hat der Unternehmer Meise noch ein halbes Dutzend der braunen Schöne des Südens aus der Kolonne des dunklen Ehrenmannes Caspary herangeführt. Tags vorher hatte der Kollege Dege aus Halle mit einem Kostenaufwand von 192,06 eine Kolonne abgeholt. Wir möchten den Kollegen raten, sich nach anderen Hilfsmitteln umzusehen, da, wie die Figur zeigt, mit Geldmitteln nichts getan ist. Die Zahl der Ausgesperrten ist auf 16 zurückgegangen, da sich das bauernde Publikum teilweise an das Streikkomitee wendet und diesen die Arbeiten in Regie überträgt. Die Kollegen in Carlsburg sind schon am Montag, den 11. Juni, in den Streik eingetreten. Bis auf die alten, minderleistungsfähigen Kollegen ist die Arbeits-einstellung vollständig. Die letzten Kollegen sind sofort abgereist. Am Mittwoch Abend fand eine Verhandlung mit den Unternehmern statt, der auch der Gausvorsitzende beistand. Da die Herren bloß 2 1/2 Kolnerhöhung boten, konnte ein Ausgleich nicht erzielt werden. In den Kollegen wird es liegen, die Unternehmern weiteren Zugeständnissen geneigt zu machen. Galt die Streikenden treue Macht, daß der Zugun fernbleibt, dann muß ihnen der Sieg zu teil werden.

**Gau Erfurt.** In Schmalkalden haben am 12. Juni die Mitglieder unseres Zweigvereins, Maurer und Zimmerer, die Arbeit eingestellt. Der Grund ist die Ablehnung der eingereichten Forderungen durch die Unternehmern. Gefordert wurde die zehnstündige Arbeitszeit und ein Minimallohn von 35 1/2 für Kinder und 40 1/2 für Maurer. Die zehnstündige Arbeitszeit wollten die Unternehmern schon bewilligen, jedoch nur einen Höchstslohn von 32 resp. 36 1/2 zahlen, so daß die Kollegen hierzu keinen Vorteil, sondern, da mit dem Höchstslohn alles mögliche gemacht werden kann, nur Nachteil gehabt hätten. Es hat lange genug gedauert, ehe die Kollegen ihre erbitterte Lage begriffen haben, diese Lage haben sie 12 und 13 Stunden für Löhne von 28 bis 32 1/2 gearbeitet. 108 Mann sind in den Streik eingetreten, leider jedoch auch 88 in Arbeit geblieben. Gelingt es, von den Arbeitswilligen noch welche zur Einstellung der Arbeit zu bewegen, und halten die Kollegen aus, dann muß auch hier den Unternehmern klar werden, daß es in dieser Sache nun endlich auch bei den baugewerblichen Arbeitern Anfang, Licht zu werden. Die Unternehmern haben in ihrer Versammlung beschlossen, fest zusammenzuhalten und nichts zu bewilligen; gottlos tun die Kollegen daselbst. Ein Vermittlungsschreiben des Gausvorsitzenden haben die Unternehmern nicht beantwortet. 19 Kollegen sind in den ersten zwei Tagen abgereist, nächste Woche folgen noch mehr, da die Abgereisten alle Arbeit gefunden haben.

Ueber den Streik in Götting wird berichtet, daß der Kampf weitergeführt wird. Gelegentlich der Klage mit dem Unternehmer Meise wurde den streikenden Parteien der Vorschlag gemacht, das Gewerbegericht als Einigungsamt anzurufen. Zu dem Zweck wurde am 8. Juni über den Streik der Bauarbeiter Verhandlung vor dem Gewerbegericht geführt. Von den streikenden Maurern, Zimmerern und Bauhilfsarbeitern war Kollege Leibe als Vertreter, von den Unternehmern Hofmaurermeister Merlen bestimmt worden. Zur Begründung der gestellten Lohnforderung führte Kollege Leibe an, daß die Bauarbeiter durch die Verletzung der notwendigen und für den Arbeiter unentbehrlichen Lebens-mittel und durch die schlechten Lohn- und Arbeitsbedingungen dazu gezwungen waren, Forderungen zu stellen. Bei einer durchschnittlichen jährlichen Arbeitszeit von 2000 Stunden und einem Stundenlohn von 45 1/2 würde das jährliche Einkommen eines Maurers M. 900 betragen. Das ein Arbeiter mit M. 900 bei den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht in der Lage ist, als Mensch leben zu können, braucht wohl nicht erwähnt zu werden. Die hiesigen Unternehmern denken jedoch anders; sie können sich nicht entschließen, die Forderung anzuerkennen und Lohn- und Arbeitsbedingungen in diesem Jahre vertraglich festzusetzen. Im nächsten Jahre wären sie geneigt, die geforderten Arbeitsbedingungen festzusetzen. Die Verhandlungen nahmen neun Stunden in Anspruch. Auf alles einzugehen ist unmöglich, aber eins muß noch erwähnt werden. Der Gewerbegerichtsvorsitzende, Assessor Radtke, erklärte nämlich, daß bis jetzt noch kein Bauarbeiter verurteilt sei. Also die Arbeiter können beruhigt sein, daß ihnen von anderer Seite keine Hilfe zu teil wird; sondern daß die einzige Hilfe in ihrer Organisation liegt. Also erst müssen die Bauarbeiter berufen werden, bevor sie Anspruch auf Verringerung ihrer Lage haben. Eine Einigkeit wurde nicht erzielt. Der Kampf muß also weitergeführt werden. Da die Gefahr vorhanden ist, daß italienische Maurer herangezogen werden, wollen wir nochmals darauf aufmerksam machen, daß der Zugun streng ferngehalten ist. Abgereist sind bis jetzt 180 Kollegen und weitere werden folgen. Streikbrecher ist noch keiner geworden; aber die Meister geben sich alle erdenkliche Mühe, die Polizei umzustimmen, indem man ihnen günstige Angebote gemacht hat. Man kann aber im Zweifel sein, ob nach Beendigung des Streits diese günstigen Angebote gehalten werden. Die Bauarbeiter Götting sind fest entschlossen, ihre Forderung durchzuführen.

**Gau Nürnberg.** In Wahrenth ist in der letzten Woche eine Veränderung in den Stand des Streits nicht eingetreten, die Bewegung steht nach wie vor für uns sehr günstig.

Für Regensburg trifft dasselbe zu. Wir können, wenn die Dinge so bleiben, den Sieg bestimmt an unsere Fahne heften.

In Würzburg wird auf beiden Seiten mit großem Ernst gekämpft. Die Unternehmern machen alle Anstrengungen, um von auswärtig Streikbrecher heranzulocken, was ihnen auch bereitzustellen gelingt. Da aber unsere Kollegen früh und spät darüber wachen, gelingt es auch immer wieder, sie abzuwehren, was aber in der Regel große Mühe verursacht. In Würzburg wurden in der letzten Zeit von den Bauhilfsarbeitern Sperren verhängt, wobei die auf diesen Bauten beschäftigten Kollegen in Mitleidenschaft gezogen wurden.

In Lauf erreicht am 15. Juli der im vorigen Jahre abgeschlossene Vertrag sein Ende. Es werden im Laufe der Woche den Unternehmern neue Forderungen aufgestellt werden.

In Hof a. d. Saale haben in den letzten Tagen Unterhandlungen stattgefunden, die aber zu keinem Resultat geführt haben. Die Unternehmern wollen zwar die zehnstündige Arbeitszeit sowie auch Lohnzusätze für Überstunden, Nacht-, Sonntags- und Feuerungsarbeiten gewähren, lehnen aber zur Zeit jede Kolnerhöhung ab. Dagegen wollen sie vom 1. Oktober d. J. an zu den jetzigen Löhnen 2 1/2 pro Stunde zulegen, was von den Streikenden nicht anerkannt wird. Von dem Bürgermeister, unter dessen Vorsitz die Unterhandlungen stattfanden, wurde der Vorschlag gemacht, nimmere das Gewerbegericht als Einigungsamt anzurufen, was von den Streikenden einstimmig angenommen wurde. Es werden also im Verlaufe der Woche vor dem Einigungsamt Unterhandlungen stattfinden. Den Termin, bis zu dem die Arbeit aufgenommen werden muß, haben die Unternehmern vom 9. auf den 20. Juni verlängert, was sie durch große Inzestrate in der Tagespresse von Hof bekannt gegeben haben. Dieser Beschluß hat aber keinerlei Wirkung auf die Streikenden ausgeübt. Von den unter großen Opfern herbeigeschickten Italienern sollen, wie wir erfahren, bereits achtzehn Mann wegen ansteckender Krankheiten (was bei solchen Wohnverhältnissen kein Wunder ist) in das städtische Krankenhaus aufgenommen worden sein. Im übrigen ist der Stand des Streits nach siebenwöchiger Dauer immer noch als gut zu bezeichnen. Besonders werden die auswärtig untergebrachten Kollegen ermutigt, den Bekanntmachungen in der bürgerlichen Presse, nach denen der Streik in Hof und auch in anderen Orten zu Ende sein soll, kein Gehör zu schenken, sondern in Arbeit zu verbleiben, bis ihnen von der Streikkommission oder durch den „Grundstein“ diesbezügliche Mitteilungen zugehen.

**Gau München.** In Mühldorf a. J. kam noch in letzter Stunde eine Einigung zu Stande. Vor Beginn der Versammlung, in der der Streik beschlossen werden sollte, überbrachte ein Kollege aus Mühldorf dem Unternehmern, daß sich unsere Kollegen einverstanden erklärten. Der Lohn beträgt nun 30 1/2, im nächsten Jahre 33 1/2 pro Stunde. Vor der Bewegung wurde ein Stundenlohn von 24 bis 28 1/2, in der Umgebung sogar nur ein solcher von 22 bis 28 1/2 bezahlt. Ohne Eingeleiten der Organisation würde wohl auch in zehn Jahren n. J. der gleiche Lohn bezahlt worden sein. Auch andere ganz bedeutende Vorteile wurden durch den Tarif noch erzielt. Die Mühldorfer Kollegen sind erst ein Jahr organisiert und wissen nun, was sie dem Maurerverband zu danken haben.

In Planaegg haben nach neunwöchiger Ausperrung die Unternehmern eingesehen, daß es doch besser sei, mit der verhassten Organisation zu unterhandeln und annehmbar Zugeständnisse zu machen. Unsere Kollegen haben tapfer ausgehalten, bis endlich die Unternehmern kapitulieren mußten. In letzter Woche fand eine Unterhandlung statt, in der endlich eine Einigung erzielt wurde. Der Lohnsatz beträgt nun 40 1/2, im nächsten Jahre 47 1/2 pro Stunde. Auch in anderen Punkten, so z. B. betr. des Arbeitschlusses um 5 Uhr an den Samstagen, mußten die Unternehmern nachgeben. Auch in Planaegg hat sich also der Kampfesmut unserer Kollegen auf das Beste bewährt.

In Landskron stehen seit dem 18. Juni unsere Kollegen im Kampfe. Die Unternehmern waren zu Anfang mit der Organisation zu unterhandeln. In ihrer Versammlung wurde einfach beschlossen, nichts zu bewilligen. Das Bauprojektum und speziell der Oberbauführer Wagner schätzte den größten Teil der dortigen Kollegen als Subjekte ein, die sich bei einer Arbeitsniederlegung als Verräter erheben würden. Die Herren haben sich bitter getäuscht. Einstimmig wurde die Arbeit niedergelegt. Nur zehn Mann streikender verrätten Streikbrecherdienste. Die „christliche“ Organisation ist fünf Mann stark, davon arbeiten vier als Streikbrecher, während einer charaktervoll genug war, die Arbeit niedergelegte. „An ihren Früchten werdet ihr sie erkennen“, sprach der Stifter jener Religion, von der diese Meisterkinder behaupten, sie in Erbpacht genommen zu haben. Wir haben keine Ursache, die „Christlichen“ in ihren selbstmörderischen Betreibungen zu hindern. Streikende meldeten sich bisher 183 Mann. Ein erheblicher Teil davon ist bereits abgereist und eine ziemliche Anzahl ist anderweitig untergebracht. Die Stimmung ist sehr gut. Die Unternehmern sind sehr in der Quinmühle; einzelne haben Herrn Wagner bereits ihren ungewissen „Dank“ ausgesprochen für die Suppe, die sie nun ausgießlich haben. Großes Vermögen bereitete es den Streikenden, als schon am ersten Tage ein Unternehmern zu Hilfe und Dammern griff. Seinem Umfange nach könnte er wohl drei Streikende ernähren, aber „mit der Arbeit geht's halt nicht recht“. Wenn die Kollegen im Kampfe ausharren, und das ist der feste Wille jedes einzelnen, so muß der Sieg auf unserer Seite sein.

NB. Den Kollegen zur Mitteilung, daß ab 1. Juli die Adresse des Gausvorsitzenden lautet: J. A. I., München, Palmstraße 12, 8. St. Telefonruf 163.

**Gau Mannheim.** In Forstheim hat der in der vorigen Nummer gemeldete Konflikt wirklich zur Ausperrung geführt. Die Verhandlungen verliefen resultatlos. Die Unternehmernorganisation ergreift in der einstimmigen Weise Partei für Kaiser Montag, den 11. Juni, stellte sie uns schriftlich nochmals das Ultimatum: Bedingungenlose Aufhebung der Sperre. In allen Blättern, die über die Sperre berichtet hatten, sollten wir bekannt geben, daß die Sperre aufgehoben sei. Da wir wollten die Unternehmern gnädig die Namen der



mahrgelassen nicht verständlich, damit diese anderwärts Arbeit erhalten.

Am Montag Nachmittag nahm eine stark besuchte Versammlung zu dem Ultimatum Stellung. Die Auszahlung ergab, daß 489 Maurer, 189 Bauarbeiter und 26 Angehörige anderer Berufe anwesend waren. Da nun zur Zeit circa 1000 Maurer im Baugeschäft arbeiten, so war sonach noch nicht die Hälfte der Maurer anwesend. Es war jedoch notwendig, in dieser Angelegenheit die Meinung aller Maurer kennen zu lernen; deshalb wurde die Abstimmung auf eine spätere Versammlung verschoben. Die Unternehmer erklärten darin eine Verschleppung und setzten Dienstag Abend, den 12. Juni, alle Maurer vor die Tür.

Wir haben nun dafür zu sorgen, daß die Aussperrung ein Schlag ins Wasser wird. Es ist heute schon ziemlich klar, daß sich die Unternehmer eine schwere Schlappe holen werden. Die Kollegen sind bis auf 90 Mann abgereist. Wir können deshalb mit aller Ruhe das Weitere abwarten. Der Beginn dieses Kampfes ist ein Beweis dafür, wie wenig ernst es den Unternehmern mit der Innehaltung des Vertrages war. Wenn sie aber glauben, mit diesem Gewaltstreik die Maurer niederzuzwingen, so irren sie sich ganz gewaltig. Nicht wir, sondern sie werden die Jüde zu bezahnen haben. Einzige Vorbedingung für den Erfolg ist nur, daß der Zug streng ferngehalten wird.

In Colmar E. streifen die Güter bereits seit längerer Zeit. Die Unternehmer verlangen von den Maurern die Verzinsung von Streikarbeit, die diese natürlich verweigerten. Darauf haben die Unternehmer mehrere Maurer gemahnt. Aus diesem Grunde werden die Kollegen ersucht, Colmar zu meiden.

Der Streik in den Saarländern hat ein überraschend schnelles und glänzendes Ende gefunden. Freitag, den 15. Juni, fanden Unterhandlungen statt, wobei eine völlige Einigung erzielt wurde. Erreicht wurde die zehnstündige Arbeitszeit; von jetzt bis 1. Oktober 47 s, vom 1. Oktober d. J. bis 1. März 1907 48 s, vom 1. März 1907 bis 1. März 1908 50 s und vom 1. März 1908 bis 1. März 1909 52 s Stundenlohn. Außerdem wurden die üblichen Nebenforderungen bewilligt. Mit dem Erreichten können sich die Kollegen im Saargebiete zufrieden geben. Bezug von Verbandsmitgliedern ist jetzt erwünscht.

In Gießen fanden ebenfalls Unterhandlungen statt; doch sind dort die Unternehmer noch wenig vernünftig, so daß der Streik mit aller Energie weiter geführt wird.

In Weiden hat sich eine Partei Densheimer Maurer eingefunden, die trotz aller Bemühungen nicht mehr wegzubringen waren. Das Empfinden dabei ist, daß darunter sogar Verbandsmitglieder waren. Der Zweigverein Darmstadt wird hierzu Stellung nehmen müssen.

In den anderen Orten ist die Situation noch unverändert.

**Gau Frankfurt a. M.** In Fürstheim, Zahlstelle des Zweigvereins Mainz, beschloß eine Versammlung am 14. Juni, den Streik aufzuheben. Der Lohnkampf war am 17. April einstimmig beschlossen worden, den Unternehmern gelang es aber, soviel „Arbeitswillige“ heranzuziehen, daß damit die dringlichsten Arbeiten erledigt werden konnten. Die Kollegen waren alle der Ueberzeugung, daß es angebracht sei, den Streik aufzuheben und bei der ersten besten Gelegenheit wieder nachzufassen, und das ist recht so.

Ähnlich lagen die Dinge in Fintzen auch dort ist der Streik vorläufig aufgehoben.

**Gau Köln a. Rh.** In Köln ist der Vertrag vorläufig abgeschlossen. Für Maurer ist bis zum 1. Mai 1907 ein Stundenlohn von 68 s und von da ab bis 1. Mai 1908 ein solcher von 60 s festgelegt. Derselbe Lohn gilt für die Verputzer und Fugler; deren Wochenlohn sind um 10 pSt. erhöht. Die Bauhilfsarbeiter erhalten in allen Fällen einen um 10 s pro Stunde geringeren Lohn als der für Maurer festgesetzte. Es ist an diese Vertragsbestimmungen die Bedingung geknüpft, daß innerhalb sechs Wochen zwischen den Tiefbauunternehmern und Kanalmaurern ebenfalls ein Vertrag abgeschlossen wird. Falls dies nicht geschieht, behält sich der Bauverein eine weitere Beschlußfassung vor. In Sachen der Kanalmaurer fanden nun bereits zwei Sitzungen mit den Vertretern dieser Gruppe unter Mitwirkung von je drei Unternehmern und drei Arbeitern der Arbeitskommission statt. Eine Einigung wurde bis jetzt nicht erzielt und scheint auch nicht so nahe zu kommen. Die Kanalmaurer verlangen neunstündige Arbeitszeit und 80 s Stundenlohn bis zum 1. Mai 1907 und 85 s von da ab bis zum 1. Mai 1908. Die Unternehmer sind gewillt, den abgelaufenen Vertrag dieser Gruppe um zwei Jahre zu verlängern ohne Arbeitszeitverlängerung und ohne Lohn-erhöhung. Also bei 9½stündiger Arbeitszeit 75 s Stundenlohn. In der letzten Sitzung erklärten sich die Unternehmer bereit, unter Verbeibehaltung der 9½stündigen Arbeitszeit, sofort 78 s bis zum 1. Mai 1907 und von da ab bis zum 1. Mai 1908 80 s pro Stunde zu zahlen, während die Kanalmaurer an der 9½stündigen Arbeitszeit festhielten und sich im übrigen mit einer 10prozentigen Erhöhung der Löhne (gleich der Erhöhung im Hochbau) zufrieden geben wollten. Gleichzeitig verlangten wir dann aber eine Regelung für die Ausbacher. Diese Berufsangehörigen haben heute äußerst schlechte Löhne und Arbeitsbedingungen (11stündige Arbeitszeit und 83 bis 87 s Lohn). Das ging den Unternehmern gegen den Strich. Sie möchten wohl die Kanalmaurer, die ihnen durch ihre gute Organisation gefährlich erschienen, vertraglich festlegen, aber auch für die Kanalmaurer etwas tun, kostet viel Geld, und die Herren wollten hier die Ausbacherfreiheit bestehen lassen. Die Unternehmer haben die Verhandlungen vorläufig abgebrochen und uns anheimgegeben, zunächst in unseren Kreisen ihr Angebot einer Verzinsung zu unterziehen. Auf die Lösung dieser Frage kann man gespannt sein. (Nachschrift der Red.) Bei einer Mitteilung des „Vorwärts“ ist auch die Lohnbewegung der Kölner Zement- und Betonarbeiter beendet. Die Arbeiter erhielten: Verlingerung der Arbeitszeit von zehn auf neunzehn Stunden, Erhöhung des Mindeststundenlohnes der Zementarbeiter sofort von 55 auf 58 s und vom 1. Mai 1907 auf 60 s, für Gipsarbeiter auf 48 bzw. 50 s. Ueber Nacht und Sonntagsarbeit, die nur in dringenden Fällen zulässig sind, werden mit 50 bzw. 100 pSt. Zuschlag vergütet.

In Biersen ist es zum Vertragsstillschluß gekommen. Gefordert war die 10stündige Arbeitszeit und 63 s Stundenlohn für Maurer und 48 s für Gipsarbeiter. Der bisherige Lohn war 40 bis 47 s, durchschnittlich 44 s bei 10½stündiger Arbeitszeit. Die Christlichen, die an Maurern und Gipsarbeitern 25 Mann zählten, erklärten unsere Forderung für unerschütterlich und forderten nur 60 s pro Stunde. In einer Verhandlung, die sie mit den Unternehmern hatten, erklärten sie sich bereit, für 10½stündige Arbeitszeit und einen Durchschnittslohn von 48 s den Vertrag abzuschließen. So ist er auch im benachbarten M. Gladbach von den schwarzen Gesellen abgeschlossen. Die Unternehmer gingen auf dieses Anerbieten ein, um so mehr, als sich dieses Geschmeiß vergrößerte, im Falle eines Streiks der Zentralverbände, Streikbrecher in genügender Zahl heranzuziehen. Nachträglich ist denn doch den Arbeitgebern der Gedanke gekommen, daß es wohl nicht ratsam sei, mit einer solchen Gesellschaft, die noch nicht einmal den sechsten Teil der Bauarbeiterschaft vertritt (die freien Verbände der Maurer und Bauhilfsarbeiter zählen über 150 Mitglieder), über die Köpfe der gesamten Bauarbeiterschaft hinweg solche Verträge abzuschließen; denn nach Rücksprache einiger Unternehmer mit dem Gewerkschaften, Kollegen Muth, fand dann eine weitere Verhandlung unterseits statt. Die Unternehmer erklärten, für dieses Jahr nicht mehr als 46 s zahlen zu können, auch ließen sie durchblicken, eventuell den Kampf mit Hilfe der Christlichen gegen uns aufzunehmen. Um das jedoch, wenn irgend möglich, zu verhüten, erklärten sich die Herren bereit, vom 1. April 1907 ab bis zum 1. April 1908 bei 10½stündiger Arbeitszeit 50 s pro Stunde und vom 1. April 1908 ab bis zum 1. April 1909 53 s pro Stunde zu zahlen. Da dieses Angebot weit über das früher gemachte hinausging, und wenn auch nicht sofort, unsere Wünsche erfüllte, so nahmen wir es an. Dadurch sind für die Biersener Kollegen bis 1909 die Lohn- und Arbeitsbedingungen in zufriedenstellender Weise geregelt. Unser Vertrag unterscheidet sich von dem der Christlichen so vorteilhaft, daß wir die beiden Verträge in nächster Zeit veröffentlichen werden, um zu zeigen, wie von den schwarzen die Arbeiterinteressen vertreten werden. Unsere Mitglieder werden nicht verfehlen, den irregulären Kameraden im christlichen Lager die Augen über das arbeitgebernützige Treiben ihrer Führerschaft zu öffnen; dann wird es wohl mit der Gerechtigkeit der Schwarzen in Biersen für die Folgezeit vorbei sein.

In Aachen stehen die Kollegen seit dem 2. Juni in der Aussperrung. Die Unternehmer hatten zunächst 40, 120 Maurer und Gipsarbeiter ausgesperrt, unsere Kollegen haben dann das übrige befreit und noch 40, 80 Mann herausgeholt, so daß jetzt rund 200 Maurer und Gipsarbeiter im Kampfe stehen. Die Ursache der Aussperrung ist folgende: Im April stellten unsere Kollegen die Forderung, daß ein Stundenlohn von 50 s für Maurer und 40 s für Gipsarbeiter bei 10½stündiger Arbeitszeit gezahlt werde; außerdem forderten sie die üblichen Zuschläge und erhoben noch einige Nebenforderungen. Die Unternehmer antworteten zunächst nicht darauf. Mittlerweile waren die Statuten und Pfeiler in den Streik eingetreten, weil ihre Forderungen abgelehnt wurden. Nun verlangte der Meister Brünne von den Maurern Ruhearbeit, also Streikarbeit. Die Kollegen verweigerten dies, worauf sie entlassen wurden. Selbstverständlich nahm nun kein Maurer und Gipsarbeiter bei Brünne die Arbeit auf. Die Stadt gewährte dem Unternehmer (es handelte sich um eine Volksschule) sechs Wochen Auffschub, die entlassenen Maurer und Gipsarbeiter bekamen andere Arbeit oder reisten ab, und die Sache schien erledigt. Nachdem die sechs Wochen verstrichen und Brünne immer noch keine Maurer bekommen konnte, nahm sich der Arbeitgeberverband der Sache an. In einem Schreiben wurden wir aufgefordert, die Baupreise Brünne aufzuheben, widrigenfalls man andere Maßregeln ergreifen würde. Weiter teilte man uns mit, daß man bereit sei, uns für dieses Jahr noch einmal den im vorigen Jahre bewilligten Lohn von 43 s zu zahlen. Wir haben den Unternehmern den Gefallen nicht getan, und dann haben sie am 2. Juni ihre Drohung wahrgemacht. Nun wollten sie es diesmal schlaun anfangen, indem sie den Beschluß faßten, nur die organisierten Arbeiter auszusperrern. Damit haben sie jedoch gleich wieder Streit in den eigenen Reihen bekommen, indem ein Teil der Unternehmer, der dringende Arbeiten hatte, nicht aussperrte. Wir haben jetzt nachgeholfen und auch die noch bei dringender Arbeit Beschäftigten herausgeholt. Ueberhaupt scheint man bei den Unternehmern schon ein Gaar in der Suppe gefunden zu haben. Es hat schon schwere Auseinandersetzungen gegeben. Auch Verhandlungen gab es schon. Dabei teilte man unserer Streikleitung mit, daß die Herren gewillt seien, die Aussperrung wieder aufzuheben; am Montag, den 11. Juni, könne die Arbeit wieder aufgenommen werden und in der folgenden Woche, spätestens bis zum 16. Juni, sollten dann Vertragsverhandlungen stattfinden. Die höheren Löhne wollte man dann nachzahlen.

Wir haben den Herren erklärt, daß wir die Arbeit nun nicht früher aufnehmen würden, bis eine Einigung über unsere Forderungen erzielt sei.

Am Freitag, den 8. Juni, lud man wieder die Vorstehenden der Verbände zu Verhandlungen ein und bot 45 s für Maurer. Unsere Kollegen lehnten ein Eingehen auf das Angebot, weil es zu niedrig sei, ab und erklärten, daß sie nur unter Hinzuziehung der Bauleiter verhandeln würden. Mit den „fremden Berufen“ wollten die Baugewaltigen aber nicht gern zu tun haben. Der Kampf steht für uns sehr günstig. Arbeit ist ausreichend vorhanden. Wenn es gelingt, den Zug fernzuhalten, dann dürfte er in kurzer Zeit siegreich beendet sein. Erwähnt sei noch, daß sich die Unternehmer die Streikbrecher vom Oberhein und von der Mosel herholten; eine Streikbrecherliste erklärte jedoch, sich Sonnabend wieder abzureisen. Es sind christlich organisierte darunter.

Der Kampf in Ahrweiler und Neuenahr ist von unseren Kollegen nach neunwöchiger Dauer abgebrochen worden. Erreicht wurde die 10stündige Arbeitszeit und ein Stundenlohn von 40 s für Maurer und 30 s für Gipsarbeiter. Zur Vertragsaufhebung kam es nicht. Vor der Bewegung betrug der Stundenlohn 80 bis 85 s bei 11stündiger Arbeitszeit. Es ist also immerhin ein nicht unbedeutender Erfolg zu verzeichnen. Wenn unsere Kollegen

nunmehr die Schäden ausbessern, die ein so hartnäckiger Kampf, wie er hier geführt werden mußte, geschlagen hat, dann ist zu hoffen, daß das noch nicht Erreichte in nicht zu ferner Zeit ebenfalls erzwungen wird.

Gerade im Ahrthal mit seinen schönen Bergen, mit den Naturschönheiten, wie man sie kaum wo anders antrefft, hängt die Unternehmerschaft am zähesten an dem alten Zustande, der ihnen im Laufe der Jahre so gewinnbringend war. Es kostete sehr viel Mühe, um überhaupt zu Verhandlungen zu gelangen. In diesen aber zeigten die Unternehmer den recht berispielen Probenstandpunkt. Besonders Schluß von Neuenahr wollte nicht genug auf die verhassten Aufseher zu schimpfen, die in das friedliche Ahrthal gekommen und die Saat der Unzufriedenheit gesät haben. Die Schwarzen wehrten sich dagegen, so schlimme Menschen zu sein; sie waren doch so bescheiden gewesen, nur 40 s hatten sie gefordert, während wir, die ewig Unzufriedenen, 43 s gefordert hatten. Es nutzte alles nichts, eine Einigung kam nicht zu stande. Der Kampf mußte also durchgefochten werden. Er wäre auch gewonnen worden, wenn sich nicht von der Mosel, aus der Umgegend von Coblenz und von der Oberahr, aus der Hochseifel Arbeitswillige gefunden hätten, die einen Teil der dringenden Arbeiten fertigstellten. Den anderen Teil stellten die Christlichen fertig. Jetzt beifit die Gesellschaft die Unterbrechung, und die Schuld an dem nicht genügenden Erfolge aufzubürden. Es ist für sie so überaus bezeichnend, daß gerade in dem Augenblick, wo es darauf ankommt, die Kräfte zu sammeln, wo die Organisation gewissermaßen eine Keife durchmachen muß, diese Gesindel, statt gegen den gemeinsamen Feind, das Unternehmertum, vorzugehen, mit Stinkbomben auf die bisshierigen Kampfgesossen wirft.

Worauf läuft jetzt nun das Rad? Zunächst sollen unsere Mitglieder zu früh in die Bewegung hineingezogen sein, und dies hat Muth durch seine radikalen Neben besorgt haben. Jedes unserer Mitglieder weiß jedoch, daß es gerade Muth war, der vor zu frühem Ausschlagen warnte. Unsere Kollegen führten ihre Unzufriedenheit den sofortigen Vorgehens auf den Umstand, daß besonders Neuenahr kurzstift ist, daß die Saison dort am 1. Mai beginnt und dann die Baugewalt beendet sein muß. Diese Kalkulation war zweifellos richtig. Nun rechnen und konnten die Kollegen nicht damit rechnen, daß die Bauherren, gleichzeitig Weingutsbesitzer, fürstend, durch eine Erhöhung der Löhne im Baugewerbe gleichfalls für ihre Weinberge- und sonstigen Arbeiter höhere Löhne zahlen zu müssen, den Kampf der Bauunternehmer zu dem ihrigen machen, indem sie zunächst den Bauunternehmern Aufschub gewährten und auch sonst den Unternehmern den Rücken stärkten. Wären die Herren zur Innehaltung der Bauterminen gezwungen gewesen, dann war der Kampf in wenigen Wochen zu unseren Gunsten entfallen. Vorhergehende Auffassung der Weingutsbesitzer wurde in den Verhandlungen vom Bürgermeister sowohl als auch in den Zeitungspolemiken fast jeden Tag auseinandergekehrt. Nach und nach gelang es den Unternehmern, eine Anzahl Arbeitswillige auswärts zu bekommen, wodurch der ungünstige Ausgang für uns herbeigeführt wurde. Dann soll unterseits nichts geschehen sein, um den Zug fernzuhalten. Jedenfalls mindestens soviel, wie von den Christlichen. Lange schildert selbst in seinem Bericht, wie die Coblenzer unsere Posten mit Hilfe der Behörden umgingen, tut aber so, als ob sie es alle allein gemacht haben; doch Tatsache ist, daß unsere Kollegen besonders in der ersten Zeit unermüdet tätig waren. Warum sie nachher nicht mehr so eifrig waren, das hat lange mit seiner famosen Streiktafel verschuldet. Und das liegt so. Unsere Mitglieder reisten gleich in den ersten Streikwochen in großer Zahl ab, um anderwärts zu arbeiten. Lange macht ihnen das zum Vorwurf. Es blieben aber immer durchschnittlich 30, bis 35 Mann am Ort, genug, um die notwendigen Streiklagen zu regeln. Lange wäre sehr froh gewesen, wenn er auch seine Streikenden hätte abziehen können. Verfügt hat er es. Aber die wenigen, die zur Ahrseife zu bewegen waren, kamen nach wenigen Tagen zurück, jedenfalls, weil sie brauchen nicht zurecht kommen konnten. Die Mehrzahl der Christlichen weigerte sich abzureisen, und da verfiel lange auf den überflauen Gedanken, mit dessen Ausführung er auch den Sommer Streit im vorigen Jahre kaputt gemacht hatte, er ließ die Streikarbeit von seinen zur Ahrseife zu seinen Mitgliedern ausführen. In den Ahrthalen Zeitungen erließ er große Annoncen, worin die Bürgerchaft aufgefordert wurde, den Christlichen Arbeiten zu übertragen. Tatsächlich haben denn auch die Schwarzen eine ganze Reihe An- und Umbauten auf eigene Rechnung ausgeführt. Dadurch wurden die Unternehmer, die wir bestreikten, in wesentlicher Weise entlastet. Die auswärtigen Streikbrecher machten die Neubauten und die Christlichen die An- und Umbauten und Reparaturen. Ein Spiel für Götter.

Wir haben aber Einspruch gegen eine solche Streiktafel erhoben, es nutzte aber nichts. Die Christlichen reisten nicht ab, unterließen wollte der Zentrumverband sie auch nicht alle, weil ihm das an den Geldbeutel ging, und so machten sie auf Umwegen die Streikarbeit selbst fertig. Dies wirkte aber auch depressierend auf die ganze Bewegung. Auch die von uns noch vorhandenen Mitglieder suchten sich nun überall etwas Erwerbs zu verschaffen, und dadurch litt die Tätigkeit für die Streikbewegung.

Lange täte dann noch den Kopf auf, es seien „Eöner rote Brüder von den Ruben“ gewesen, die im vorigen Jahre den Sommer Streit und jetzt den in Neuenahr kaputt gemacht hätten. **Gleiche Verleumdung!** Kein einziges Mitglied der Ruben unseres Verbandes ist während der ganzen Streikzeit in Neuenahr gewesen. Der Maurer, der von Köln zugereist und Mitglied unseres Verbandes war, ist der Maurer Joh. Geiermann; er ist am 8. April in Köln zugereist und hat sich dort in den Verband aufnehmen lassen, weil er auf einem Bau mit nur freigeorganierten Leuten Arbeit bekam. Drei Wochen hat er gearbeitet, dann wurde er, weil die Arbeit fertig war, entlassen und ging nach Ahrweiler zum Streikbruch. Das sind doch noch keine Mitglieder. Dieser Maurer wäre auch nicht auf dem Papier gearbeitet hätte. Was man von den Erklärungen eines Streikbrechers zu halten hat, weiß doch ein jeder und ist es bezeichnend, daß lange erwähnt, daß eins dieser Subjekte sich gerührt habe, in Coblenz mit in der Streikleitung gewesen zu sein.



überhaupt zeigt der ganze Bericht Rangese in der „Baugewerkschaft“, daß ihm kein Mittel der Verleumdung und Verdröbnung so leicht ist, um den verhassten Zentralsverband zu vernichten, die er so gerne wieder aus dem Atriale herauszuwindeln möchte, eins auszuweichen.

So ist es auch mit seinen Fäselien über die angeblich bevorstehende Bewilligung resp. Vertragsabschließung, die nur durch die Arbeitsanbietung unserer Mitglieder bereitstellt sei. Die Unternehmer dachten gar nicht daran, einen Vertrag abzuschließen, nachdem ihnen mit Hilfe auswärtiger und christlicher Streikbrecher aus der Kasse geholfen war. Daß schon wieder einige aus unserem Verbande zu den Christlichen übergetreten sein sollen, ist auch eine Erfindung Rangese; hier ist der Wunsch der Vater des Gedankens. Hoffentlich werden die Atriale Maurer und Bauarbeiter besser urteilen, als Rangese es ihnen imputieren möchte und den Organisator der Niederlagen bei nächster Gelegenheit einmal gehörig mit seiner famosen Streikfahne abblenden lassen.

Unsere Mitglieder ersuchen wir, auf solche Antwürfe, wie Rangese sie beliebt, nicht zu reagieren denn der Not angehend, befehligt sich. Streben wir weiter für Volksaufklärung, gegen Verdröbnung und Verleumdung, und wir erreichen das nächste Mal weitere Verbesserungen.

Am 18. Juni legten in Elberfeld die Maurer und Bauhilfsarbeiter bei der Millionenfirma Boskau & Krauer am Lokalitäten die Arbeit nieder. In Betracht kommen 80 Maurer unserer Organisation und 104 Hilfsarbeiter. Der Bau ruht vollständig. Es handelt sich um die Durchführung der neuneinhalbhündigen Arbeitszeit und des Lohnes von 55  $\frac{1}{2}$ . In Kronenberg legten ebenfalls und zwar am 12. Juni 70 Maurer die Arbeit nieder. Bis Samstag hatten drei von den in Betracht kommenden vier Unternehmen den 50  $\frac{1}{2}$  Stundenlohn bewilligt.

**Gau Hannover.** Eine erfolgreiche Lohnbewegung haben die Kollegen in Osnabrück, Zweigverein Minden, hinter sich. Es gelang ihnen auf dem Wege friedlicher Verhandlung, den Lohn von 52  $\frac{1}{2}$  auf 56  $\frac{1}{2}$  zu erhöhen. Die zehnminütige Arbeitszeit bestand schon vorher. In Betracht kommen 51 Kollegen, wovon leider nur 35 organisiert sind. Hoffentlich haben es nun auch die Unorganisierten eingegeben, was sich durch Zusammenhalt erreichen läßt.

In Detmold haben am 15. Juni durch Vermittlung des Herrn Oberbürgermeisters Verhandlungen stattgefunden, die aber zu keiner Einigung geführt haben. Die Unternehmer waren im äußersten Falle bereit, für das Jahr 41  $\frac{1}{2}$  und für das nächste Jahr 43  $\frac{1}{2}$  zu zahlen, wogegen unsere Kollegen 48 resp. 45  $\frac{1}{2}$  forderten. Ein Vermittlungsschlichter, für dieses Jahr 42  $\frac{1}{2}$  und für 1907 44  $\frac{1}{2}$  und für 1908 46  $\frac{1}{2}$  zu zahlen, wurde auch deshalb von den Unternehmern abgelehnt, weil sie Auftrag hätten, über das Jahr 1907 hinaus Verträge nicht abzuschließen! Es sind noch 16 Kollegen zu unterrichten.

Der Streik in Wangelnstedt, Zweigverein Stadlbendorf, ist erledigt. Der Unternehmer Batemann erhöhte mit Wiederaufnahme der Arbeit am 13. Juni den Lohn von 32  $\frac{1}{2}$  auf 33  $\frac{1}{2}$  pro Stunde; im Laufe des Herbstes soll der Lohn fürs nächste Jahr festgelegt werden. Durch etwas mehr solidarischen Gehalt der in Arbeit gebliebenen Kollegen wäre der Erfolg nicht so mager gewesen.

In Sarstedt hatten unsere Kollegen eine Erhöhung des Stundenlohnes von 40 auf 45  $\frac{1}{2}$  gefordert; die Unternehmer begründeten ihre Ablehnung mit der Konkurrenz der Umgegend und der zweimaligen Erhöhung des Lohnes von je 4  $\frac{1}{2}$  in den letzten beiden Jahren. In der sich mit dieser Frage befaßenden Versammlung haben unsere Kollegen beschlossen, von einer sofortigen Durchführung der Forderung Abstand zu nehmen.

**Gau Braunschweig.** Der „Arbeitgeberverband“ in Schöningen macht jetzt auch die Mode mit und sperrte alle organisierten Maurer des Bezirks am 15. Juni aus, weil von den streikenden Kollegen in den in der vorigen Nummer gemeldeten gesperrten Geschäften die Arbeit nicht wieder aufgenommen wurde. Es sind zu den 45 streikenden nunmehr rund 50 ausgesperrte Kollegen hinzugekommen. Daß auch bei dieser Ausperrung die kleineren Meister die Verdröbnen sind, ist ja selbstverständlich; denn während in drei Geschäften die Arbeit vollständig ruht, hat die Firma Reinicke & Buchholz noch rund 30 Unorganisierte zur Verfügung. Diese Firma kann wohl lachen, wenn andere meinen! Der größte Teil der Streikenden wird den Ort verlassen.

In Peine beschäftigte sich am 16. Juni eine außerst gut besuchte Versammlung mit der Lohnfrage. Es wurde beschlossen, den Unternehmern die Forderung zu unterbreiten, den Stundenlohn von 40 auf 48  $\frac{1}{2}$  zu erhöhen. Die Unternehmer sollen ersucht werden, innerhalb acht Tagen auf diese Forderung zu antworten.

Die Braunschweiger Kollegen wollen ebenfalls mit einer Lohnforderung an den „Arbeitgeberverband“ herantreten.

**Gau Hamburg.** Mit der Tarifbewegung in Hamburg beschäftigte sich eine am 14. Juni hier abgehaltene, stark besuchte Mitgliederversammlung. Der von den drei Vorständen der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter ausgearbeitete Tarif ist mit unbedingten Forderungen von der Tarifkommission des Bundes der Maurer- und Zimmermeister anerkannt worden. Der Tarifentwurf wird deshalb auch der Versammlung zur Annahme empfohlen. Außer 80  $\frac{1}{2}$  Stundenlohn sind auch die weiteren Zugeständnisse auf dem Gebiete des Arbeitsverhältnisses wider Erwarten gemacht worden. Es sind sogar noch weitgehendere Forderungen, als sie in der dem Senat eingereichten Petition festgelegt sind, anerkannt worden. Beachtung verdient, daß bei Lösung des Arbeitsverhältnisses der Unternehmer dem Arbeiter eine halbe Stunde vor Feierabend Mitteilung zu machen hat, damit er sein Geschäft in stand setzen kann. Ebenfalls soll auf Antrag der Unternehmer ein Kassus Raum finden, in den nächsten zwei Jahren darauf hinzuwirken, daß die Wuidten oder Kantinen auf den Baustellen abgeschafft werden. Dieses wird wohl ein frommer Wunsch bleiben, weil die Unternehmer, wenn die Wuidten abgeschafft werden sollen, für andere Einrichtungen Sorge tragen müssen, um den Bauarbeitern Gelegenheit zu geben, ihre Bedürfnisse an Nahrungs- und anderen Genußmitteln befriedigen zu können. Bezüglich eines weiteren Wunsches, daß die Lehrlinge nicht mit so

vielen außer dem Beruf stehenden Beschäftigten verhandelt werden, wird den Kollegen empfohlen, hierauf auf den einzelnen Baustellen hinzuwirken. Der mit dem Bundesmeister abgeschlossene Tarif wurde gegen wenige Stimmen angenommen. Beim folgenden Punkt der Tagesordnung: „Stellungnahme gegenüber den Richtungs- und Innungsmeistern“, wurde dem Vorliegenden Hartwig berichtet, daß ein gemeinsames Vorgehen mit den Zimmerern ausgeschlossen erscheine, indem die Zimmerer entgegen einem in einer gemeinschaftlichen Vorstandssitzung der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter, in der auch die drei in Betracht kommenden Hauptvorstände und Gewerkschaften vertreten waren, gefassten Beschlüsse schon jetzt mit Sperren begonnen haben. Das Vorgehen der Zimmerer wurde von allen Meistern scharf getadelt, weil bei den Lohnbewegungen in den vorhergehenden Jahren solche Beschlüsse von den Zimmerern ebenfalls ignoriert wurden. Die Versammlung beschloß, nunmehr einstimmig, den Tarif jedem unorganisierten Untermeister und Innungsmeister und ebenso offiziell der Innung am 22. Juni mit einem entsprechenden Begleitfahnen zu unterbreiten und um eine Antwort bis zum 25. Juni zu ersuchen. Erfolgt bis zu diesem Termin keine Antwort, sollen die Forderungen durch anderweitige Maßnahmen durchgeführt werden. Im weiteren wurden die Kollegen noch ersucht, sich durch das Vorgehen der Zimmerer nicht beeinflussen zu lassen, sondern weitere Beschlüsse abzuwarten. Nunmehr berichtete Hartwig, daß am Sperrort der Krankenhaus die Firma Regel & Schröder aus Hannover die Schornsteinarbeiten ausführen hat, die bei neuneinhalbhündiger Arbeitszeit einen Lohn von 65  $\frac{1}{2}$  zahlte. Die Versammlung beschloß, falls die Firma bis zum Sonnabend die samebureg Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht anerkennt hat, die Arbeit einzustellen. Die dort arbeitenden Kollegen, ebenfalls aus Hannover und Verbandmitglieder, gaben an, in Unkenntnis gehandelt zu haben, da die Arbeitsbedingungen dem Hannoverischen Tarif entsprächen. Mit Rücksicht darauf, daß sich bereits die vorhergehende Versammlung mit einem ähnlichen Fall beschäftigt hatte und die Kollegen auch der Auffassung waren, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen ihres Heimatortes für sie maßgebend sind, werden die Kollegen, die von auswärtigen Unternehmern nach Hamburg geschickt werden, aufgefordert, sich zunächst im Zweigvereinsbureau über die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkundigen, damit Zuwiderhandlungen von vornherein beseitigt werden, zumal besonders für Schornsteinarbeiten Spezialbestimmungen im Tarif vorgesehen sind. Im übrigen ist der § 41 des Statuts zu beachten.

Nach der Redaktionschiff lesen wir im „Hamburger Echo“, daß der Vorstand des „Vier-Städte-Bundes“ (Innungen in Hamburg, Altona, Wandsbek, Harburg) beschlossen hat, für Hamburg und Altona den geforderten Lohn vom 25. Juni an zu bewilligen. Über die anderen Forderungen will der „Vier-Städte-Bund“ mit den Vertretern der Arbeiter verhandeln.

In Jtehoe sind in der Woche bis zum 17. Juni weitere Sperren verhängt. Durch den partiellen Streik ist erreicht, daß sieben Untermeister mit dem Zweigverein einen Tarif abschließen, nach dem bis zum 1. Oktober 2  $\frac{1}{2}$  der Stundenlohn von 51  $\frac{1}{2}$  auf 53  $\frac{1}{2}$  erhöht wird. Vom 1. Oktober 2  $\frac{1}{2}$  bis zum 1. April 1907 wird ein Stundenlohn von 55  $\frac{1}{2}$  bezahlt. Dann ist eine weitere Lohn-erhöhung vorgesehen, so daß in zwei Raten bis zum 1. April 1908 ein Stundenlohn von 60  $\frac{1}{2}$  bei neuneinhalbhündiger Arbeitszeit bezahlt wird. Zu den neuen Bedingungen arbeiten jetzt 60 Kollegen, 30 Kollegen arbeiten für den alten Lohn, 10 Kollegen sind noch zu unterrichten und 15 haben außerhalb Arbeit angenommen. Der Unternehmer Völckner, Mitglied der Innung, bei dem 20 Kollegen beschäftigt waren, hat ebenfalls die Forderung bewilligt. Die Eingetret der Innung hat dadurch einen Miß bekommen.

In Nellen hat sich die Situation wenig geändert. Die Unternehmer, die unsere Kollegen wegen des Streiks der Zimmerer in einer skandalösen Weise ausgesperrt haben — ein paar Tage später, nachdem ein neuer Lohnvertrag zu stande gekommen war —, schreiben haltend lange Eingelands und Annoncen in der Kreiszeitung, wodurch das bauende Publikum und die anderen Gewerkschaften, die sich dafür interessieren, in den Glauben versetzt werden sollen, die Bauunternehmer von Nellen wären die reinen Engel, die Ungeheueren von der unterbundenen Arbeiterfahne zu leiden hätten. Die vielen und langen Schimpfepistolen können hier nicht wiedergegeben werden, sie würden allein den halben „Grundstein“ füllen. Es wird von allem möglichen geschwafelt, wie die „sozialdemokratische Pest“ sei in Nellen eingezogen, die Ausperrung sei von den Arbeitern aus „Machtgefühl“ provoziert; die Arbeiterführer seien die Veranlasser und suchten ihre Vorteile bei solchem wirtschaftlichen Kampfe; die armen Unternehmer sollen nur für die Löhne sorgen, aber die Sperren am Bau seien die Arbeiter. Auch die Unternehmer, die sich ihren Arbeitern gegenüber anständig benommen haben und sich durch den Lohnvertrag gebunden halten, ihre Leute darum nicht aussperrten, werden mit Schimpf und Schimpfereien überschüttet. Eins verweigern aber die Sperren Unternehmer, nämlich die Tatsache, daß es wohl kaum noch beschwerendere Arbeiter gibt als in Nellen. Hier haben sich die Unternehmer bisher in der brutalsten Weise benommen. Als vor einiger Zeit eine beschwerliche Lohn-erhöhung von unseren Kollegen gewünscht wurde, machten die Unternehmer nach langem Zögern das Angebot, vom 1. April nächsten Jahres ab pro Stunde 8  $\frac{1}{2}$  mehr Lohn zu zahlen, und wieder waren es unsere Kollegen, die sich, wie es hier immer gewesen ist, beschwerungsweise damit zufriedengaben. Es wurde demgemäß ein Lohnvertrag abgeschlossen. Kurz nach der Abschließung des Vertrages wurden die Unternehmer aber vorwiegend und sperrten sämtliche Maurer aus, weil — ja, weil die Zimmerer nicht so überaus beschwerlich waren, wie unsere Kollegen, und für das nächste Jahr statt 8  $\frac{1}{2}$  5  $\frac{1}{2}$  Lohn-erhöhung verlangten. Unter solchen Umständen von einem „Machtgefühl“ der Maurer zu reden, ist wahrlich mehr als Frechheit. Von 141 ausgesperrten Kollegen sind jetzt 135 in der Umgegend und in weiterer Entfernung in Arbeit getreten. Die noch zu unterrichtenden ausgesperrten Kollegen stehen alle im vorgerückten Alter und können nicht mehr auswärts arbeiten. An jedem Tage laufen bei der Zweigvereinsleitung

Nachfragen nach Arbeitskräften ein, die nicht mehr befriedigt werden können. Wenn alle ausgesperrten Kollegen nur treulich aushalten, werden die Unternehmer in Nellen auch wieder zur Vernunft kommen. In der letzten Woche scheint allerdings das hier volle acht Tage dauernde Schützenfest auf die vom Koller befallenen Untermeister nicht gerade günstig gewirkt zu haben.

In Neuhäus a. d. Elbe hatten die Kollegen den Unternehmern eine Forderung unterbreitet, wonach der Stundenlohn von 30  $\frac{1}{2}$  auf 35  $\frac{1}{2}$  erhöht werden sollte. Außerdem wurden bessere Einrichtungen und Maßnahmen zum Schutze der Arbeiter bei der Ausübung ihrer Berufstätigkeit verlangt, sowie eine Regelung der Lohnverhältnisse bei Ueberlandarbeit. Die Unternehmer haben nun stillschweigend den geforderten Stundenlohn bezahlt, auf irgend welche Verhandlungen mit dem Zweigverein wollen sie sich nicht einlassen. Unsere Kollegen beschloßen, sich zunächst mit der Lohn-erhöhung zufrieden zu geben. Die nicht bewilligten Forderungen sollen den Unternehmern zur gegebenen Zeit aufs neue unterbreitet werden.

Den Unternehmern in Cuxhaven ist am 12. Juni eine Lohnforderung unterbreitet worden, wonach eine Lohn-erhöhung von 50  $\frac{1}{2}$  auf 60  $\frac{1}{2}$  pro Stunde verlangt wird. Außerdem wird an Stelle des bisher hier üblichen geschnittenen Arbeitszeuges eine Arbeitsbescheinigung auf 9  $\frac{1}{2}$  Stunden verlangt. Die Kollegen in Cuxhaven haben schon im Monat Januar den Unternehmern eine Forderung eingereicht; diese wurde ohne Begründung schöff abgelehnt und das Schriftstück, durch das den Unternehmern die Forderung übermittleit war, wurde zurückgeleitet. Augenblicklich ist die Baukonjunktur hier gut; hoffentlich läßt sich jetzt mit den Unternehmern besser reden als zu Anfang des Jahres.

In Brantstedt ist über das Geschäft des Unternehmers J. Krundin die Sperre verhängt worden. Der Unternehmer weigert sich, eine Waubude aufzustellen und läßt den Abort nicht in einem sauberen Zustande herstellen.

Die Sperre über das Geschäft des Maurermeisters Geisgen in Bargfeld bei Rortorf ist aufgehoben. Der Unternehmer hat nunmehr ebenfalls den Lohn von 45  $\frac{1}{2}$  und eine zehnminütige Arbeitszeit, statt 10  $\frac{1}{2}$  Stunden, bewilligt.

### Fliesenleger.

Zur Bewegung der Fliesenleger im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ist zu berichten, daß am 12. Juni in Essen im Rathaus unter Vorsitz des Zweigvereins Dr. Wiedfeld zwischen den streikenden Parteien Verhandlungen stattgefunden haben. Sie endeten mit der Vereinbarung eines Statutarfests, der vorbehaltlich der Genehmigung der Organisationen sofort in Kraft tritt. Die Arbeitszeit soll 9  $\frac{1}{2}$  Stunden, vom 1. April 1907 an 9 Stunden betragen. Der Stundenlohn beträgt 70  $\frac{1}{2}$  a. vom 1. April 1907 an 72  $\frac{1}{2}$ . Die Abfordere sollen auf der Grundlage des in Essen in Kraft gewesenen Vertrages um 5 Pzt. erhöht werden. Die Zugelasse für auswärtige Arbeiter sind für das ganze Gebiet erhöht worden. In den allgemeinen Punkten gilt der Vertrag für das Baugewerbe. Der Vertrag hat Gültigkeit für die Bezirke Barop, Bochum, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Gerne, Hamborn, Mülheim, Oberhausen, Wanne und Witten. Für die meisten Orte bedeutet der Vertrag eine Lohn-erhöhung von 10  $\frac{1}{2}$  pro Stunde.

In Essen haben die Unternehmer den Abmachungen bereits zugestimmt, in Gelsenkirchen ebenfalls. In den anderen Städten wird das ebenfalls auch geschehen, resp. schon geschehen sein. Dagegen werden noch einige Firmen bleiben, die die Abmachungen nicht anerkennen. So die Firmen Schüttler und Werringshöfer in Bochum. Diese sind so lange gesperrt, bis die Aufhebung der Sperren im „Grundstein“ bekannt gegeben wird.

### Die Lage in Wien.

Wien, den 16. Juni.

Die Situation in der Ausperrung der Wiener Bauarbeiter hat sich nicht geändert. Die niederösterreichische Statthalterei macht wieder einmal den Versuch, Verhandlungen anzubahnen. Am 15. Juni traten die Vertreter der Unternehmer und die der Maurer zusammen, um festzustellen, in welcher Form die Verhandlungen stattfinden sollen. Durch die Generalausperrung ist die Form der Verhandlungen wesentlich erschwert worden, weil die Unternehmer der baugewerblichen Nebenbetriebe offenbar fürchten, wenn die Baumeister Frieden schließen, ohne Hilfe dazuweisen und sich mit der Generalausperrung eine recht unangenehme Sache auf den Hals gehet zu haben. Daher verlangen diese Unternehmer der baulichen Nebenbetriebe, daß vorerst mit ihnen reiner Tisch gemacht werde, um dann mit den Maurern und Bauhilfsarbeitern den Schluß zu finden. Den Arbeitern bleibt es gleich, ob mit dieser oder jener Branche angefangen wird, denn jede vertritt ihre Forderungen selbst und wird von den übrigen Branchen nicht beeinflusst. Es ist also möglich, daß es zu Verhandlungen kommt, jedoch muß auch betont werden, daß die Unternehmer, wenn man den gewonnenen Eindruck folgen soll, noch nicht sehr geneigt sind, in ernsthafter Weise verhandeln zu wollen. Es wäre daher verfehlt, wollte man annehmen, die Ausperrung werde bald ein Ende finden. Die Unternehmer werden verschiedene Kniffe an, um arbeitswillige Maurer zu sammeln, bisher jedoch ohne jeden Erfolg. Die Maurer stehen nach wie vor fest und warten, bis die Unternehmer genügend reif geworden sind, um ernstlichen Verhandlungen zugänglich zu sein.

### Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Stierbegeid darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgesetzt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu überlegen:

- a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und
- b) die Sterbetrunk.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterfahung auszuweisen ist.







nehmen, 52 1/2 und 10stündige Arbeitszeit im ersten Tarifjahr, 53 1/2 und 10stündige Arbeitszeit im zweiten Tarifjahr angenommen worden. Es handelt sich nun darum, ob die Kollegen den uns zur Unterzeichnung vorliegenden Tarif in der uns vorliegenden Form annehmen wollen oder nicht. Der neue Tarif, der am 30. Mai an uns gelangte, enthalte wenig Verbesserungen. Einige Paragraphen seien nicht im Sinne der Verhandlungen abgefaßt worden. So der Passus betreffs der Junggefellenslöse, Entschädigung der Laufzeit über Landarbeit, Entlassung, Lohnzahlung und der Agitationsklausel. Ferner ist auch das Verbot darin ausgesprochen, daß bei Differenzen auf einer Baustelle dem Vertreter der Organisation das Betreten der Baustelle verboten ist. Die Vertreter der drei Korporationen waren sich darüber einig geworden und haben in der Verhandlung mit dem Bund am 22. Mai eine Erklärung zu Protokoll abgegeben, daß sie in ihren Verhandlungen dahin wirken würden, daß die Agitation während der Arbeitszeit unterbleibe. Diese Erklärung ist in der Generalversammlung des Bundes nicht akzeptiert worden, dafür aber beschlossen worden, daran festzuhalten, daß jegliche Agitation auf der Arbeitsstelle zu unterbleiben habe und Bauen als Arbeitszeit nicht zu betrachten. Dagegen sollen Boykott und Terrorismus gegenüber Nichtorganisierten oder gegen die Angehörigen einer anderen Organisation und Befähigungen derselben unzulässig sein. Es wurde ferner Bedenken darauf hingewiesen, daß das Wort Befähigung ein sehr definierbarer Begriff sei, so daß den Kollegen jederzeit eine Falle gestellt werden könne. Die Verwaltung hätte deshalb den Tarif nicht unterzeichnet. Kollege Wibera empfiehlt die Annahme des Vertrages nur insoweit, als bezüglich der Agitationsklausel eine für uns annehmbare Verständigung herbeigeführt wird. In der Diskussion sprachen außer der Verwaltung sämtliche Redner gegen die Annahme des Vertrages in Bezug auf die Agitationsklausel. Es wurde angeführt, daß die sehr minimale Lohnsteigerung nur in der Voraussetzung angenommen worden sei, daß die Kollege wegfällt; man wolle lieber auf eine Lohnzulage verzichten, als sich derartige Bedingungen von den Unternehmern aufzwingen lassen. Bei der Abstimmung lagen zwei Anträge vor. Der erste Antrag war von der Verwaltung gestellt worden. Er lautete auf Annahme des Tarifs, unter der Voraussetzung, daß bezüglich der Agitationsklausel eine Verständigung erfolgt. Der zweite lautete auf Ablehnung des gesamten Tarifs wegen der Klausel. Das Resultat war, daß der ganze Tarif mit 432 gegen 398 Stimmen abgelehnt wurde. Unter „Verschiedenes“ wies Kollege Wibera auf den Breslauer Saalhof hin und legte es den Kollegen ans Herz, die Gastwirte, die ihre Säle der Arbeiterchaft noch nicht zur Verfügung gestellt haben, bis auf weiteres zu meiden. Ferner wurde darauf hingewiesen, daß Briefen und Karten, die an das Verbandsbureau adressiert werden, die Ortskommission beizufügen ist. Hierauf wurde die stark besetzte Versammlung mit dem üblichen Hoch auf den Zentralverband geschlossen.

**Anmerkung der Redaktion:** Die Beschwerte des Kollegen Malinka wegen Nichtbefriedigung seiner Wünsche ist völlig unbegründet, und seine Behauptung, wir hätten ihm keine Antwort erteilt, als er sich deshalb bei uns beschwerte, entspricht nicht der Wahrheit. Soweit wir uns erinnern, ist nur ein Bericht des Kollegen Malinka nicht aufgenommen worden. Es ist dies der Bericht über die Versammlung vom 12. Mai d. J., aus welchen Gründen die Aufnahme unterließ, ist uns nicht mehr bekannt, doch müssen wir wohl sehr schätzbar gewesen sein, da sonst die Aufnahme erfolgt wäre. Ueber die Tarifbewegung im Breslauer Baugewerbe ist übrigens auch ohne diesen Bericht fortlaufend das Wichtigste gebracht worden, so daß die Kollegen im übrigen Deutschland sehr wohl über die dortige Situation unterrichtet sind. Im übrigen wollen wir noch darauf hinweisen, daß der unbedeutende Abbruch der von dem Kollegen Malinka gedruckenen Versammlungsberichte nicht immer möglich ist; auch die Aufnahme des vorliegenden Berichtes war erst nach starken Widerständen und künstlichen Verweigerungen möglich. Bei dem Bestreben, möglichst leicht zu berichten, hat Kollege Malinka die übliche Bewusstheit an sich, maßlos in die Breite zu gehen. In bezuglicher Weitschweifigkeit möchte er jedes Wort eines Redners und jedes bedeutungslose Ereignis in der Versammlung wiedergeben, ohne zu bedenken, daß die Würde eines Berichtes seine Kürze ist. So wird auch in dem letzten Bericht in fast endloser Breite die Ablehnung des Tarifentwurfs der Unternehmer geschildert, während sich die Situation in wenigen Sätzen viel besser schildern läßt, wie wir dies z. B. in der letzten Nummer unter „San Breslau“ getan haben. Ferner hat es der Kollege Malinka bisher nicht für nötig gehalten, unsere Mahnung zu beherzigen, das Papier nur auf einer Seite zu beschreiben. Dadurch wird uns aber die Verarbeitung seiner Berichte sehr erschwert, so daß wir es manchmal vorziehen, das Wichtigste daraus abzuheben und dies an einer anderen Stelle zu bringen.

**Burgkäß.** Eine am 10. Juni abgehaltene Versammlung beschäftigte sich in der Hauptsache mit der in Markersdorf bei Burgkäß arbeitenden Chemnitzer Affordolonne. Es wurde einstimmig beschlossen, keine Affordarbeit anzunehmen und bei jeder. Weiter, der diese einführen will, die Arbeit nicht zu tun. Der von der angeführten kontraktlich vergeben sei, soll fertiggestellt werden. Es handelt sich hier um eine Kolonne von Chemnitz, wie eine solche schon vor einigen Jahren nach Burgkäß kam, bei der sogar der Vertrauensmann an der Affordarbeit oblag. Es wird in jedem Kampfe um gegenseitige Unterstützung ersucht; dies wird aber von einigen Kollegen nicht beachtet. Wir dem Wunsch, daß jeder Kollege energisch gegen die Affordarbeit kämpfen möge, erziele die Versammlung ihr Ende.

**Elbing.** Daß sich die genannte „Christliche Bauhandwerker-Verband“ in den Elbingproben als Streikbrecherverband in Meinfultur entwickelt, dafür brachte auch unsere diesjährige Lohnbewegung wieder einen Beweis. Durch unsere gute Organisation gelang es uns, nach einem vierwöchigen Streik die zehnstündige Arbeitszeit nicht nur für Maurer, sondern auch für Bauarbeiter und Zimmerer durchzuführen, auch wurde ein Minimallohn festgesetzt und das ganze Arbeitsverhältnis einer Regelung unterzogen. Wie leicht ersichtlich, scheint dies einigen Unternehmern nicht gefallen zu haben, aber einstweilen wußten sie sich mit den Kassaen abzufinden. Für die Zukunft wollten sie sich aber sichern und eine Schutztruppe bilden. Zu diesem Zweck setzte sich der Unternehmer Redner mit seinem Kollege, der während der Streikzeit gearbeitet hatte, in Verbindung. Dieser gute Mann hatte den Bund

auch schon helfen hören und wußte, in welchem Dorfe er zu finden war. Er schied an noch in Danzig, der sich christliche Arbeitervereine nennt, und zu gleicher Zeit Vertrauensperson von Käufer und Konfekten in Königsberg ist. Nachdem nun die Streikbrecher zusammengetrommelt waren, erschien noch im Erholungsheim und schloß ihnen etwas über den Zweck der Arbeiterorganisationen vor; hinterher schimpfte er aber um so kräftiger auf die Zentralverbände und deren Vertreter. Eine Diskussion gab es nicht, denn sonst hätten auch diese verirrten Schafe wieder davonlaufen können. Es wurde im Trüben gefischt. Auf diese Weise entstehen Schutztruppen für Unternehmer, die sich dann den Namen „Christliche Gewerkschaft“ beilegen und das zu zerstören suchen, was durch jahrelange Arbeit geschaffen worden ist. Aber auch die Fachabteilungen — eine andere überchristliche Mitbewerber — haben sich in Elbing niedergelassen und einen sogenannten „Streikrat“ eingesetzt, um den bedrängten Unternehmern zu helfen. Da aber beide Brüder in Christo nicht viel zu tun haben, liegen sie sich in den Säcken und halten sich gegenseitig ihre Schandbullen vor, so daß diese Geister jetzt in bengalischer Beleuchtung erscheinen. Hoffentlich reißt auch hier der gesunde Menschenverstand soweit, daß diesen Willkür das Handwerk gelegt wird.

**Glogau.** Montag, den 11. Juni, tagte hier eine außerordentliche Mitgliederversammlung, die von 50 Mitgliedern besucht war. Da unsere bisherigen Kassierer plötzlich abgereist sind, so mußten Neuwahlen vorgenommen werden. Gewählt wurden die Kollegen Wigner als erster und Baier als zweiter Kassierer; beide nahmen die Wahl an. Ferner beschloß die Versammlung mit der Erhöhung des Beitrages. Da wir einen neuen Kopfarz abgelehnt haben, der unseren bisherigen Stundenlohn von 35 auf 38 1/2 erhöht, so wurde der Antrag, die 45 1/2 Marke einzuführen, mit Majorität angenommen. In der achtzehnten Beitragswoche müssen die neuen Marken zur erst geklebt werden. Von einem Sommerbegrüßung wurde Abstand genommen; die Kollegen wurden aufgefordert, sich recht zahlreich an dem Begrüßung, das vom Kartell der anstalt wird, zu beteiligen.

**Hamburg.** Eine Mitgliederversammlung der Zahlstelle Wand 3 betagte am 12. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, in der Zentralherberge. Der Bericht der Bauarbeiter-Inspizitionskommission über Bauteilkontrolle erstattete Kollege Schmiede in ausführlicher Weise. In der Diskussion wurde erklärt, daß die Laubheit der Kollegen die Hauptsache an den Mängeln an den Bauten trage. Den Kartellbericht erstattete Kollege Goh in ausführlicher Weise. Eine Diskussion hierüber fand nicht statt. Die Abrechnung des Kassierers, Kollege Kliefer, laut Bericht der Revisoren wurden Kasse, Bücher und Belege in bester Ordnung befunden. Zum Schluß wurde noch auf die Aufsicht hingewiesen, und die Kollegen wurden ersucht, sich recht zahlreich daran zu beteiligen.

**Ingoßkabel.** Am 10. Juni fand die regelmäßige Mitgliederversammlung des hiesigen Zweigvereins statt, die erste nach Inkrafttreten des Tarifs. Trotz der wichtigen Tagesordnung war der Besuch sehr schlecht. Kollege Appel begründete die durch Abbruch des Tarifs bedingte Beitragssteigerung in sachlicher Weise und sprach am Schluß den Wunsch aus, daß sich kein Kollege durch den erhöhten Beitrag von der Organisation abweisen möge. Alle Diskussionen drehten sich im gleichen Sinne aus. Es wurde auch beschlossen, daß vom 1. Juli ab ein Wochenbeitrag von 40 1/2 zu zahlen ist; von den am hiesigen Kanalbau beschäftigten Maurern ist ein Beitrag von 60 1/2 pro Woche zu zahlen. Der Vorschlag wurde monatlich 10 1/2 wird weiter erhoben. Ferner wurde beschlossen, einen Versammlungstempel anzuführen, um dadurch die Kontrolle besser handhaben zu können. Den hier sich im Streit befindenden Malergehilfen wurde die volle Sympathie ausgesprochen und ihnen als erste Rate 10 überwiesen. Kollege Appel gab noch einen kurzen Situationsbericht über die hiesige Arbeiterbewegung, kritisierte den mangelnden Bauarbeiterchutz und schloß mit dem Appell, die Organisation hochzuhalten, die gut verlaufene Versammlung.

**Königsberg i. Pr.** Wir erhalten folgendes Schreiben: Königsberg i. Pr., den 16. 6. 08.

An die Redaktion. Der Grundstein! In Nr. 23 vom 6. Juni d. J. bringen Sie einen Artikel in Ihrer Zeitung von Königsberg i. Pr. der folgende Inhalt enthält und fordere ich Sie daher nach Paragraph 11 des Preßgesetzes auf nachfolgende Richtigstellung in der nächsten Nummer Ihrer Zeitung aufzunehmen.

1. Es ist unrichtig, daß ich seiner Zeit in Braunshweig als Streikbrecher tätig gewesen bin.
2. Es ist unrichtig, daß der Beitrag von den Unternehmern gleich vom Lohn abgezogen wird.
3. Es ist unrichtig, daß wir bei den Unternehmern um Unterstützung gebettelt haben.
4. Es ist unrichtig, daß unsere Verwaltungsstelle nur 380 Mitglieder hat.
5. Es ist unrichtig, daß Beiträge in unserer Verwaltungsstelle nur für 150 Mitglieder einkommen.

Der gute Mann wollte noch etwas mehr „berichtigt“ wissen; da er sich aber hinter das Preßgesetz verdingt, setzen wir nicht ein, daß wir mehr tun, als unseres Amtes ist. Nun, man weiß allgemein, was man von solchen Verleumdungen zu halten hat. Es geht mit ihnen, wie mit den Banknoten der ersten Republik, die trotz ihres Zwangslaufes sehr niedrig bewertet wurden.

**Königswalde.** Mittwoch, den 18. Juni, tagte hier in Ladens Restaurant zu Annaberg eine Maurerverammlung. Kollege Rod führte in einführender Rede den Kollegen vor Augen, welche Entwicklung der deutsche Maurerverband seit 15 Jahren gemacht hat. Bei 36000 in 22 Fachvereinen organisierten Maurern wurde die Gründung des deutschen Maurerverbandes beschlossen, und heute zählt der Verband 170000 Mitglieder. Kollege Rod verwies besonders auf harte Kämpfe in Luz, Zwickau, Jütta uhm. Mit einem feurigen Appell an die Kollegen, um auch in Annaberg endlich einmal Vortrag, der eine recht erfolgreiche Einwirkung hinterließ. Einstimmig wurde Kollege Somisch als Kassierer gewählt.

**Kronach.** Sonntag, den 10. Juni, fand unsere Mitgliederversammlung statt, die sehr gut besucht war. Der Vorbericht kritisierte daher vor der Bekanntgabe der Tagesordnung den schlechten Besuch, es gibt leider noch viele Kollegen, die lieber jedem elenden Klammheim nachlaufen, als in die Versammlung zu kommen. Der Kollege Herr Hofmann wurde an Stelle des ausgeschlossenen Kollegen Sch. Jäger zum zweiten Vorsitzenden gewählt. Die Kontrolle der Mitgliedsbücher ergab, daß alle anwesenden Mitglieder keine Beitragsrückstände hatten. Zu der Bundesratsverordnung, betreffend das Steinarbeitergewerbe und über die letzte Kontrolle durch den Gewerbeinspektor, gab Kollege Schönstein bekannt, daß er im Betrieb des Herrn Messelberger eine nahezu dreiwöchentliche Unterbrechung im Betrieb sämtlicher auf dem Platz arbeitenden Kollegen mit dem Herrn Gewerbeinspektor gehabt habe. Es sei dabei besonders die Umgehung der neunstündigen Arbeitszeit sowie die einseitigen Kontrollen der hierzu beauftragten behördlichen Organe hervorgehoben und darauf hingewiesen worden, daß Unternehmer vorhanden seien, die schon siebenmal bestraft wurden, während andere, die die größte Schmutzkonzurrenz betrieben infolge der einseitigen Kontrolle nicht bestraft werden, obgleich bei ihnen die bundesrätlichen Vorschriften nicht eingehalten werden. Kollege Sch. hat auch dem Herrn Inspektor solche Herren namhaft gemacht und ihn ersucht, endlich dafür sorgen zu wollen, daß diese Vorschriften eingehalten werden. Eine Diskussion über diesen Bericht wurde nicht beliebt. Hierauf wurde über die Schmutzkonzurrenz und die schlechten Affordlöse diskutiert; besonders wurde hervorgehoben, daß viele kleine Strauher von Tagesgruben bis Abends spät schuften lassen, so daß sie durch die Ausbeutung der Arbeiter durch überlange Arbeitszeit, trotz der Schmutzpreise, doch auf ihre Rechnung kommen. Es wurde beschlossen, mit allen uns zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln dahin zu wirken, daß diesem Unfug ein Ende bereitet wird.

**Reitzg.** Am 6. Juni tagte im „Volkshaus“ eine sehr stark besetzte Maurerverammlung zwecks Stellungnahme zum Angebot der Unternehmer. Den Bericht der Lohnkommission erstattete Kollege Klinking. In kurzen Worten gab er die wichtigsten Punkte der letzten Sitzung mit den Unternehmern sowie deren Angebot bekannt. Der Vorschlag lautete folgendermaßen: Vom 1. Juli bis 30. September 60 1/2, vom 1. Oktober bis 30. Juni nächsten Jahres 63 1/2, vom 1. Juli bis 31. März 1909 65 1/2 pro Stunde. In der Diskussion wurde dieses Angebot von sämtlichen Rednern mit Entrüstung zurückgewiesen. Weiter wurde ausgeführt, daß bei der jetzigen intensiven Arbeitsleistung sowie bei den teuren Lebensverhältnissen eine sofortige Lohnsteigerung eintreten müsse. Die jetzigen Löhne seien, nach dem Inkrafttreten des Hungertarifs sowie der jetzt im Reichstage beschlossenen Steuerprojekte nicht mehr angetan, die geringen Bedürfnisse eines Arbeiters zu befriedigen. Die Maurer wären auch bei der geforderten Lohnsteigerung noch nicht in der Lage, mit ihrem Einkommen zu praßen, verlangten aber ganz entschieden, ein menschenwürdiges Dasein führen zu können. Einige Redner verlangten sogar den Abbruch der Verhandlungen, da ein solches Anerbieten geradezu verhöhrend sei. Ein Antrag, vom 1. Juli d. J. bis zum 1. Juli nächsten Jahres 65 1/2, von da ab 70 1/2 pro Stunde zu fordern, wurde unter der Bedingung zurückgezogen, daß die Kommission nur auf dieser Grundlage weiter verhandeln würde. Unter „Ännerer Berufsangelegenheiten“ teilte Kollege Verthold mit, daß die Rabispüber sich in einem Lohnkampf befinden. Sie fordern 8 1/2 Stunden Arbeitszeit sowie 90 1/2 Stundenlohn. Die Kollegen werden hierauf ganz besonders aufmerksam gemacht und aufgefordert, nicht unter dem üblichen Lohn der Rabispüber solche Arbeiten auszuführen, andernfalls sie als Streikbrecher betrachtet und nach § 87b des Verbandsstatuts behandelt würden. Weiter wurde mitgeteilt, daß in der Zeit vom 11. bis 18. Juni eine Statistik aufgenommen werden soll. Die Statistiker sind verpflichtet, dafür zu sorgen, daß die Statistik wahrheitsgetreu durchgeführt wird. Bei dieser Gelegenheit wurden die Kollegen aufgefordert, jedes bürgerliche Blatt aus der Wohnung zu entfernen und dafür die „Volkzeitung“ zu lesen. Ferner wurden die Kollegen nochmals auf das Buch „Arbeit und Kultur“ aufmerksam gemacht und ersucht, recht roge Bestellungen zu machen. Kollege Verling berichtete, daß bei einer Kontrolle der Bahnhofsbauteile 49 Italiener und 13 Deutsche als Streikbrecher verurteilt worden seien. Diese seien an vier Bauten beschäftigt. Hieraus sei zu ersehen, daß die verhängte Sperre von Vorteil sei.

**Rating.** Einen schönen Erfolg erzielten unsere Kollegen in Sprendlingen i. Rheinhefen. Am 2. Juni wurden dem Unternehmer Jakob Wed II Forderungen auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen übermittelte. Der höchste Stundenlohn war seither 33 1/2; gefordert wurden 40 1/2 pro Stunde. Am 8. Juni wurde zwischen dem Unternehmer und dem Vorstand des Zweigvereins Rating vertraglich festgelegt, daß der Lohn sofort auf 37 1/2 pro Stunde erhöht wird. Ab 1. April 1907 bis 1. April 1908 beträgt der Lohn 40 1/2 pro Stunde. Die Kollegen schlossen sich erst im Frühjahr der Organisation an, und schon zeigt sich dieser Erfolg. Wägen die noch fernstehenden Kollegen der Alzeier und Kreidanger Gegend sich dieses merken. Auch ihre Lage kann nur verbessert werden, wenn sie sich dem Zentralverband der Maurer Deutschlands anschließen.

**Rating.** Die Schäden der Affordarbeit treten bei den Rauterputzern in recht krasser Weise zu Tage. Obwohl die Beseitigung der Affordarbeit wiederholt von den Unternehmern gefordert wurde, war an ihre Beseitigung nicht zu denken, weil sie nicht direkt durch das Statut verboten ist. Anstatt nun aber daraufhin zu arbeiten, daß diese schädliche Arbeitsmethode allmählich abgefaßt wird, haben einige Kollegen es verstanden, aus ihr erst recht Profit herauszuschlagen. Sie übernehmen nämlich die Profilarbeiten im Afford, teilen den erzielten Ueberschuß nicht mit den anderen Kollegen, sondern stecken ihn in ihre eigene Kasse. Um diesem modernen Raubritterwesen zu steuern, sieht sich die Sektion der Rauterputzer veranlaßt, die Kollegen darauf aufmerksam zu machen, daß sie alle die Kollegen, die ein derartiges Verhalten an den Tag legen, wegen Verletzung der Kollegialität ausschließen wird.

**Reichenhall.** In der Arbeiterbewegung ist es von großem Vorteil, wenn der Arbeitsnachweis von den Arbeiterorganisationen



in die Hand genommen wird. Freilich ist es nicht möglich, die Kollegen auf einen Tag daran zu gewöhnen, aber soll deswegen die ganze Sache Schaden leiden? Es muß von den Zweigvereinen der Arbeitsnachweise eingeführt werden, weil dadurch viel Arbeitslosigkeit und das damit verbundene Elend verhindert wird. Deshalb bebaute ich es, daß im Gau Münden die Zweigvereine so wenig Interesse an den Arbeitsnachweisen haben, so daß bis jetzt auf die Anfragen des hiesigen Nachweisleiters nur von den Zweigvereinen freilich und schließlich Antwort eingelaufen ist. Die Kollegen, die den Arbeitsnachweis führen, werden im Interesse der Gesamtheit aufgefordert, dieses Institut ausbauen zu helfen und ihre Antworten einzuliefern.

Otto Baier, Kanalstraße 2.

**Reppen.** Dienstag, den 5. Juni, hielt der hiesige Zweigverein seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Zunächst erhaltete der Kollege Günther als Delegierter Bericht von dem Verbandstage in Guben. Es wurde dann beschlossen, mehr zu agitieren und auch für den Wahlverein Propaganda zu machen, da er bis jetzt erst 18 Mitglieder zählt. Im übrigen befaßte sich die Versammlung mit der Maßregelung zweier Kollegen.

### Gliesenleger.

**Wochm.** In der Nr. 23 der „Einigkeit“, dem Organ der Anarchosozialisten, kündigt die Freie Vereinigung der Gliesenleger von Wochm die Einigkeit während des Lohnkampfes im rheinisch-westfälischen Industriegebiet an. Der Einführer, der dort abgedruckte Bericht stellt die Tatsachen geradezu auf den Kopf, verächtlich über Personen und legt ihnen Worte in den Mund, die gar nicht gefallen sind. Im besonderen ist es die Section des Zentralverbandes, der jene Leute schon lange den Vernichtungskampf erklärt haben, die aber trotzdem blühen und gedeihen. In dem Artikel wird man uns vor, eigenmächtig den Vertrag abgeschlossen zu haben; der Artikelschreiber beschweigt aber, daß er und seine Kumpane ein Zusammengehen ablehnten. In der Zusammenkunft am 30. April erklärte der Lokalistenführer Müller: „Wenn Ihr nicht die Lohnkämpfe mit Reuten besteht, die uns genehm sind, lehnen wir ein weiteres Zusammengehen mit Euch ab.“ Darauf haben unsere Kollegen am 2. Mai die Arbeit ruhen lassen und der Vertrag wurde abgeschlossen. Wie unfähig jene Leute sind, einen Lohnkampf zu führen, das hat jene von der „Einigkeit“ gütliche öffentliche Verurteilung bewiesen. Die Generalstreikidee hat die Köpfe dieser Leute derartig verwirrt, daß sie nicht wissen, was unter partiiellen Streiks und unter allgemeinen Streiks zu verstehen ist. Nach der Meinung jener Leute muß „alles streiken“, auch wenn das Geforderte bewilligt ist. Die Firma Schöthler hatte nun die Forderung anerkannt. Trotzdem verlangte man, unsere Kollegen sollten tarifmäßig streiken. Sie sollten zuerst die Arbeit einstellen, weil die Freie Vereinigung sonst am Orte auch nicht streiken würde. (Wohl, weil sie zu feige war.) Den Gipfel erreicht aber die Leistung des Artikelschreibers, indem er behauptet, ich hätte in der Versammlung gesagt: „Es wäre doch von uns Willkür gewesen, auf dem ganzen Tarif zu bestehen und ihn dadurch zum Scheitern zu bringen.“ Im Verbrechen können jene Leute großartig leisten; sie haben hier unseren Musterstreik den Vorwurf abgelaufen. Man forderte von uns, wir sollten — wenn der Vertrag Gültigkeit haben sollte — mit ihnen ein Schlichtungsgeschäft eingehen. Unsere Mitglieder sollten einen Tagelohn pro Woche an die Streikliste der Lokalisten abgeben. Dieses Annehmen wurde energisch zurückgewiesen und deshalb nun diese Wutausbrüche! Es wird der Section der Kormur gemacht, daß sie nichts für die Durchführung des Vertrages getan habe. Demgegenüber stellen wir fest, daß Mitglieder der Freien Vereinigung bei dem Unteroffizianten die Arbeit aufgenommen haben. Sie waren es, die den Vertrag durchbrachen, wodurch sich die Verhängung der Sperre notwendig machte. Streikbrecher wollen sie unsere Mitglieder nennen, um ihre eigenen Verfehlungen damit zu verbergen. Ihr Schriftführer und Obersektionenführer Köpp schickte sich nicht an den Beschluß, die Arbeit einzustellen. Er mußte erst von Müller von der Arbeit fortgeholt werden, er war also Streikbrecher. Nach mehr: der Genannte arbeitet trotz abgeschlossenen Tarifs, der nur Stundenlohn vorsieht — wie uns mitgeteilt wird —, im Afford. Des Pudels Kern ist: die Matadore der Freien Vereinigung der Gliesenleger fühlen den Boden unter ihren Füßen schwinden; der Zentralverband der Maurer hat ihnen mit Erfolg das Feld freit gemacht. Diese Sonderbrüder bringen jetzt ihren ganzen Mord nach dem großen Schuttabeplatz, genannt „Einigkeit“, und glauben dann wunderbar, was sie damit getan haben. Auch unseren Kollegen Kahl beleidigen sie in unverständlicher Weise. Man spielt sich als den Verächter an und selbst freut man während der Bewegung Verleumdungen und Verdächtigungen aus. Sie bezaubern sich damit als nette Gönner: des Unternehmertums. Auch unter den Maurern versuchen sie ihre Zersplitterungskünste. Anton Ebdort, der in unserem Verband nicht auf seine Rechnung gekommen ist, will jetzt sein Zeit bei den Anarchosozialisten aufschlagen. Wir wünschen ihm dabei viel Glück. Die Kollegen aber wollen sich das merken, damit sie wissen, was sie in Zukunft von ihm zu halten haben.

### Die Arbeits- und Lohnverhältnisse im Baugewerbe zu Magdeburg.

Am 18. Mai d. J. wurde eine Statistik aufgenommen, die sich über den ganzen Lohn- und Zweigvereinsgebiet erstreckt. Das Resultat ist folgendes. Magdeburg: Auf 78 Bauten, 25 Umbauten und 27 Scharwerksarbeiten sowie einem Kanalbau arbeiteten, soweit zu ermitteln war, bei 74 Unternehmern 70 Poliere, 933 Gefellen und 146 Sehlings. Im Stundenlohn erhielten: 3 Maurer 25  $\frac{1}{2}$   $\frac{1}{2}$ , 3 30, 1 34, 6 35, 15 38, 2 39, 6 40, 12 42, 3 45, 1 46, 5 48 und 2 49  $\frac{1}{2}$ . Diese 59 Maurer sind Jung- und Altgefell, die nach dem Lohnzettel einen niedrigeren Lohn erhalten. (Junggefell im ersten Jahr freie Vereinbarung.) 20 Maurer erhalten 60  $\frac{1}{2}$ , 16 51, 291 52, 228 53, 25 54, 85 55, 4 56, 10 60, 2 62, 6 65 und 7 70  $\frac{1}{2}$ . Die letzteren sind beim Pugen beschäftigt. Der Durchschnittslohn beträgt pro Arbeitsstunde für alle Beschäftigten 52  $\frac{1}{2}$ . Bei 85 Maurern konnte der Lohn nicht festgestellt werden, weil sie erst eingestellt waren und noch keinen Lohn erhalten hatten. 88 Maurer pugen in Afford und erhalten einen Abschlag, pro

Stunde 60 bis 70  $\frac{1}{2}$ . Auf einigen Arbeitsstellen haben es die Maurer nicht für nötig gehalten, die Statistik auszufüllen; sie haben die kleine Mütze geschüttelt und dadurch, dazu beigetragen, daß die Statistik nicht alle Maurer umfaßt. Die bei der Umfrage vorgefundenen Bauten befanden sich in folgender Entwicklung: 16 waren hergestellt bis zum Keller, 6 bis zum Parterre, 3 bis zur ersten, 2 bis zur zweiten, 4 bis zur dritten Etage; an 7 wurde ausgemauert, 2 waren im Rohbau fertig, an 23 wurde gepugt und 15 waren bis auf den Dachputz fertig. Außer diesen Hochbauten war ein Kanalbau zu verzeichnen.

In Barleben arbeiten bei 2 Unternehmern auf einem Bau und einem Ausbau 18 Gefellen. Stundenlohn erhalten: 2 Maurer 42  $\frac{1}{2}$ , 4 48, 6 49 und 6 50  $\frac{1}{2}$ .

In Bieberg arbeiten bei 3 Unternehmern auf 3 Neubauten und einem Umbau 2 Poliere und 16 Gefellen. Stundenlohn erhalten: 7 Maurer 50  $\frac{1}{2}$ , 9 52  $\frac{1}{2}$ .

In Böhndorf-Sohl arbeiten bei einem Unternehmer auf einem Neubau 1 Polier und 8 Gefellen. Stundenlohn erhalten: 4 Maurer 28  $\frac{1}{2}$ , 4 34  $\frac{1}{2}$ .

In Dahlenwarsleben arbeiten bei 4 Unternehmern auf einem Neubau und drei Scharwerksarbeiten 1 Polier, 22 Gefellen und 1 Sehlings. Stundenlohn erhalten: 1 Maurer 25  $\frac{1}{2}$ , 6 30, 2 32, 1 34, 11 35 und 1 40  $\frac{1}{2}$ . Trotz der niedrigen Löhne haben es 8 Maurer nicht für nötig gehalten, sich zu organisieren.

In Diesdorf arbeiten bei 7 Unternehmern auf 7 Neubauten 14 Gefellen. Stundenlohn erhalten: 1 Maurer 40  $\frac{1}{2}$ , 2 53, 6 55, 2 60 und 3 65  $\frac{1}{2}$ ; letztere pugen.

In Dornersleben arbeiten bei 3 Unternehmern auf einem Neubau und zwei Scharwerksarbeiten 1 Polier und 11 Gefellen. Stundenlohn erhalten: 9 Maurer 25  $\frac{1}{2}$ , 2 30  $\frac{1}{2}$ . Auch hier sind 7 Maurer nicht organisiert.

In Dreßden und Drußberge arbeiten bei 2 Unternehmern auf 2 Neubauten und einem Umbau 25 Gefellen. Stundenlohn erhalten: 25 Maurer 32  $\frac{1}{2}$ .

In Groß- und Kleinsiedersleben, Remscheid und Remscheid arbeiten bei 9 Unternehmern auf 8 Neubauten und einem Umbau 3 Poliere, 31 Gefellen und 3 Sehlings. Stundenlohn erhalten: 3 Gefellen 53  $\frac{1}{2}$ , 1 54, 7 55, 14 56  $\frac{1}{2}$ ; 6 pugen in Afford.

In Rangenweddingen arbeiten bei einem Unternehmer 7 Gefellen. Stundenlohn erhalten: 2 Maurer 28  $\frac{1}{2}$ , 1 29, 2 31, 1 32 und 1 35  $\frac{1}{2}$ .

In Othmersleben arbeiten bei einem Unternehmer 20 Gefellen. Stundenlohn 32  $\frac{1}{2}$ .

In Othenstedt arbeiten bei 3 Unternehmern auf 2 Neubauten und einem Scharwerk 21 Gefellen. Stundenlohn erhalten: 9 Maurer 50  $\frac{1}{2}$ , 9 57  $\frac{1}{2}$ ; von 3 Maurern konnte der Lohn nicht ermittelt werden.

In Witten arbeiten bei einem Unternehmer 5 Gefellen. Stundenlohn: 2 Maurer 30  $\frac{1}{2}$ , 3 33  $\frac{1}{2}$ .

In Zermersleben, Selbse und Westerbühren arbeiten bei 9 Unternehmern auf 18 Bauten und einem Umbau 4 Poliere, 72 Gefellen und 21 Sehlings. Stundenlohn erhalten: 3 Maurer 33  $\frac{1}{2}$ , 2 40, 1 41, 1 42, 2 45, 1 51, 37 52, 3 53, 19 55  $\frac{1}{2}$ ; 3 pugen in Afford. Der Durchschnittslohn beträgt 51,17  $\frac{1}{2}$  pro Stunde.

Im ganzen Lohn- und Zweigvereinsgebiet sind bei 120 Unternehmern 82 Poliere, 1203 Gefellen und 171 Sehlings auf 119 Bauten, 29 Umbauten und 35 Scharwerksarbeiten beschäftigt.

Folgende Baustellen haben es nicht für nötig gehalten, die Fragebogen zurückzusenden: Brauns, Ebenorf, Gr.-Rosenleben, Höfen und Niederbobeleben, Rogg, Wangleben, Wolmirstedt. Diese sind also in dieser Statistik nicht mit eingegriffen.

## Zentralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 10. bis 16. Juni sind folgende Beiträge eingegangen: Von der britischen Verwaltung in Berlin M. 3000, Kiel 600, Harburg 300, Berlin 200, Danzig 200, Verden 200, Trebitz 200, Alt-Damm 150, Templin 102, Bergeborf 100, Frankfurt a. b. Ober-100, Hamm i. Westf. 100, Neuenbagen (Ostbahn) 100. Summa M. 6352.

Zufüsse erhielten: Dresden M. 300, Wittenberge 300, Reinickendorf 200. Summa M. 800.

Altona, den 16. Juni 1906.

Karl Reih, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

### Zur Beachtung.

Die Formulare zur Abrechnung des 2. Quartals sind an die britischen Verwaltungen berandt. Sollten dieselben in einer Verwaltungsstelle nicht eingetroffen sein, so eruchen wir um sofortige Mitteilung.

Der Vorstand.

## Vom Bau.

### Anfälle, Arbeiterschutz, Submissionen etc.

(Die Zweigvereinsvorstände werden dringend ersucht, über alle in ihrem Bezirk befallenen Anfälle, mit kurzer Aufzählung der Beteiligten und der überhäuften Folgen, umgehend an den „Grundstein“ zu berichten. Eventuell über die aus Anfallen resultierenden Gerichtsverhandlungen, sowie über den Erfolg von Arbeiterschutzbestimmungen und über Submissionsergebnisse.)

Berlin. Ein bedauerlicher Bauunfall ereignete sich Mittwoch Nachmittag, den 13. Juni, in der dritten Stunde auf dem von der Firma Gause ausgeführten Neubau am Pariser Platz. Ein frisch gemauertes Gewölbe stürzte in sich zusammen und wurde dabei der Maurer Geinemann am Kopfe schwer verletzt, so daß er einem Krankenhause überliefert werden mußte. Der Unfall folgte darauf zurückzuführen sein, daß die Schalung zu früh entfernt worden ist. Auf dem Neubau sind nicht weniger als fünf Poliere in Funktion, die aber mehr auf die Quantität als auf die Qualität der Arbeit zu achten scheinen.

Grünberg i. Schl. Am Dienstag, den 12. Juni, Nachmittags 5  $\frac{1}{2}$  Uhr, verunglückte der Maurer Carl Schmidt aus Deutsch Ressel auf dem Umbau des Dominikus-Schlösses daselbst infolge eines Schritts von der Leitertürung.

Er fiel auf einen 25 cm breiten Sockel und zog sich schwere Verletzungen an. Nach einer Stunde erst konnte der bedauernswerte ärztliche Hilfe erhalten. Der Arzt konstatierte einen Bruch der Wirbelsäule und des Rückgrats. Am Donnerstag, früh 2  $\frac{1}{2}$  Uhr, ist der Verunglückte seinen Leiden erlegen.

Hagen i. W. Wie berechtigt der Ruf nach mehr Bauarbeiterschutz, insbesondere nach Baufontrollen aus Bauarbeitertreuen ist, beweisen zwei in den letzten Tagen vorgekommene Bauunfälle. In der Heintzstraße ließ der Unternehmer Roose aus Hohenlimburg einen Bau ausschachten, wobei ein Arbeiter tödlich, der andere schwer verletzt wurde. Die Arbeiten wurden in einer geradezu bödenlos leichtsinnigen Weise ausgeführt, wenn man bedenkt, daß bei aufgefülltem Boden ein circa 4 m tiefer Graben ausgehoben wurde, ohne die Seitenwände abzuspreizen. Dieser Unfall wäre vermieden worden, wenn ein Geheß bestände, wonach Ausschachtungsarbeiten nur dann vorgenommen werden dürfen, wenn bestimmte Maßregeln zum Schutze der Arbeiter getroffen sind. Obgleich die Stadt zwei Baufontrollen angestellt hat, sieht es hier mit dem Bauarbeiterschutz windig aus. Eine ganze Reihe Bauunfälle sehen Schweißschmelzen und Hundebitten weit ähnlicher als Unfallkatastrophen für Menschen. Hier fehlen die Fußböden (wie in Gelinglagen); dort lagern Gefährte und Materialien in der Höhe. In einigen Bauten fehlen die Fenster, das wasserdicke Dach usw. Bezüglich der Abdeckungen und der äußeren Schutzeinrichtungen sieht es noch schlimmer aus. Ja, man kann dreißig behaupten, elendere Zustände als in Hagen und Umgebung in Bezug auf den Bauarbeiterschutz gibt es in keiner Gegend Deutschlands. In diesen Zuständen haben natürlich unsere Kollegen auch sehr viel Schuld. Würden sie sich eine derartige Behandlung vom Unternehmer nicht gefallen lassen, sondern sich im Bewußtsein ihrer Menschenwürde durch Arbeitsinsetzung die Beseitigung derartiger Mängel erkämpfen, so wäre manches besser auf den Bauten. — Ein weiterer Unfall passierte Freitag, den 8. Juni, in Gabelsberg. Am Neubau des Unternehmers Walter Wolschlag legten die Zimmerer die Balkenlage der dritten Etage. Beim Abtragen eines Balkenbalkens stürzte ein verheirateter Zimmerer aus dem Fenster (er hinterläßt vier Kinder) aus der dritten Etage nach unten auf den Mauerwerk herab. Er erlitt eine schwere Kopfverletzung und brach beide Arme. Nach einigen Stunden war er eine Leiche. Der Polizeibehörde war einige Tage vor dem Unfall unter Nennung der Bauten mitgeteilt worden, daß die Schutzeinrichtungen und Balkenlagen und Leitertreppen überall sofort abgedeckt seien. Ebenfalls fehlen an verschiedenen Bauten die Baubuden und Aborte. Bis hier ist leider noch nichts gesehen, um eine Verringerung herbeizuführen. Wäre an diesem Bau ein vorchriftsmäßiges Schutzeinrichtung gewesen, so wäre ein Menschenleben und einer Familie der Entzweiung erhalten geblieben.

Karlshagen. Samstag, den 10. Juni, kurz vor Feierabend, verunglückte der Maurer Joseph Rühm IV von Wülzig, der bei der Firma Stolz & Wöhlend am Umbau von Hammer & Gelbing in der Kaiserstraße beschäftigt war, dadurch, daß er beim Umdrehen eines Firmenschildes 5 m hoch herabstürzte. Schwer verletzt schaffte man den Kollegen nach dem städtischen Krankenhaus. Festgestellt wurde, daß er einen schweren Schädelbruch sowie innere Verletzungen erlitten hat. Am gleichen Abend um 10 Uhr ist der Verunglückte gestorben. Der Verstorbene ist 39 Jahre alt und hinterläßt eine Familie mit sieben Kindern.

Königsbrunn i. Oberpfälzen. Vom Gerüst des Mastfahrs Neubaus stürzte am 14. Juni aus einer Höhe des dritten Stockwerkes ein Maurerlehrling ab. Er fiel zuerst auf die Drähte einer elektrischen Leitung, die den Fall etwas milderten, trotzdem erlitt der Verunglückte sehr schwere Verletzungen. Am gleichen Tage fiel ein Zimmererlehrling vom Rollendebau herab und zog sich dabei so schwere Verletzungen zu, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. In beiden Fällen war mangelhafter Gerüstbau die Ursache des Unglücks.

Königsberg. Am 23. Mai ist hier der Maurer Otto Seimann von einem Leitergerüst zwei Stockwerk tief hinabgestürzt, indem eine Leiterpfoste brach, als er im Begriff war, hinaufzusteigen. Er hat Verletzungen am Handgelenk und an der Wirbelsäule davongetragen.

Sennitz. Montag, den 11. Juni, ereignete sich am Neubau des Baumeisters Reinhard an der Kreuzstraße ein bedauerlicher Unfall. Der Kollege Adolf Hauswald wurde von einem herabfallenden Ziegelstein am Kopfe stark verletzt und mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. Die Ursache konnte nicht aufgeföhrt werden.

\* Bau „Finkler“ vor Gericht. Der Bauunternehmer Gerhard Finkler in Wilmshagen und der Polier Fritz Jakob Peters in Neuenhe Handen am 30. Mai vor der Strafkammer in Aurich, um sich wegen fahrlässiger Körperverletzung zu verantworten. Finkler hatte in Wilmshagen in der Kaiserstraße die Ausführung eines Erweiterungsbaues übernommen, bei dem Peters als Polier tätig war. Bei diesem Bau waren (was erwiesen ist) minderwertige Lauffstege verwendet worden und waren sämtliche Deckungen nicht genügend, teilweise sehr mangelhaft abgedeckt. Am 16. September v. J. brach ein Lauffstege, den ein Steine tragender Arbeiter betrat, durch; der Arbeiter stürzte ab und erlitt so schwere innere Verletzungen, daß er höchst wahrscheinlich in dauerndes Stadium verfallen wird. Infolge der mangelhaften Abdeckung führten die von dem Arbeiter mitgeführten Steine noch tiefer und verletzten einen auf dem Kellergerölle beschäftigten Arbeiter. Nachdem nach gesundem Menschenverstand die Schuld der Angeklagten klar zu Tage lag, erklärte das Gericht gegen Finkler und Peters auf Freisprechung. Man weiß wirklich nicht, was man mehr bewundern soll, das einfach faulmüßige Glück der mit Leben und Gesundheit ihrer Witwen und Kinder froh spielenden Angeklagten oder den unverständlichen Urteilspruch des Gerichts. Die beiden Angeklagten, Finkler — rühmlichst bekannt vom Jahre 1902, zu welcher Zeit ein von ihm in Seppens an der Müllerstraße ausgeführter Bau einstürzte, er erhielt dafür von der Strafkammer zu Oldenburg zwei Monate Gefängnis — und Peters, der inzwischen auch Unternehmer geworden ist, bekannt als Streikbrecher erster Größe, werden bei einer solchen Rechtsprechung noch öfter und gerne eine Vergeltungstour zur Strafkammer nach Aurich unternehmen und,



um Anlaß hierzu zu haben, in frivoler, unerschämter Weise mit dem für die wertvollen Leben und der Gesundheit ihrer Arbeiter spielen. Hier mußten die Gesetzgebungsorgane in ihrer ganzen Schärfe angegriffen werden, wenn nicht solchen Reuten die Erlaubnis zum Bauen überhaupt entzogen wird.

### Bauarbeiterverhältnisse in Baden.

Der Bericht der badischen Fabrikinspektion für 1905, der jüngst erschienen ist, bleibt zwar noch immer zurück hinter den besten Bericht des Vorjahres, indes enthält er doch manche beachtenswerte sozialpolitische Partie, die immerhin beweist, daß Dr. Wittmann heute nicht mehr ganz derselbe ist, als der er feinerzeit von Trier, wo er als preussischer Fabrikinspektor wirkte, nach Karlsruhe gekommen war.

Ueber die baugewerblichen Verhältnisse enthält der Bericht nur wenige Mitteilungen. Nach der Statistik unterstanden den gesetzlichen Arbeiterzuschussvorschriften und somit der Fabrikinspektion baugewerbliche Betriebe und Arbeiter:

	1905	1904
Betriebe .....	418	459
Arbeiter .....	6496	6178
Erwerbslose .....	6202	4958
Jugendliche .....	294	220

Es sind demnach die Betriebe zurückgegangen um 46, die Zahl der Arbeiter dagegen ist um 1318 gestiegen. Von den Jugendlichen der Statistik für 1905 ist einer unter 14 Jahren gewesen; wofür Arbeiter sind nicht angeführt. Will man aus der vergleichenden Statistik einen Schluss ziehen, so kann es nur der sein, daß sich im badischen Baugewerbe die Konzentrationstendenz der wirtschaftlichen Entwicklung stark geltend macht, indem kleinere Betriebe überhand nehmen und größere weiter vergrößert werden. Diese Tendenz ist übrigens in der ganzen badischen Industrie wirksam; denn es ging die Gesamtzahl der reibungspflichtigen Betriebe von 9264 in 1904 auf 9040 zurück, während gleichzeitig die Zahl der Arbeiter von 208 813 auf 208 998 stieg.

Ueber die allgemeine Wirtschaftslage im Berichtsjahre wird gesagt: „Das Berichtsjahr stand unter dem Zeichen des auf fast allen Gebieten einsetzenden wirtschaftlichen Aufschwungs der Industrie. Überall wurde über chronisch gewordenen Arbeitermangel geklagt; insbesondere fehlte es vielerorts an Arbeiterinnen. Viele der um die Wende des Jahrhunderts errichteten Fabrikneubauten und Erweiterungen, die in den nunmehr überwundenen schlechten Zeiten leer oder halb leer lagen, konnten jetzt voll in Benutzung genommen werden. Eine Reihe umfangreicher Bauprojekte ließ erfreuliches Wiederaufleben der Industrie erkennen. Diese Verbesserung ließ die Arbeitgeber leichter geneigt werden, den Wünschen und Forderungen der Arbeiter wohlwollender entgegenzukommen; dabei wirkte das Bestreben mit, die mit unzureichender Beschäftigung eingetretene günstige Konjunktur nicht durch Arbeitslosigkeit zu verflüchtigen. So mag sich auch die Tatsache erklären, daß mehrere im vorigen Jahre angeführte Massenstreiks nicht zum Ausbruch kamen.“ Das heißt wohl mit anderen Worten, die betreffenden Unternehmer sind den Arbeitern entgegengekommen, so daß dadurch ein Streik vermieden wurde.

Im Berichtsjahre waren 4876 Unfälle zu verzeichnen, wovon 98 auf die Baugewerke entfielen gegen 4886 bzw. 90 in 1904. Davon entfielen 8 auf die Nachtzeit, während in einem Falle die Zeit nicht näher angegeben wurde. Auf die verschiedenen Tageszeiten verteilen sich die übrigen 89 Unfälle folgendermaßen: 11 von 6 bis 8 Uhr, 15 von 8 bis 10 Uhr, 22 von 10 bis 12 Uhr Vormittags, 6 von 12 bis 2 Uhr Mittags, 15 von 2 bis 4 Uhr, 20 von 4 bis 6 Uhr Nachmittags.

Ueber das noch immer blühende schändliche Trudhsystem wird berichtet: „Um den im vorigen Jahresbericht geschilderten Mißständen bezüglich der Bierabgabe durch die Poliere im Freiburger Baugewerbe nach Möglichkeit entgegenzutreten, wurde vom Bezirksamt auf den Bauplänen eine scharfe Kontrolle insbesondere nach der Richtung geübt, ob das Verbot des Genusses von Bier und sonstigen geistigen Getränken auf den Baustellen außerhalb der Werkstätten, das in der vom Ministerium des Innern unterm 23. Februar 1904 erlassenen Bauplanüberwachungsverordnung ausgesprochen ist, pünktlich innegehalten wird. Die Arbeiter — es ist besonders erwähnenswert, daß die Arbeiter in diesem Fall aus eigener Initiative für die Einschränkung des Biergenusses eingetreten sind — gaben sich hiermit nicht zufrieden und stellten bei dem im verfloßenen Sommer zum Zwecke der Erringung einer Tarifvereinbarung veranfaßten Streik u. a. die Forderung, daß der Platzverbotverstoß durch die Poliere und das Rantimentwesen auf allen Bauplänen abgeklärt und der tägliche Vorbericht nicht mehr gewährt werden solle. Die Unternehmer gaben dem einheitlichen Vorgehen der Arbeiter gegenüber ihren früheren Widerstand auf und stimmten der Aufnahme eines den Wünschen der Arbeiter entsprechenden Paragraphen in den Tarifvertrag zu. Zweifellos geht es jetzt auch ohne den Bierunverbot der Poliere und die Arbeiter stehen sich dabei in jeder Beziehung besser.“

Auf mehreren statistischen Tabellen werden die im Berichtsjahre vorgekommenen 76 Streiks und Ausperrungen dargestellt, darunter die Streiks der Maurer in Mannheim (vier Fälle), in den Vororten Sodenheim, Ilbesheim, Sandhofen, und Feudenheim, von Mannheim, Heidelberg, Friedrichsfeld, Karlsruhe, Rastatt, Forstheim, Freiburg und Waldkirch. Die meisten dieser Kämpfe brachten unseren Kollegen volle oder teilweise Erfolge. — In 17 von den 74 Gesamtfällen wurden Tarifverträge abgeschlossen. Aus den von der Fabrikinspektion vorgenommene Bemerkungen sei folgendes angeführt: „In den Lokalmitteln hat sich in den letzten Jahren eine bemerkenswerte Verringerung damit vollzogen, daß sich bei Arbeitsentlassungen ein größerer Zusammenhalt und eine innigere Geselligkeit unter der Arbeiterchaft bemerkbar machen, daß die Forderungen prägnanter gestellt werden und endlich, daß es für die Unternehmer immer schwieriger wird, Ersatz für die Streikenden zu gewinnen. Diese Erscheinung ist darauf zurückzuführen, daß die Zahl der Organisierten insbesondere unter den höher qualifizierten Arbeitern stark zunimmt und daß bei diesen Arbeitern die Disziplinlosigkeit des Streikbroses so gut wie ausgeschlossen ist. Ferner ist aber auch, und das muß ausgesprochen werden, die Macht der

Organisation in den Betrieben vielfach eine herartige, daß Arbeiter, auch wenn sie einer Organisation nicht angehören, sich scheren müssen, in Streikfällen als Arbeitswillige aufzutreten, weil sie mit Bestimmtheit voraussetzen können, daß ihres Weibens nicht mehr ist, sobald die Differenzen beigelegt sind. Die zunehmende Widerstandsfähigkeit der Arbeiter wird durch die Tatsache bestätigt, daß von 26 bedeutenden Gruppenstreiks nur 4 erfolglos blieben, während 11 zu einem teilweisen, 11 zu einem vollen Erfolg für die Arbeiter führten. Arbeitskämpfe, die durch Erfolg von Streikenden durch Arbeitswillige beendet wurden, finden sich unter den Gruppenstreiks nur einmal, im übrigen fast nur in kleinen Betrieben. Nur ein Fall ist zu verzeichnen, in welchem ein größerer Betrieb bei einem Streik mit gelerntem, nichtorganisierten Arbeitswilligen voll aufrechterhalten werden konnte. Diese interessanten Ausführungen beweisen, daß unsere Bewegung marschiert und für die gesamte Arbeiterklasse, für das ganze Wirtschaftsleben immer größere Bedeutung gewinnt.“

Anzuführen ist die Fabrikinspektion mit der hier und da vorgekommenen Verhinderung der erkämpften neuen Arbeitsbedingungen auf die Mitglieder der betreffenden Organisation. Wir geben zu, daß dies in der Tat kein idealer und befriedigender Zustand ist und hoffen daher auch, daß er in absehbarer Zeit überwunden werden wird.

Der Bericht konstatiert auch die fortschreitende Erstarrung der Gewerkschaftsbewegung und die Unfähigkeit der Arbeiter im Verkehr mit der Fabrikinspektion. Andererseits werden einige günstige Belege für die Rentenzug und die Willigkeit von Unternehmern gegenüber den Arbeiterzuschussvorschriften und den Anordnungen der Fabrikinspektion erbracht. Und dann schreien doch diese Anordnungen im Grad fortwährend über die Geselligkeit der Arbeiter!

### Aus Unternehmerkreisen.

Die Unternehmer der „Dietmar“ rufen sich zu neuen Gemaltes. In Rosen treten in der letzten Zeit die Bestrebungen der Unternehmer zu besserem organisatorischen Zusammenschluß recht deutlich hervor. Am 6. Juni tagte dort eine Konferenz von Unternehmern, die sich über die Gründung eines Dietmar-Verbands für das Baugewerbe unterhielt. Wie wir in Erfahrung gebracht haben, soll es tatsächlich zu einer solchen Gründung gekommen sein, nachdem frühere, von der Handelskammer unternommene Versuche in derselben Richtung erfolglos gewesen waren. An Ruppertsberg und Brunnthal war das Unternehmertum des Ortes schon bisher allen anderen voraus. Die ererbten, wenn auch nicht die größten Kämpfe sind dort geführt worden. Wie wird das nun jetzt erst werden, wenn dieser Verband seine Wirksamkeit entfaltet? In welcher Richtung soll diese Wirksamkeit bedingt werden, kann man sich denken, da sie sicher die Unternehmer des größten Ortes, der Stadt Rosen, auch den größten Einfluss haben werden, und diese haben durch die Ausperrung den Vermögenszuwachs zu Schatzkammern par excellence erbracht. In einem Flugblatt wenden sie sich an alle „einstufigen und weitläufigen Arbeiter des Baugewerbes“, und sie verstehen darin das Meiste des Schleisteinnehmens ganz ausgezeichnet. Inwiefern ihre Agitation bisher von Erfolg gewesen ist, läßt sich jetzt noch nicht sagen, aber auch unsere Kollegen sind nicht müde, sie werden diesen Werbesieger der Unternehmer auch in den Dienst der Arbeiterschaft spannen. Manchem baugewerblichen Arbeiter dürfte das Flugblatt der Unternehmer die wahre Natur der heutigen Zustände erkennen lassen, besser und drastischer, als das unsere Publikationen tun können. Offenlich werden sie auch in den Kreisen der anders organisierten Arbeiter die Erkenntnis von der Notwendigkeit einheitlichen Handelns aller Arbeiter, das am besten durch einheitliche Organisation erzielt wird.

### Aus anderen Berufen.

#### An die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands!

Der Generalbund (Verband der Lithographen und Steinbruder) ist durch ein in der Arbeiterbewegung unerhörtes Vorkommnis gezeugen worden, zur Unterstützung der ausgesperrten Lithographen und Steinbruder die Hilfe der gesamten organisierten Arbeiterschaft in Anspruch zu nehmen. Ausgesperrt sind rund 8000 Lithographen und Steinbruder und rund 800 befinden sich im Streik. Die in Arbeit befindlichen Verbandsmitglieder verpflichten sich, je nach der Höhe ihres Wochenverdienstes, M. 1 bis 8 freiwilligen Beitrag pro Woche für die Dauer der Ausperrung zu leisten. Unter diesen Umständen hätte der finanziell gut fundierte Verband viele Wochen hindurch den ihm ausgezogenen Kampf führen können, ohne fremder Hilfe zu bedürfen.

Da erhielten die Unternehmer Hilfe aus Arbeiterkreisen, indem (wie wir bereits in der vorigen Nummer unter der Rubrik „Politische Unruhe“) berichtet) das Landgericht zu Frankfurt a. M. auf Antrag von 81 Mitgliedern des Generalbundes das Gesamtverbot des Verbandes mit Weisung belegte und dem Vorstande jede amtliche Handlung untersagte.

Der Schlag, der hier gegen die Organisation geführt wurde, erfolgte zu gelegener Zeit, denn am 2. Juni begannen die Unternehmer mit der Ausperrung und sie gaben sich sicher der Hoffnung hin, daß nunmehr die Widerstandskraft des Verbandes gebrochen sei. Diese Hoffnung soll zu schanden werden. Die Leitung der Ausperrung ist einer von den Berliner Lithographen und Steinbrüdern eingelegten Kommission übertragen und es ist auch Vorgekommen, daß den Ausgesperrten die Unterstützung vorläufig fortlaufend gezahlt werden kann. In diesem Falle aber ist es Pflicht der gesamten Arbeiterschaft, finanziell helfend einzugreifen; die Generalkommission hat auf Antrag des Verbandsverbandes und nach Zustimmung der Vorstände der Zentralverbände beschlossen, gemäß der Beschlüsse des östlichen Gewerkschaftskongresses eine Sammlung für die Ausgesperrten auszusprechen.

Wir richten an die Gewerkschaftsleitung das Ersuchen, sofort die Sammlung einzuleiten und erwarten von der organisierten Arbeiterschaft, daß sie den Ausgesperrten die Hilfe nicht versagen wird.

Die Unterstützungsbeträge sind gemäß den in Köln getroffenen Bestimmungen nicht an die im Kampfe befindliche Organisation, sondern an die Generalkommission zu senden und bitten wir, für die Sendung folgende Adresse zu benutzen:

G. Ruhe, Engelstr. 15, Berlin SO. 16.

Ueber die eingehenden Beträge wird im „Correspondenzblatt“ quittiert. Besondere Danksagungen werden den Einsehenden nicht zugesandt. Mit Gruß

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

E. Regier.

Die Ausperrung der Ziegler ist vorüber. Der Streik in Breslau ist nach abschüssiger Dauer durch das Gewerbeamt als Einigungsamt am Donnerstag beigelegt worden. Die Arbeiter erhielten eine Lohnzulage von 7 pSt. Durch die Beilegung des Streiks ist auch die Ausperrung in allen deutschen Ziegelfabriken als beendet anzusehen.

Die Zieglerkonferenz. Eine Konferenz aller in Ziegelleien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen tagte während der Pfingstfeiertage in Magdeburg. Es waren 36 Delegierte aus allen Teilen Deutschlands erschienen. Ferner waren neben einem Vertreter der Generalkommission auch je ein Vertreter des Bauarbeiters, des Fabrikarbeiters und des Zieglerverbandes anwesend. Der Bauarbeiter-Großmann-Magdeburg referierte über die Arbeitsverhältnisse der Arbeiter und Arbeiterinnen auf den Ziegelleien. Der zweite Punkt der Tagesordnung betraf die Verbesserung der Lage der Ziegellei Arbeiter durch gewerkschaftliche Organisation und durch gesetzliche Maßnahmen. Hierüber referierte der Vorsitzende des Fabrikarbeiterverbandes Breg-Gannover. Er betonte die Notwendigkeit der bisher bei den Ziegellern arg vernachlässigten gewerkschaftlichen Organisation, mit deren Hilfe auch ein größerer gesetzgeberischer Schutz erzielt werden könne. Nach lebhafter Diskussion fand eine Resolution Annahme, in der die dringenden Forderungen aufgeführt sind, die im Interesse der Ziegler an die Gesetzgebung gestellt werden. Mächtig der Feindtumbentag und die Freigabe des Sonntags Nachmittags. Verbot der Lieberzeitarbeit mit Ausnahme der Arbeit an den Brennöfen, Verbot der Beschäftigung weiblicher Arbeiter sechs Wochen vor und nach der Entbindung, allgemein gültige Vorschriften über die Beschäftigung der bei den Ziegellern angebrachten Wohnungen und über die Errichtung von Gh- und Ankleideräumen und schließlich die den Unternehmern auferlegende Verpflichtung, für gutes Trinkwasser zu sorgen. Am zweiten Verhandlungstag wurde über die Organisation der Ziegler beraten. Der Vertreter der Generalkommission, Knoll, währte die bisherigen vergeblichen Versuche, die Ziegler zu organisieren. Gegenwärtig sind von mehr als 200 000 Ziegellern nur etwa 6000 organisiert, die sich auf vier Verbände verteilen. Es sei aber notwendig, die Ziegler in eine Organisation zusammenzufassen, und als solche komme der Fabrikarbeiterverband in Betracht, dem jetzt schon die Mehrzahl der organisierten Ziegler angehört. In diesem Sinne wurde auch von der Konferenz beschlossen. An den Vorstand des Fabrikarbeiterverbandes wurde schließlich das Ersuchen gestellt, auf dem nächsten Verbandstag die Anstellung eines mit den Verhältnissen der Ziegler vertrauten Kollegen zu empfehlen.

### Generalversammlungen.

Der letzte Verbandstag der Holzarbeiter tagte vom 21. bis 26. Mai in Köln. Anwesend waren 129 Delegierte. Nach dem Vorstandsbereich fanden 1904 829 und 1905 940 Lohnbewegungen statt. Von diesen verliefen 955 ohne Arbeitsentlassung, 519 waren Angriffstreiks, 249 Abwehrstreiks und 48 Ausperrungen. An den 955 ohne Arbeitsentlassung verlaufenen Bewegungen waren 4296 Betriebe mit 60 232 Personen beteiligt. Für die ausgesetzten Forderungen kamen 41 968 Beschäftigte in Betracht, darunter 823 weibliche. Die Arbeitsentlassungen erstreckten sich auf 2929 Betriebe mit 9 877 Beschäftigten. Die Zahl der Ausperrungen hat sich von 9 im Jahre 1903 auf 15 im Jahre 1904 und 31 im Jahre 1905 erhöht. Von den in die Berichtsperiode fallenden 48 Ausperrungen erstreckten sich 17 auf mehr als einen Betrieb. Im ganzen kamen 1126 Betriebe mit 17 897 Beschäftigten in Frage. In der Geschäftsperiode wurden für Streiks M. 2 821 681 ausgegeben gegen M. 2 408 881 in den ganzen zehn Jahren vorher. Die Institution der Gewerkschaften hat sich diesem bewährt. Die Anerkennung des Verbandes durch die Unternehmerorganisationen hat gute Fortschritte gemacht. Die Einnahme der Hauptkasse betrug M. 2 682 866,54, die Ausgabe M. 1 619 210,72. Ausgegeben wurden: für die „Holzarbeiter-Ztg.“ M. 172 650,72, Abonnement der „Gleichheit“ M. 2044,80, Reiseunterstützung M. 161 831,26, Arbeitslosenunterstützung M. 360 062,69, Streikunterstützung M. 1 493 177,55, Gemäßigtenunterstützung M. 51 955,42, Unterhaltung in Sterbefällen M. 52 313, Umzugsunterstützung M. 44 776,44, Notfallunterstützung M. 10 800, Rechtschutz M. 81 459,49, Agitation M. 183 192,01. Die Mitgliederzahl betrug Ende 1905 180 141, darunter 1797 weibliche. Infolge der Arbeitslosigkeit am 1. Mai sind in den beiden Jahren sehr viele Entlassungen und Ausperrungen vorgekommen. Namentlich trifft dies auf die letzte Maiwoche 1906 zu. Trotz der von den Mitgliedern bekannten Entlassungen oder früherer Verbandsstage wurde in der meisten dieser Fälle Unterstützung aus der Verbandskasse in Form von Gemäßigtenunterstützung beantragt, ohne daß der Vorstand die Geküste berücksichtigen konnte. In der Diskussion wurde von mehreren Rednern die Handlungsweise der „Gleichheit“ und der Hirsch-Dunderberg scharf kritisiert. Aus einer Reihe von Orten lagen Anfragen vor, die Kosten der vorliegenden Lohnbewegungen auf die Hauptkasse zu übernehmen. Der zweite Vorsitzende Leppart warnte in seinem Schlusswort davor, weil dies die Disziplinlosigkeit und Planlosigkeit fördere. Ferner sei es nicht zu empfehlen, bei Ablauf eines Tarifs allemal neue Forderungen zu stellen. Der Verhandlung des Verbandstages wurde in einer Resolution gegen 10 Stimmen das Verlangen des Verbandstages ausgedrückt.



Eine Resolution, nach der das Verhalten der Redaktion in der „Vorwärts“-Angelegenheit mifbilligt werden sollte, wurde mit Zweidrittelmehrheit abgelehnt. Der Redaktion wurde das Recht erteilt, bei hartem Andrang von Berichten und Korrespondenzen eine Weile abzuwarten zu lassen. Die Einführung der Praxen in der Zeitung wurde mit 87 gegen 24 Stimmen beschlossen. Ein nachträglich gestellter Antrag, die Mitglieder durch Abstimmung über die Unterhaltungsart entscheiden zu lassen, wurde abgelehnt. Mehrere Anträge, die Verhandlungen mit den Verbänden der Schiffbauindustrie und der Wälder zum Zweck des Uebereinstimmens forderten, wurden dem Vorstand als Material überwiesen. Ein Antrag, mit dem Vorstand des Metallarbeiterverbandes wegen Uebereinstimmung der bei diesem organisierten Modellisten in Verbindung zu treten, wurde abgelehnt. Eine glückliche Lösung fand die Gehaltsfrage. Es wurde mit 70 gegen 44 Stimmen beschlossen, das Grundgehalt der Vorstandsmitglieder sechszehn auf M. 2400, steigend um M. 120 jährlich bis M. 3000, das Grundgehalt der Gauvorsitzer mit allen gegen 16 Stimmen auf M. 2100, steigend um M. 120 auf M. 2600, das Gehalt der Hilfsarbeiter auf M. 2000, steigend um M. 100 auf M. 2400. Den ausstehenden im Bureau beschäftigten Mitgliedern soll eine Entschädigung bezahlt werden, die mindestens dem Anfangsgehalt der Hilfsarbeiter gleichkommt. Dem zweiten Vorliegenden wurde in Anbetracht seiner umfangreichen Tätigkeit für seinen Gehalt noch eine laufende Vergütung von M. 200 und für die Herausgabe des Almanachs M. 300 bewilligt. Die Wahlen der Gauvorsitzer und der Vorstandsmitglieder wurden von M. 6 auf M. 8 erhöht. Die Entschädigungsfrage für die in der Agitation tätigen Mitglieder sollen ebenfalls erhöht werden. Einem Antrag, wonach die Beihilfen vermindert werden sollen, jährlich eine Agitation für die Arbeiterpresse zu veranstalten und das Ergebnis in der „Gehaltsarbeiter-Zeitung“ bekannt zu geben, widersprach der erste Vorsitzende, da es sich um Agitation für politische Belange handelt, wozu man die Mitglieder von Verbandswegen nicht herbeiziehen könne; die Absicht des Antrags könne aus der Initiative der Mitglieder in den Agitationen vermindert werden. Darauf zog der Antragsteller den Antrag zurück. In seinem Referat über die Mitarbeiter beschränkte der Referent Glode die Gewerkschaften, sich seit 1890 blutwenig um die Durchführung der Mitarbeiter gekümmert zu haben. Die Tarifabschlüsse seien kein Hindernis für die Mitarbeiter, weil über die Mitarbeiter nichts in ihnen enthalten sei und ferner die Forderung keinen Forderungsbegriff bedeute. Es wurde folgende Resolution angenommen:

Der Verbandstag sieht auf dem Standpunkt, daß der 1. Mai am wichtigsten durch Arbeitsruhe gefeiert wird. Er verpflichtet deshalb die Mitglieder des Verbandes, gemäß den Beschlüssen des internationalen Kongresses, in diesem Sinne zu wirken. In denjenigen Betrieben, wo zwei Drittel organisiert sind und hier Fünftel der Beschäftigten beschließen, die Arbeit ruhen zu lassen, wird den durch Ausperrung oder Verhinderung Gefährdeten nach einjähriger Mitgliedschaft die Gewerkschaften-Unterstützung (welche in diesem Falle ausnahmslos die Höhe der Streikunterstützung sind) von der zweiten Woche an bezahlt. Voraussetzung für den Bezug dieser Unterstützung ist, daß die betreffenden Mitglieder sich an den von den örtlichen Organisationen veranstalteten Demonstrationen beteiligen.

Der Beitrag beträgt für männliche Mitglieder 50 Pf. und für weibliche Mitglieder 25 Pf. Ferner wird der Vorstand ermächtigt, in den Zahlstellen, wo viele jugendliche Arbeitskräfte in Betracht kommen, diese bis zum 17. Lebensjahr in Beitrag und Eintrittsgeld den weiblichen Mitgliedern gleichzustellen. — Die Krankenunterstützung wird auf die Dauer von 13 Wochen gewährt und beträgt innerhalb 12 Monaten, dem ersten Unterhaltungsstag an gerechnet, nach einer Mitgliedschaftsbauer von 52 Wochen M. 3 pro Woche bis zu M. 89 Höchstbetrag, nach 104 Wochen M. 3,75 bis zu M. 48,75, nach 156 Wochen M. 4,50 bis zu M. 58,50, nach 208 Wochen M. 5,25 bis zu M. 68,25, nach 260 Wochen M. 6 bis zu M. 78. Der Anspruch auf Krankenunterstützung beginnt am achten Tage der Arbeitsunfähigkeit, vom Tage der Meldung an gerechnet.

Der **Einheitsverband** hat seine Generalversammlung vom 13. bis 19. Mai in Berlin abgehalten. Der Antrag, zum Deutschen Metallarbeiterverband überzutreten, wurde abgelehnt. Beschlüssen wurde der Ausbau der bestehenden Arbeitslosenunterstützung zur Gewerkschaftenunterstützung und die Einführung der Unzugsunterstützung und des Sterbegeldes. Der Beitrag, der bisher 30 Pf. für männliche und 25 Pf. für weibliche Mitglieder betrug, wird auf 55 bzw. 25 Pf. erhöht. Die Zahl der besetzten Gewerkschaften, die gegenwärtig drei beträgt, soll erhöht werden, so daß jeder Gau einen besetzten Beirats erhält, der vom Vorstand und Ausschuss gewählt wird. Das Anfangsgehalt der Verbandsbeamten wurde auf M. 1800 festgesetzt, es steigt jährlich um M. 50 bis zur Höchstgrenze von M. 2800. Ueber die Höhe der Unterhaltungen wurde beschlossen, daß die Gewerkschaftenunterstützung vom achten Tage der Gewerkschaftslosigkeit an auf die Dauer von 60 Tagen gewährt wird, und zwar nach einjähriger Mitgliedschaft pro Arbeitstag M. 1, nach dreijähriger Mitgliedschaft M. 1,50, nach sechsjähriger Mitgliedschaft M. 2. Am Sterbegeld werden nach einjähriger Mitgliedschaft M. 30 gezahlt, das selbe steigt von Jahr zu Jahr um je M. 15 bis zur Höhe von M. 105. Den wegen der Mitarbeiter Gewerkschaften erhalten die Gewerkschaften, die übrigen Gewerkschaftenunterstützung. Der Sitz des Verbandes bleibt in Hamburg, der Hauptsitz wurde von Kiel nach Berlin verlegt.

### Eingegangene Schriften.

Die „**Neue Zeit**“ (Eulenburg, Paul Singer), Heft 28 des 24. Jahrgangs. Aus dem Inhalt beher wir hervor: Einige Fragen der äußeren Politik. Von W. Baer. — Die Eisenbahnfrage in den Vereinigten Staaten. Von Davis, I. — Das konstitutionelle Selbstbestimmungsrecht und die wahrscheinliche Lösung dieses Widerspruches. Von A. Dehnbach. — Die Wahlen in Dänemark. Von Gustav Wang. — Die Agrarrenten. Von Friedrich Geier. — Alte und neue Tendenzen in der deutschen Sozialpolitik. Ein Rückblick auf die deutsche Arbeiterbewegung in München. Von Heinrich Schulz. — Literarische Rundschau: Warum die Spinoza, Eist. Von J. Stern. Karl Möller. Das Leben, die Kunst und das Kind. Von den Gelben-Deutschen. Dr. Ernst Morgenstern, Tarif und Lohn im deutschen Buchdruckgewerbe. Von ad. br.

„**Die neue Gesellschaft**“. Das eben erschienene Heft 25 dieser sich immer größerer Beliebtheit erfreuenden Wochenchrift bringt zwei besonders lehrreiche Artikel. Der eine betrifft die „Anfangs- und Ende der Duma“, der zweite ist eine Arbeit von Otto Hüb, die den internationalen Arbeiterkongress behandelt. Der Preis pro Nummer ist wie bekannt 10 Pf. Probeummern versendet auf Wunsch der Verlag: Berlin W 16, Weinstra. 5.

**In freien Stunden.** Der erste Jahrgangsbuch des laufenden Jahrgangs dieser empfehlenswerten Wochenchrift ist bis zum 25. Heft erschienen. Mit dem nächsten findet der Roman „Der verlorene Sohn“ von Carl Gahr seinen Abschluß. Auch bei diesem Roman bewährt sich der sichere Griff, mit dem die Redaktion ihre Stücke fast immer gewährt hat. Kein Freund einer edlen Unterhaltungsliteratur sollte es verpassen, diese Wochenchrift zu abonnieren, einmal ja dem blühenden Preis (10 Pf. pro Wochenheft) die Aufzählung wohl jeder Arbeiter ermächtigt. Jeder Buchhändler und Kolporteur nimmt Bestellungen an, auch vom Vorwärtsverlag, Berlin, kann sie direkt bezogen werden.

### Briefkasten.

**Beltisch.** Können Sie denn Ihre Briefe nicht so zeitig abgeben, daß Ihre Wünsche erfüllt werden können? Die Versammlungsangelegenheiten werden wieder zu spät.

**Hebbel, L. W.** Es ist ja gewiß recht beschämend für die dortigen Mitglieder, daß sich zu der Versammlung am 10. Juni außer dem Vorstand nur zwei Kollegen eingefunden hatten. Aber deshalb im „Grundstein“ eine lange Exil über die Mitglieder in Bezug auf den Versammlungsbuch zu bringen, ist doch nicht angebracht. Solche Ermahnungen sind schon so oft erfolgt, daß jedes Mitglied wissen muß, welche Pflichten ihm obliegen. Es genügt deshalb wohl, an dieser Stelle zu konstatieren, daß die dortigen Mitglieder in letzter Zeit im Bezug der Versammlungen etwas lässig gewesen sind, um eine Besserung herbeizuführen.

**Dönabrid.** Die Angelegenheit kam leider um einen halben Tag zu spät, ging denn wirklich nicht früher?

### Anzeigen.

#### Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik bescheidenlich nur alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen und innerhalb einer Woche nach erfolgtem Tode Mitteilung gemacht wird. Die Beileid soll 15 Pf.)

**Berlin.** Am 8. Juni starb unser treues Mitglied **Otto Kurzweg** im Alter von 33 Jahren an Magenkrebs. — Am 9. Juni starb unser Kollege **Wilhelm Kranz**, 41 Jahre alt, an Herzschlag. — (Sektion der Puffer). Am 11. Juni starb unser langjähriger Ehrenmitglied **Franz Arndt** im Alter von 65 Jahren an Arterienverkalkung. **Essen.** Sonntag, den 10. Juni, erkrankt beim Baden im Rhein unser Mitglied **Peter Weber** im Alter von 18 Jahren. Er war Mitglied der Sektion der Puffer. **Delfisch.** Am 7. Juni verschied nach langem Leiden unser braver Verbandskollege, der Maurer **Robert Böttcher**, im 44. Lebensjahre an Herz- und Nierenleiden.

**Düsseldorf.** Am 8. Juni starb unser Verbandskollege **Karl Krauss** im Alter von 81 Jahren an Lungenerkrankung. — Am 12. Juni starb unser Verbandskollege **Adolf Schütz** im Alter von 24 Jahren.

**Gengenbach.** Am 12. Juni starb unser Verbandskollege **Lorenz Hauser** aus Daglanden an Lungenerkrankung.

**Halle a. d. S.** Am 13. Juni starb im Alter von 53 Jahren unser treues Mitglied **Wilhelm Denkwitz** an Nierenleiden.

**Klagen i. Posen.** Am 12. Juni starb nach längerer Krankheit unser Verbandskollege **Konrad Steitz** im Alter von 24 Jahren an den Folgen eines Unfalls.

**Müßsch.** Am 16. Juni starb unser treuer Verbandskollege **Joseph Rihm IV** infolge eines Sturzes im Alter von 59 Jahren.

**Münster-Büsch.** Am 5. Juni starb in Karlsruhe a. M. unser treuer Kollege **Josef Meier** aus Hochstadt a. d. Donau von einem 70 m hohen Kanin und war sofort tot.

**Reudersburg.** Am 11. Juni starb unser Kollege **Franz Romeike** im Alter von 43 Jahren an chronischer Mittelohrentzündung mit Blutvergiftung.

**Zwickau.** Am 7. Juni ist unser treues Verbandsmitglied **Heinrich Gustav Gessner** im Alter von 39 Jahren durch Herzschlag aus dem Leben geschieden. Ihre ihrem Andenken!

#### Gelsenkirchen.

Das Bureau des Zweigvereins befindet sich vom 1. Juli an **Schalkerstr. 3**, im Lokale von **J. Rosing**. [M. 150] Der Vorstand.

#### Lüchow.

Die Adresse des Kassierers ist jetzt: **Carl Schulz, Lüchow, Neustra. 340**. Der Vorstand.

#### Marlenburg i. Westpr.

Die Adresse des ersten Kassierers ist jetzt: **Marlenburg, Stintere Ziegelgasse 9**. [M. 120] Der Vorstand.

#### Glogau.

Der Kassierer des Zweigvereins, **P. Pätzner**, wohnt **Hospitalstr. 12, 1. Et.** [M. 120]

#### Annaberg.

Vom 1. Juli an ist die Adresse des Kassierers: **Eduard Krmisch, Annaberg, Kleinritterswalderstr. 27, part.**

#### Oranienburg.

Unser Kassierer **Ernst Neumann** wohnt **Schützenstraße 48, Sandhausen, bei Wackelsk.** Der Vorstand.

#### Muffordernung.

Der Kollege **August Steug** gen. **Schubert**, Berh. Nr. 28675 geb. 21. 2. 82 zu Essen, wird ersucht, seine Adresse an **O. Fischer, Belpais-Nr., Kapellenstr. 7, part.**, zu senden.

#### Altenburg.

Am 1. Juli findet unser diesjähriges

### Sommerfest

im „**Waldschützenhaus**“ statt. Sämtliche Mitglieder sowie die der umliegenden Zweigvereine sind hierzu freundlichst eingeladen. [M. 3,30] Der Festauschuss.

#### Lindow.

Sonntag, den 1. Juli, Nachm. 3 Uhr:

### Sommernachmittage

im „**Schützenhaus**“.

#### Granssee.

Sonntags, den 30. Juni, Abends 8 Uhr:

### Siebes Stiftungsfest

im Lokale des Herrn **Meisner**. Alle Kollegen von Granssee und Umgegend sind hierzu freundlichst eingeladen. [M. 2,70] Der Vorstand.

#### Hagen i. W.

Zur Feier des

### 15 jährigen Bestehens des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands

veranstaltet der Zweigverein am

Sonntag, den 1. Juli, Nachm. 4 Uhr

in den Räumen des „**Volkshauses**“, Wehringhauser 39, ein

### Gr. Sommer-Vergnügen

bestehend in

Festzug, Festrede, Konzert, Gesang, Verlosung, Kinderbelustigungen, humorist. Vorträge und Ball, unter gefälliger Mitwirkung der Kapelle **Granscheids**, des Arbeitergesangsvereins „**Olympus**“ und Mitgliedern des **dramatischen Vereins**.

Programm für Herren 45 Pf. Damen frei.

Die Kollegen von der Zahlstellen sowie den umliegenden Zweigvereinen nebst deren Familien sind hierzu freundlichst eingeladen.

Parteiengenossen, Freunde und Gönner unserer Bestrebungen, durch Mitglieder eingeführt, sind herzlich willkommen.

Der Ueberflus wird zum Besten der Bibliothek verwertet.

[M. 9] Das Festkomitee.

### Veranmeldungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringlich gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

#### Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonntag, den 24. Juni.

**Bayreuth.** Nachm. 3 Uhr in der „**Reinholdhalle**“.

**Rheindt.** Nachm. 4 Uhr bei Roland, Eisenstrasse.

**Schkeuditz.** Nachm. 3½ Uhr in „**Griechenhaus Restaurant**“.

**Velten i. d. M.** Nachm. 3 Uhr im Lokal von **H. W. Pavia**.

**Zehdenick.** Nachm. 10 Uhr bei Buchholz. Z.D.: Stiftungsfest und Gewerkschaftsfest.

Mittwoch, den 27. Juni.

**Kahla.** Nachm. 6 Uhr Hauptversammlung im „**Reinholdsaal**“. Mitgliedschaften mitbringen.

Donnerstag, den 28. Juni.

**Berlin.** Besucht Drantenbücker Vorstadt. Abends 8½ Uhr in der „**Worussia**“, großer Saal. Z.D.: Vortrag und Bericht aus der Betriebsprüfung.

**Sorau.** Abends 7 Uhr in der „**Flora**“. Mitgliedschaften mitbringen.

Sonntag, den 1. Juli.

**Herzberg.** Nachm. 1 Uhr bei Karf.

**Nebra.** Nachm. 3 Uhr im „**Reinholdsaal**“. Bisher mitbringen.

#### Öffentliche Maurerversammlungen.

Sonntag, den 24. Juni.

**Hohenmölsen-Taucha.** Nachm. 3 Uhr im Schützenlokal in Taucha.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt **Kuer & Co.** in Hamburg.